

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Anna Bischof, M.A., geb. 1982, studierte Osteuropäische Geschichte, Politikwissenschaft und Slawistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Karls-Universität Prag. Sie ist Doktorandin am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Collegium Carolinum, Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei, in München.
E-Mail: Anna.Bischof@lrz.uni-muenchen.de

Tatiana Eichenberger, M.A., geb. 1980, studierte Musik- und Medienwissenschaft an der Universität Basel und absolvierte davor eine musikalische Ausbildung. Seit 2015 doktoriert sie im Rahmen des SNF-Sinergia-Projekts „Radiophonic Cultures – Sonic Environments and Archives in Hybrid Media Systems“ an der Universität Basel am Lehrstuhl für Medienästhetik zu elektronischen Studios an Rundfunkanstalten in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.
E-Mail: tatiana.eichenberger@unibas.ch

Anna Grutza, M.A., 1986, studierte im Bachelor Medienkultur sowie im Master Kulturwissenschaftliche Medienforschung an der Bauhaus-Universität Weimar. Sie schloss einen zweiten Master im Fach European Interdisciplinary Studies am College of Europe in Warschau ab. Seit Oktober 2016 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Europäische Medienwissenschaft an der Europa-Universität Flensburg.
E-Mail: anna.grutza@uni-flensburg.de

Vera Katzenberger, geb. 1992, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und promoviert dort bei Prof. Dr. Markus Behmer über Ausbildungs- und Hochschulrundfunk. Sie forscht und lehrt im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Entwicklung des privaten Rundfunks in Bayern in Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien.
E-Mail: vera.katzenberger@uni-bamberg.de

Walter Klingler, Dr., geb. 1951, Promotion zum Thema Nationalsozialistische Rundfunkpolitik an der Universität Mannheim, später dann Leiter der Abteilung Medienforschung des SWR. Schwerpunkte: Hörfunk-, Fernseh- und Onlineforschung bzw. Studien zum Medienverhalten von Kindern (u.a. KIM-Studie) und Jugendlichen (u.a. JIM-Studie). Heute im Ruhestand.
E-Mail: klingler.walter@web.de

Edgar Lersch, Prof. Dr., geb. 1945, Studium der Geschichte, Philosophie, Katholischen Theologie und der Pädagogik; Promotion 1977, 1979 bis 2010 Leiter des Historischen Archivs des Süddeutschen Rundfunks, seit 1998 des Südwestrundfunks. 2001 bis 2011 Honorarprofessor an der Universität Halle-Wittenberg. Ehrenmitglied des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V.
E-Mail: edgar.lersch@t-online.de

Horst Pöttker, Prof. Dr., geb. 1944, war ab 1995 bis zu seiner Emeritierung 2013 Professor für Theorie und Praxis des Journalismus an der Universität Dortmund, danach folgte eine Seniorprofessur an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Universität Hamburg (2015-2018). Zudem verantwortete er u.a. die Zeitschrift „medium“ (1985-1996) und fungierte als Geschäftsführer der Initiative Nachrichtenaufklärung (2002-2013).
E-Mail: horst.poettker@tu-dortmund.de

Heiner Schmitt, Dr. phil., leitete bis 2003 die Hauptabteilung Archiv-Bibliothek-Dokumentation im ZDF. Auch danach kümmerte sich das langjährige Studienkreismitglied noch weiter um archivalische Belange: Er stellte beispielsweise die Tagungsdokumentationen zu den Deutschen Archivtagen zusammen.

Rudolf Stöber, Prof. Dr., geb. 1959, ist seit 2011 Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Bereits seit 1999 gibt er das „Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte“ mit heraus. Zu seinen zahlreichen Publikationen zählt als neuestes Werk „Politische Interessenkommunikation in der Modernisierung. Das Beispiel des Regierungsbezirks Potsdam (1867–1914)“ (2018, zus. mit Florian P. Umscheid)
E-Mail: rudolf.stoeber@uni-bamberg.de

Reinhold Viehoff, Prof. Dr., geb. 1948, gehört zu den Gründungsmitgliedern des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Er war Gründungsdirektor des Instituts für Medien und Kommunikationswissenschaften an der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg und maßgeblich an der intensiven Erforschung der Programmgeschichte des DDR-Fernsehens im Rahmen des DFG-Forschungsprojekts beteiligt.

Felix Wirth, geb. 1986, studierte Geschichte und Geographie an der Universität Freiburg (CH) und schloss 2014 mit dem „Master of Arts in Allgemeiner und Schweizerischer Zeitgeschichte“ ab. Er ist Diplomassistent am Departement für Zeitgeschichte der Universität Freiburg (CH) und forscht seit dem Frühjahr 2015 zu Science-Fiction-Hörspielen des deutschschweizer Rundfunks zwischen 1935 und 1985.
E-Mail: felix.wirth@unifr.ch

Rundfunk und Geschichte

Nr. 1-2/2019 • 45. Jahrgang

THEMA: STAND UND PROBLEME DER RUNDFUNKHISTORISCHEN AUSBILDUNG

Horst Pöttker

Erkenntnisinteresse Verständigung

Über Situation und Sinn von (Rundfunk-)Geschichte in kommunikationswissenschaftlichen Studiengängen

Rudolf Stöber

Kein Ende der Whig-Geschichtsschreibung

Stand und Probleme der rundfunkhistorischen Forschung

Vera Katzenberger

Zum Stellenwert rundfunkhistorischer Fragestellungen in studentischen Abschlussarbeiten

Eine Inhaltsanalyse aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive

Erinnerungen an 50 Jahre Studienkreis

- Walter Klingler: Das Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Die Grünberger Zeit
- Edgar Lersch: Die denkwürdigen Vorstandswahlen 1991
- Heiner Schmitt: Friedrich P. Kahlenberg als Vorsitzender des Studienkreises
- Reinhold Viehoff: Erinnerungssplitter

Diese Anfangszeit hat die Rundfunklandschaft geprägt

Rundfunkhistorisches Gespräch mit Dr. Hans Hege (Auszüge)

Studienkreis-Informationen

Medienhistorisches Forum 2018

Editorial / Forum / Dissertationsvorhaben / Rezensionen / Nachruf

Zeitschrift des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V.

IMPRESSUM

Rundfunk und Geschichte
ISSN 0175-4351
Selbstverlag des Herausgebers
erscheint zweimal jährlich
Zitierweise: RuG - ISSN 0175-4351

Herausgeber
Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. / www.rundfunkundgeschichte.de

Beratende Beiratsmitglieder
Prof. Dr. Markus Behmer, Universität Bamberg
Dr. Christoph Classen, ZZF Potsdam
Prof. Dr. Michael Crone, Frankfurt/M.

Redaktion dieser Ausgabe
Frank Keilacker, verantwortl. (E-Mail: fkeilacker@gmx.de)
Ronald Funke (E-Mail: funke@zzf-potsdam.de)
Kai S. Knörr (E-Mail: knoerr@uni-potsdam.de)
Dr. Judith Kretzschmar (E-Mail: jkretz@uni-leipzig.de)
Manuel Menke (E-Mail: manuel.menke@phil.uni-augsburg.de)
Dr. Alina Laura Just (E-Mail: tiews@museumsfieber.de)

Layout und Endredaktion
Frank Keilacker

Druck und Vertrieb
Deutscher Philatelie Service GmbH, Wermisdorf

Redaktionsanschrift
Frank Keilacker, Roßmarktstraße 21, 04177 Leipzig
Tel.: 0341/4782887, E-Mail: fkeilacker@gmx.de

Kontodaten: Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V., Frankfurter Sparkasse, IBAN:
DE20 5005 0201 0000 3920 49, BIC: HELADEF1822

Änderungen bei Adressen bzw. beim Abonnement bitte mitteilen an:
Dr. Veit Scheller (E-Mail: scheller.v@zdf.de, Tel: 06131/7014706)

Bisher erschienene Hefte dieser Zeitschrift finden Sie, mit Ausnahme der letzten beiden Jahrgänge, online unter www.rundfunkundgeschichte.de

Medienhistorisches Forum 2019 am 8. und 9. November in Lutherstadt Wittenberg

Das Medienhistorische Forum für Absolventen und Forschungsnachwuchs versteht sich als Plattform zur Netzwerkbildung für jüngere Wissenschaftler. Doktoranden, Diplomanden und Examenskandidaten erhalten die Möglichkeit, ihre Forschungsthemen vorzustellen und mit Experten aus Wissenschaft und Praxis über Probleme und Methoden kommunikations- und medienhistorischer Arbeiten zu diskutieren.

Das Medienhistorische Forum findet in Zusammenarbeit mit dem ‚Nachwuchsforum Kommunikationsgeschichte‘ (Nakoge) der DGPK am historischen Standort der Martin-Luther-Universität „Leucorea“ in Lutherstadt Wittenberg statt.

**Informationen zu Einreichungen und
Anmeldungen finden Sie demnächst unter
www.rundfunkundgeschichte.de**

Inhalt

Editorial	3
Thema: Stand und Probleme der rundfunkhistorischen Ausbildung	
Horst Pöttker Erkenntnisinteresse Verständigung Über Situation und Sinn von (Rundfunk-)Geschichte in kommunikationswissenschaftlichen Studiengängen	5
Rudolf Stöber Kein Ende der Whig-Geschichtsschreibung Stand und Probleme der rundfunkhistorischen Forschung	17
Vera Katzenberger Zum Stellenwert rundfunkhistorischer Fragestellungen in studentischen Abschlussarbeiten Eine Inhaltsanalyse aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive	28
Erinnerungen an 50 Jahre Studienkreis	
Walter Klingler Das Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Die Grünberger Zeit. Erinnerung für einige hundert Nachwuchswissenschaftler/innen	34
Edgar Lersch Die denkwürdigen Vorstandswahlen 1991 Der Studienkreis am Scheideweg?	42
Heiner Schmitt Inspirator, Mentor und Führungspersönlichkeit Friedrich P. Kahlenberg als Vorsitzender des Studienkreises	45
Reinhold Viehoff Erinnerungssplitter	46
Diese Anfangszeit hat die Rundfunklandschaft geprägt Rundfunkhistorisches Gespräch mit Dr. Hans Hege (Auszüge)	49
Nachruf auf Dr. Margarete Keilacker	72
Studienkreis-Informationen	
Medienhistorisches Forum 2018	74
Forum	
Digitale Kommunikation und Kommunikationsgeschichte: Perspektiven, Potential, Problemfelder Gemeinsame Tagung der DGPK-Fachgruppen Digitale Kommunikation und Kommunikationsgeschichte 16. bis 18. Januar 2019 in Bremen	76

Die Entwicklung des lokalen Rundfunks in Bayern Informationssitzung des Medien- und Verwaltungsrates der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) 15. November 2018 in München	79
---	----

Dissertationsvorhaben

Felix Wirth „Hier heisst es noch ‚Gopferdeckel!‘“ Schweizer Science-Fiction-Hörspiele, 1935-1985. (Universität Freiburg, Schweiz)	80
Tatiana Eichenberger Experimentelle Klanglabore des Rundfunks (Universität Basel, Schweiz)	82
Anna Bischof Im Kampf um die Deutungshoheit: Radio Free Europe zwischen US-amerikanischen, tschechoslowakischen und deutschen Interessen (1950-1973) (Ludwig-Maximilians-Universität München)	84
Anna Grutza Europas ‚heimliche Agenten‘ und die Macht der Dinge: Eine transnationale Mediengeschichte politischer Akteur-Netzwerke im Kalten Krieg (Europa-Universität Flensburg)	86

Rezensionen

Ute Daniel Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert. (Christoph Classen)	88
Jan-Pieter Barbian / Werner Ružicka (Hrsg.) Eberhard Fechner – Ein deutscher Erzähler (Christian Hißnauer)	90
Anna Jehle Welle der Konsumgesellschaft. Radio Luxembourg in Frankreich 1945-1975 (Clemens Zimmermann)	91
Kiron Patka Radio-Topologie. Zur Raumästhetik des Hörfunks. (Fritz Schlüter)	93
Katrin Jordan Ausgestrahlt. Die mediale Debatte um „Tschernobyl“ in der Bundesrepublik und in Frankreich 1986/87 (Erik Koenen)	95
Autorinnen und Autoren dieses Heftes	U4

Editorial

Die Entstehung des Hefts, das Sie gerade in den Händen halten, ist von einem Trauerfall überschattet. Am 3. Februar 2019 starb die leitende Redakteurin unserer Zeitschrift, Dr. Margarete Keilacker, nach kurzer, schwerer Krankheit. Den Redaktionsmitgliedern hatte sie bereits im vergangenen Jahr angekündigt, mit den Studienkreis-Aktivitäten etwas kürzer treten und die Verantwortung für „Rundfunk und Geschichte“ nach Veröffentlichung der zweiten Ausgabe 2019 in jüngere Hände geben zu wollen. Dazu kam es leider nicht mehr. Sie war Mitglied im Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. seit 2009. Als Mitarbeiterin im Medienarchiv des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig zeichnete sie von 1999 bis 2008 für die Redaktion des Fachdienstes „Fernseh-Informationen“ verantwortlich. Mit Eintritt in den Ruhestand übernahm sie ab Heft 1-2/2012 die Redaktionsleitung der Zeitschrift „Rundfunk und Geschichte“. Der Studienkreis verliert mit Margarete nicht nur die Expertise der erfahrenen Journalistin und Vorstandskollegin, sondern auch eine charismatische Persönlichkeit, die es schaffte, die verschiedenen Generationen unserer Mitglieder immer wieder zu verbinden und ins Gespräch zu bringen. Eine ausführliche Würdigung von Prof. Dr. Rüdiger Steinmetz können Sie ab S. 72 lesen. Die Fertigstellung der Ausgaben des Jahrgangs 2019 übernimmt kommissarisch Frank Keilacker, Margaretes Sohn, der als professioneller Journalist tätig ist und im Hintergrund seit Jahren mit dem Layout und redaktionellen Fragen der Zeitschrift vertraut ist. Der Vorstand des Studienkreises Rundfunk und Geschichte schuldet ihm für seinen Einsatz großen Dank.

Darüber hinaus freuen wir uns, dass wir unser Mitglied Dr. Kiron Patka ab dem Jahr 2020 als neuen Chefredakteur der Zeitschrift „Rundfunk und Geschichte“ begrüßen dürfen. Als ehemaliger Tontechniker beim SWR vereint er in idealer Weise Praxiserfahrung zwischen Redaktion, Produktion und Archiv mit dem Blick des Forschers. Der studierte Literatur- und Medienwissenschaftler promovierte 2017 bei Prof. Dr. Jürg Häusermann an der Universität Tübingen mit einer Arbeit zur Raumästhetik des Hörfunks (s. dazu die Rez. von Fritz Schlüter in diesem Heft). Seit Dezember 2014 ist er als akademischer Mitarbeiter am Institut für Medienwissenschaft der Universität Tübingen tätig, an dem in einer ungewöhnlichen Kombination empirisch-kommunikationswissenschaftliche und medienkulturwissenschaftliche Ansätze unter einem Dach versammelt sind. Der Vorstand des Studienkreises wünscht Dr. Kiron Patka für die kommenden redaktionellen Aufgaben viel Erfolg.

Im Jahr 2019 feiern wir ein großes und ein kleines Jubiläum. Am 10. Juni 1969 fand die formelle Gründung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V. statt. Knapp zwei Jahre zuvor fand bereits ein erstes Kolloquium zum Thema „Die Rundfunkanstalten als Faktoren der Geschichte und Objekte der Geschichtswissenschaft“ im Freiburger Studio des Südwestfunks statt. Seitdem hat sich die (Medien-)Welt mehrmals in unvorhersehbarer Weise verändert – und der Studienkreis mit ihr. Wir blicken auf ein halbes Jahrhundert unseres Bestehens zurück und damit auf die Aktivität einer der ältesten interdisziplinär-medienwissenschaftlichen Fachgesellschaften.

Im aktuellen Heft wird aus diesem Grund neben Rezensionen, Tagungsberichten und Aufsätzen auch in eigener Sache erinnert: Dr. Walter Klingler beschreibt die ersten anderthalb Jahrzehnte des „Kolloquiums“, das heute Medienhistorisches Forum heißt

und nach wie vor jährlich Nachwuchsforscher/-innen mit Expertinnen und Experten aus Forschung und Rundfunkarchiven vernetzt. Prof. Dr. Edgar Lersch erinnert sich an die „denkwürdigen Vorstandswahlen 1991“, Dr. Heiner Schmitt ruft „goldene Jahre“ des Studienkreises in Erinnerung – und Prof. Dr. Reinhold Viehoff lässt sich bei seinen „Erinnerungssplittern“ an den Studienkreis vom digitalen Archiv inspirieren.

Den Forschungsstand abzubilden und die Spezifika des historischen Blicks auf das Archivgut der Rundfunkanstalten herauszuarbeiten, war Ausgangspunkt für die Begründung der Zeitschrift „Rundfunk und Geschichte“, die seit 1974 ununterbrochen erscheint und bis 1994 unter dem Namen „Mitteilungen“ bekannt war. Im ersten, hektographierten Heft vom Oktober 1974 schrieb Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg über die „Aufgabe und Leistung“ von Rundfunkgeschichte. Und Prof. Dr. Wilhelm Treue, der Gründungsvorsitzende des Studienkreises, skizzierte den Stand der damals noch sehr jungen Forschungsrichtung. Alle nicht mehr ganz aktuellen Hefte unserer Zeitschrift seit 1974 sind digitalisiert und können in freiem Zugang über die Website www.rundfunkundgeschichte.de eingesehen werden. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre der neuen Ausgabe und hoffen, allen Leser/innen innerhalb und außerhalb des Studienkreises Rundfunk und Geschichte eine auch in Zukunft unverzichtbare Plattform des fachlichen Austauschs bieten zu können.

Kai Knörr und Uwe Breitenborn

Thema: Stand und Probleme der rundfunkhistorischen Ausbildung

Horst Pöttker

Erkenntnisinteresse Verständigung

Über Situation und Sinn von (Rundfunk-)Geschichte in kommunikationswissenschaftlichen Studiengängen

In dankbarer Erinnerung an Margarete Keilacker

Was eine gute Reportage ausmacht, lässt sich am besten an Rundfunkbeispielen zeigen. Ein zentrales Merkmal des Genres ist nämlich in Printmedien nur fiktiv realisierbar: Gleichzeitigkeit von Situation, Bericht daraus und dessen Rezeption. Sie trägt zur Authentizität bei, von der das Genre lebt. Wenn Heine 1832 aus einem Aufstand in Paris schreibt, dass es „jetzt“ stark regne, dann konnte das Publikum diese Beglaubigung der Anwesenheit des Reporters erst eine Woche später in der „Allgemeinen Zeitung“ nachlesen¹; und deren Redakteure wie Heine selbst hätten den Bericht leicht schönen, zuspitzen, ja erfinden können, wie Fälle wie der des kreativ lügenden, preisgekrönten „Spiegel“-Autors Relotius immer noch zeigen.

Erst mit dem Radio kam das Genre zu sich selbst. Nun konnten Geschehen, Bericht und Hören tatsächlich zusammenfallen. Das reduzierte die Gefahr der Verfälschung und stärkte die Kraft der Reportage, auch unliebsame Realitäten für alle hörbar zu machen. In der Sowjetunion haben die auf Lenin eingeschworenen Rundfunkmacher dieses Risiko gescheut und keine Live-Reportagen gesendet. Aber das kritische, für das Schaffen von Transparenz produktive Potential des Genres lässt sich gut an Echtzeit-Reportagen aus dem NS-Rundfunk demonstrieren. Durch sie wurden gelegentlich auch Situationen öffentlich, die für das Regime problematisch waren, da sie gegen dessen Propagandaabsichten wirkten: etwa die Siege des Afro-Amerikaners Jesse Owens bei der Olympiade 1936, die Vorbereitung des Kriegs durch Luftschutz oder das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller am 8. November 1939².

Rundfunkreportagen zu Gehör zu bringen und dabei ihren historischen Kontext zu erläutern, kann Studierende für die Leistungen des Genres nachhaltig sensibilisieren. Dabei lässt sich zeigen, dass ein Verzicht auf echte Gleichzeitigkeit, der nicht zuletzt durch das Verlangen nach studioteknischer Perfektion entstehen kann, dem Sinn der Reportage widerspricht – jedenfalls, solange er für die Hörer nicht erkennbar ist.

.....

¹ Vgl. Horst Pöttker: Heines Tagesberichte für die „Allgemeine Zeitung“. Ein Beitrag zu Geschichte und Bestimmung der Reportage. In: Otfried Jarren/Gerd G. Kopper/Gabriele Toepser-Ziegert: Zeitung - Medium mit Vergangenheit und Zukunft. Eine Bestandsaufnahme. München 2000, S. 27-46.

² Vgl. Horst Pöttker: Journalismus unter Goebbels. Über die Kraft der Radioreportage. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik (LiLi), H. 111 (1998), S. 57-76. (https://journalistik.tu-dortmund.de/fileadmin/Mitarbeiter/Poettker/Aufsaeetze/Poettker__Journalismus_unter_Goebbels.pdf, zuletzt abgerufen am: 10.4.2019). (Pöttker 1998)

1. Warum Rundfunkgeschichte in der Aus- und Weiterbildung für Medienberufe?

Geschichte, auch Rundfunkgeschichte, ist ein fruchtbares Feld der journalistischen Informationsvermittlung³ und schon deshalb auch bei der Berufsbildung von Journalisten. Dafür gibt es Gründe:

- Das Beispiel der Radioreportage zeigt, dass historisches Wissen Regelbewusstsein stärken kann, auf das es auch in Öffentlichkeitsberufen ankommt. Wem bewusst ist, dass die zur Reportage gehörende Gleichzeitigkeit sogar für das NS-Regime problematische Situationen öffentlich werden ließ, dem ist der Sinn dieser Regel deutlich. Für die journalistische Berufsbildung besteht der Nutzen von Geschichte darin, dass sie Beispiele für die Produktivität professioneller Regeln für die Öffentlichkeitsaufgabe zur Verfügung stellt. Mit „Geschichte“ ist dabei die diskursive Thematisierung einer Vergangenheit gemeint, die kulturell und technisch in die Gegenwart hineinragt.

- Vergangenheit kann als Experimentierfeld betrachtet werden, auf dem zu lernen ist, zu welchen Leistungen und Fehlleistungen der Mensch in der Lage ist – und wovon man sich hüten sollte. „Even postmodernists shaped their visions (...) according to one ‚master lesson‘, the one that told what of the past from now on must be avoided.“⁴ Die Institutionengeschichte des Rundfunks in Deutschland kann Studierenden vor Augen führen, wie gefährlich es ist, das Medium nach dem Muster der Weimarer Republik als privatrechtliche Gesellschaft zu organisieren, an der der Staat Mehrheitsanteile hält. Diese Struktur hat den NS-Machhabern die Gleichschaltung des Rundfunks für ihre Propagandazwecke leicht gemacht. Vor diesem Hintergrund lassen sich Hans Bredows Nachkriegsengagement für das öffentlich-rechtliche Modell oder das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1961 gegen Adenauers Staatsfernsehen plausibel vermitteln.⁵

- (Rundfunk-)Geschichte fördert die Selbstverständigung einer Institution oder eines Berufs. „Sage mir, woher du kommst, und ich sage dir, wer du bist!“ Angesichts der ökonomischen Bedrängnis des Journalistenberufs in der digitalen Medienwelt infolge des Wegbrechens der traditionellen Querfinanzierung durch Anzeigenerlöse kann z. B. an die öffentlich-rechtliche Organisationsform des Rundfunks erinnert werden. Wenn (künftigen) Radio- und Fernsehjournalisten die Gemeinwohlbindung dieses Modells durch Rückblicke etwa auf die herkömmliche Praxis bei der BBC⁶ bewusst gemacht wird, können sie sich besser als Berufsgruppe begreifen, der aufgrund ihrer Unabhängigkeit von Werbeeinnahmen eine besondere Verantwortung für die Zukunft des Journalismus zufällt. Vielleicht könnten sogar Print- und Onlinejournalisten so motiviert werden, sich auch bei ihren Medien für eine Art öffentlich-rechtliche Organisationsform zu engagieren. Im Übrigen sind Entstehung und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks prädestiniert, um die vergessene Idee eines zertifizierten Berufszugangs

.....

³ Vgl. Horst Pöttker: A Reservoir of Understanding. Why journalism needs history as a thematic field. In: Journalism Practice 5(2011), S. 520-537.

⁴ Ernst A. Breisach: On the Future of History: The Postmodernist Challenge and Its Aftermath. Chicago 2003, S. 199.

⁵ Für solche Zwecke als materialreiche Grundlage immer noch gut brauchbar: Hans Bausch (Hrsg.): Rundfunk in Deutschland. 5 Bände. München 1980; daneben auch einbändige Übersichten, etwa: Konrad Dussel: Deutsche Rundfunkgeschichte. Eine Einführung. Konstanz 1999.

⁶ Dort wurde z. B. 2007 ein Public-Value-Test für Programmänderungen eingeführt, der beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland als Modell dient. Vgl. <http://medienpolitik.eu/der-public-value-test-ein-vergleich-zwischen-dem-bbc-modell-und-dem-geplanten-verfahren-beim-zdf> (zuletzt abgerufen am: 11.4.2019).

zum Journalismus wiederzubeleben⁷, weil dort der gesetzliche Programmauftrag und die organisierte gesellschaftliche Kontrolle deren Realisierung begünstigen.

Das alles zeigt, dass (Rundfunk-)Geschichte in einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung für Medienberufe gebraucht wird, weil aus ihr für die Gegenwart zu lernen ist. Damit das gelingen kann, sollte sie allerdings auch in einer Weise vermittelt werden, die eine thematisierte Vergangenheit, z. B. eine Phase der Fernsehentwicklung, mit Gegenwart in Verbindung bringt.

2. Wie geht es der (Rundfunk-)Geschichte in der Aus- und Fortbildung für Medienberufe tatsächlich?

Von Irene Neverla war bei ihrer Emeritierungsfeier zu hören, zur Zeit ihres Studiums habe das Fach Publizistik fast nur aus Geschichte bestanden. Das sei längst nicht mehr der Fall, aber mittlerweile wünsche sie sich wieder mehr historische Studien.

Dass historisches Denken, besser: das Denken in Kategorien von Erinnerung und Gewordenheit in der Kommunikationswissenschaft, schwindet, lässt sich bereits an Äußerlichkeiten erkennen, wofür ein Blick in Fachzeitschriften genügt. In der DGPK gibt es eine Fachgruppe Methoden der Kommunikations- und Medienforschung. Und es gibt auch eine Fachgruppe Kommunikationsgeschichte. Während aber viele Publikationen von DGPK-Mitgliedern heute mit Methodenkapiteln, Info-Grafiken und Zahlentabellen aufwarten, sucht man nach Darstellungen historischer Hintergründe oft vergeblich. Es gab einmal die akademische Sitte, einen Text mit einem Abschnitt zur Entstehung und Entwicklung des untersuchten Phänomens zu beginnen. Dieser Standard ist in der mit Medienphänomenen befassten Wissenschaft weggebrochen.

Ein anderes Anzeichen ist die Marginalisierung historischer Anteile in kommunikationswissenschaftlichen Studienprogrammen. Der Bologna-Prozess mit seinem Zwang zur Stoffverschlinkung bot eine komfortable Handhabe, Geschichte als überflüssigen Bildungsballast über Bord zu werfen. In wie vielen Studienplänen ist Historisches (noch) obligatorisch, wo ist es wenigstens fakultativ vorgesehen? Und wo gibt es in einer Phase der fortschreitenden Ausdifferenzierung akademischer Denominationen, in der man das erwarten könnte, Professuren für Kommunikationsgeschichte – oder gar für Fachgeschichte bzw. Geschichte des Journalistenberufs? Da müssen manche Sozial- und Geisteswissenschaften sich von natur- und technikwissenschaftlichen Fakultäten etwas vormachen lassen, zu denen Lehrstühle für Medizingeschichte, Architekturgeschichte oder Geschichte der Naturerkenntnis gehören.

Der Ausmusterung der Kommunikationsgeschichte gab eine DGPK-Vorsitzende nebenbei und bezeichnender, weil Einverständnis voraussetzender Selbstverständlichkeit ihren Segen. Sie hat lange vor der 2007 erfolgten Verwandlung der Universität Dortmund in eine „Technische“ Hochschule dort Journalistik studiert und ließ ihr Statement in der an kooperierende Medienbetriebe gerichteten Image-Broschüre des dortigen Journalistik-Studiengangs mit der Bemerkung beginnen: „Manches, was mit dem Studium zu

.....

⁷ In den 1970er Jahren plädierten maßgebliche Kommunikationswissenschaftler unmissverständlich dafür: „Gewiß sollte (...) nicht gerade ein staatliches Examen am Ende des Journalistik-Studiums stehen, aber eine obligatorische Hochschulausbildung, die wir angesichts der diesem Beruf aufgelasteten wachsenden Verantwortung für nötig halten, muß auch durch ein anerkanntes Zertifikat nachgewiesen werden können.“ Michael Schmolke: Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Bericht zur Journalistenausbildung und -fortbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Rez.). In: Publizistik Heft 3-4/1-2(1974/75), S. 630f., S. 630.

tun hat, scheint ziemlich weit zurückzuliegen: Seminare zur Geschichte der deutschen Presse beispielsweise.⁸ Damit waren die Seminare Kurt Koszyks gemeint, des maßgeblichen deutschen Zeitungshistorikers seit den 1960er Jahren, dessen „Geschichte der deutschen Presse“⁹ als materialreichstes Werk seiner Art bis heute Standard ist.

Geringschätzung von Geschichte findet sich aber nicht nur in der Kommunikationswissenschaft, sie ist auch in anderen Sozial- und Geisteswissenschaften sowie in der heutigen Alltagskultur verbreitet. Klagen über historische Ignoranz bei jungen Menschen sind Legion. Hans-Ulrich Wehler hat berichtet, er sei von Schülern allen Ernstes gefragt worden, ob Hitler vor oder nach Asterix gewesen sei. Sogar Studierende wissen heute nicht immer, wer Konrad Adenauer war oder was sich weltweit ereignete, als 1915 die jungtürkischen Machthaber den Völkermord an den Armeniern betrieben. Auf die speziellere Frage nach der Epoche der Dreyfus-Affäre bekommt man Antworten von der Antike bis gestern.

Wohin fehlende Präsenz historischen Wissens kulturell und politisch führen kann, habe ich bei einer öffentlichen Gedenkveranstaltung zum 11. September 2001 im Hamburger Thalia-Theater erlebt. Ein gestandener Regisseur ließ dort die Bemerkung fallen, mit den Terroranschlägen auf die Twin-Towers und das Pentagon habe sich der Spieß umgedreht, nachdem „die USA 200 Jahre lang anderen diktiert haben, wer angegriffen wird und wer sich verteidigen muss.“ Als er gefragt wurde, ob er das angesichts von Jahreszahlen wie 1914, 1939 oder 1941 (Pearl Harbour) ernst meine, entpuppte sich eine stark verkürzte Vorstellung von zwei Jahrhunderten, denn die Erinnerung ging nur bis zum Vietnamkrieg zurück.

Die Universität Dortmund hat im Zuge ihrer Verwandlung zur Technischen Universität auf das Fach Geschichtswissenschaft verzichtet. Wer sich in Dortmund zum Journalisten bzw. zum Deutsch-, Englisch- oder Mathematiklehrer ausbilden lässt, kann dort nicht mehr Geschichte als Zweitfach studieren. Internationale Kollegen schlagen die Hände zusammen, wenn sie an solchen Beispielen erfahren, wie es in Deutschland mit den historischen Disziplinen steht.

In Deutschland hat Geschichtsvergessenheit wohl auch mit unserer schlimmen Vergangenheit zu tun, wofür Vergessen eine seit Jahrtausenden gebräuchliche Umgangsweise ist.¹⁰ Das betrifft weniger die NS-Verbrechen selbst, deren einmalige Grausamkeit und Gründlichkeit das öffentliche Erinnern unabweisbar gemacht haben und an die seit der intensiven Berichterstattung über die großen NS-Prozesse ausreichend erinnert wird – für junge Menschen gelegentlich bis zum Überdruß. Wir halten uns schlimme Vergangenheiten auf subtilere Weise vom Leib. Hat der von links bis rechts konsensfähige Antiamerikanismus nicht auch mit der Unfähigkeit zu tun, den Amerikanern zu verzeihen, dass sie uns die Demokratie bringen mussten, weil wir uns selbst nicht vom NS-Regime befreien konnten? Und hat das verbreitete Desinteresse am DDR-Regime nicht auch damit zu tun, dass wir diese Vergangenheit im vereinten Deutschland nicht als unsere eigene akzeptieren?

.....

8 Ulrike Röttger: Rückblende: Anmerkungen Ehemaliger. Freiräume erhalten. In: Institut für Journalistik (Hrsg.): Aufmacher 2007. Das Institut für Journalistik: Absolventen, Projekte, Perspektiven. Dortmund 2007, S. 6.

9 Kurt Koszyk: Geschichte der deutschen Presse. 4 Bände (Bd. 1 von und mit Margot Lindemann). Berlin 1966 - 1986.

10 Vgl. Christian Meier: Das Gebot zu Vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit. München 2010.

Um das Verhältnis zur Vergangenheit zu klären, geht es weniger um Detailwissen als um historische Sensibilität, zu der aber natürlich historisches Grundwissen gehört. Geschichte ist kein Spezialgegenstand, sondern eine konstitutive Methode aller Wissenschaft, die sich mit Gegenständen befasst, die durch menschliches Handeln hervorgebracht oder abgelagert werden und sich daher wandeln. Anthropogene Phänomene, zu denen die Modi menschlicher Kommunikation überwiegend gehören, verändern sich, sind geworden und lassen sich nicht verstehen, wenn man nicht weiß, woraus und wie sie entstanden sind.

Jürgen Habermas bestimmt den sozialen Nutzen der Geisteswissenschaften, das von ihnen zu bedienende erkenntnisleitende Interesse, das an das Vergesellschaftungsmedium Sprache gebunden ist, als das auf „lebenspraktische Verständigung“¹¹ gerichtete. Ohne rationale Verständigung über Werte und Regeln drohen moderne, funktional und ethnisch parzellierte Gesellschaften auseinanderzufallen. Und wenn Habermas von den Disziplinen und Denkweisen, die auf das praktische Erkenntnisinteresse an Verständigung gerichtet sind, als „historisch-hermeneutischen Wissenschaften“¹² spricht, hat das insofern seinen guten Sinn, als bei der sozial- und geisteswissenschaftlichen Methode des erklärenden Verstehens¹³ der Blick auf Vergangenheit und Wandel unentbehrlich ist, damit diese Disziplinen ihren gesellschaftlichen Nutzen erbringen können.

Davon ist die Kommunikationswissenschaft besonders betroffen. Es verlangt ihrem Querschnittsgebiet Medien- (und damit Rundfunk-)Geschichte das Bemühen ab, sich der Gesellschaft verständlich zu machen. Das beginnt bei einfachen Dingen. Es geht nicht gleich um Großprojekte; es geht um eine Denkweise, die die Geschichtlichkeit von Medienphänomenen bewusst berücksichtigt und die schon bei der Beratung von Hausarbeiten beginnen kann.

3. Ausnahme Rundfunkgeschichte? Eine Rundfrage

Margarete Keilacker, die unvergessene Redakteurin von „Rundfunk und Geschichte“, bat mich kurz vor ihrem unerwarteten Tod um diesen Beitrag. Dafür hat sie mir die Ergebnisse einer kleinen Rundfrage mitgeteilt, die sie an medien- und kommunikationswissenschaftliche Institute und Studiengänge an deutschen Hochschulen richtete, die ihr als möglicherweise relevant für Mediengeschichte bekannt waren: „Im Auftrag des Studienkreises Rundfunk und Geschichte wende ich mich mit folgendem Anliegen an Sie: Wir möchten in der Fachzeitschrift ‚Rundfunk und Geschichte‘ anlässlich des 50. Jahrestages des Studienkreises im Frühjahr u.a. einen Text zu Stand und Problemen der rundfunkhistorischen Ausbildung veröffentlichen. Dafür bitten wir auch Sie um Mithilfe. Können Sie uns bitte kurz darüber informieren, welchen Stellenwert die Ausbildung zur Rundfunkgeschichte in Ihrer Einrichtung einnimmt? Gibt es Kurse oder Projekte, die der Geschichte von Hörfunk und Fernsehen zuzurechnen wären? Wenn ja, welche? Wenn nein, sagen Sie uns das bitte auch. (Begründung wäre schön, muss aber nicht sein.)...“

Margarete Keilackers spontaner Eindruck, dass es mit rundfunkhistorischer Ausbildung „(auch wenn manchmal ein wenig verschleiert) besser als vermutet“ stehe, schien mir

.....

¹¹ Jürgen Habermas): Erkenntnis und Interesse. In: ders.: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt a. M 1968., S. 146-168, S. 160.

¹² ebd., S. 157.

¹³ Vgl. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Hrsg. v. J. Winckelmann. Tübingen 1976, 5. Auflage, S. 1-11.

auf den ersten Blick ebenso überraschend wie zutreffend. Von den 14 angeschriebenen Hochschulen (Universität Bamberg, FU Berlin, TU Dortmund, Universität Düsseldorf, Universität Erfurt, HTWK Leipzig, Universität Leipzig, Universität Lüneburg, Macromedia-Hochschulen, FH Mittweida, Universität München, Universität Münster, Universität Potsdam, Bauhaus Weimar) fanden es immerhin neun der Mühe wert, zu antworten (zwei davon allerdings erst auf Nachfrage), und unter diesen gibt es nur vier, deren Antworten etwas Negatives, Bedauerndes oder Kritisches zu entnehmen ist: vom harten „Es gibt so gut wie nichts, ganz selten Seminare im BA zu ausgewählten Themen der Rundfunkgeschichte. Kein systematisches Angebot“ über das vorsichtiger „Es gibt in keinem der Studiengänge Lehrveranstaltungen, die dezidiert für Rundfunkgeschichte ausgewiesen sind“ oder die einschränkende Mitteilung, aufgrund des Auslaufens einer Stelle werde es „ab dem Sommersemester 2019 an diesem Lehrstuhl voraussichtlich keine rundfunkhistorischen Lehrveranstaltungen oder Forschungs- bzw. Abschlussarbeiten mehr geben“ bis zum bedauernden „Leider kann ich zu Ihrem Thema nicht viel Positives berichten“, dem immerhin Sensibilität für die Relevanz von Rundfunkgeschichte zu entnehmen ist.

Fünf der Angefragten berichteten konkret von spezifischen Lehrveranstaltungen oder -Modulen, großteils im Zusammenhang mit Forschungsprojekten:

- einem Seminar „in Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt zur Entwicklung des lokalen Rundfunks in Bayern, über das in ‚Rundfunk und Geschichte‘ ja schon berichtet wurde“ (Universität Bamberg);
- einem Schwerpunkt „Accoustic Studies und Sound Studies“, in dem es „ein großes Interesse an Programmgeschichte und historischen Sendemanuskripten“ gebe (Universität Düsseldorf);
- einem „Modul ‚Inhaltsentwicklung I‘“, in dem „sowohl inhaltliche, medienpolitische und technische Aspekte als auch solche der Nutzer- und Wirkungsforschung“ beleuchtet würden und man sich „in den vergangenen Wochen (...) mit der Geschichte des Fernsehens sowie mit ‚95 Jahren Radio‘ befasst“ habe (HTWK Leipzig);
- einem „Schwerpunkt ‚historische Kommunikations-, Medien- und Buchwissenschaft‘“, in dem „besonders in den Modulen ‚Forschungsfelder, Methoden und Quellen der Kommunikationsgeschichte‘, ‚Forschungsmodul Kommunikationsgeschichte‘ und ‚Kultur- und geschichtswissenschaftliche Perspektiven auf die Mediengesellschaft‘ immer wieder auch Themen der Rundfunkgeschichte behandelt“ würden (Universität Leipzig);
- und einem „BMBF-Forschungsverbund ‚Das mediale Erbe der DDR‘“ mit Start am 1.12.2018, zu dem „fachübergreifende Veranstaltungen zum Thema gehören (mit den Historikern)“ und in dem dem DDR-Rundfunk besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden solle (Universität München).

Ist Rundfunkgeschichte eine Ausnahme von der Marginalisierung des Historischen, die z. B. auf ein besonderes Interesse in der Medienwissenschaft am öffentlich-rechtlichen Modell oder an der Bedeutung des „Westempfangs“ für die Entwicklung der DDR zurückzuführen sein könnte? Bei näherer Betrachtung kommen mir Zweifel, die mit dem Faktor der sozialen Erwünschtheit zu tun haben, der bei Befragungen stets zu berücksichtigen ist – auch wenn die Befragten zu Sachlichkeit verpflichtete Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind.

Angesichts der Dringlichkeit und Konkretheit der Anfrage, ihrer bewussten Konzentration auf einschlägige Ausbildungsstätten¹⁴ sowie des Hinweises auf die Publikationschance spricht es nicht für hohes Interesse an Rundfunkgeschichte, dass nur knapp zwei Drittel der Einrichtungen überhaupt zu einer Reaktion zu bewegen waren. Wer nicht geantwortet hat, kann vermutlich nichts nennen und scheut sich – soziale Erwünschtheit –, das zu bekennen. Hinzu kommt, dass sich unter den neun Antworten drei finden, die nur in sehr allgemeiner Form von rundfunkhistorischen Komponenten sprechen, ohne „Kurse oder Projekte“ anzugeben, nach denen ausdrücklich gefragt war. Dass „in einzelnen Seminaren, (etwa zur Medienstruktur, zum Journalismus etc.) (...) in allen Studiengängen medienhistorische Fragen, auch zur Geschichte von Hörfunk und Fernsehen, punktuell behandelt“ würden, ist ein wortreiches Beispiel für eine Auskunft dieser Art. Auch wenn die Angefragten der Einrichtungen selbst nicht rundfunkhistorisch tätig sind, hätte es die Möglichkeit gegeben, die Anfrage an dafür kompetentere Kollegen oder Kolleginnen weiterzugeben. Diese Möglichkeit wurde in den fünf konkreten Positivfällen durchgehend genutzt. Angefragten, die nur allgemein geantwortet haben, sind solche Personen offenbar nicht eingefallen, sie wollten sich vermutlich aber – wieder soziale Erwünschtheit – nicht die Blöße einer Fehlanzeige geben. In der Formulierung, dass Rundfunkgeschichte im Rahmen von Einführungsveranstaltungen „natürlich“ thematisiert werde, kommt Vorsorge gegen mögliche Kritik zum Ausdruck, während aus der einsilbigen Angabe, Rundfunkgeschichte werde „in den Vorlesungen ‚Mediensystem Deutschland‘ und ‚Einführung in die Journalistik‘ thematisiert“, eher Desinteresse spricht.

4. Ist die Rundfunkgeschichte für ihre Marginalisierung (mit-)verantwortlich?

Aber selbst wenn Rundfunkgeschichte eine Ausnahme vom Verblässen der historischen Perspektive in den Sozial- und Kommunikationswissenschaften sein sollte: Dass eine Marginalisierung der historisch-hermeneutischen Disziplinen seit Habermas' Antrittsvorlesung von 1965 um sich greift (und es einen vielleicht auch darauf zurückzuführenden Rückgang an sozialer Verständigung gibt), steht außer Frage. Auch daran sollten (Bildungs-)Politiker und -Politikerinnen denken, die einen Mangel an gesellschaftlichem Zusammenhalt beklagen. Verständigung in modernen, aufgeklärten Gesellschaften ist nicht (mehr) durch Glauben herzustellen, sondern bedarf der Grundlage wissenschaftlicher Rationalität und Empirie.

Wenn es ein gesellschaftliches Interesse an historischer Wissenschaft gibt, dann ist – neben der deutschen Besonderheit, extrem schlimme Vergangenheit „bewältigen“ zu müssen – nach den Ursachen ihrer Marginalisierung zu fragen, um zu erkennen, wo Veränderungen möglich sind. Da der Rückblick auf die Vergangenheit in einer ganz auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsgesellschaft fortschritthemmend wirken muss, erscheint die Realisierung weitreichender Systemveränderungen dabei schwierig.

Aber gibt es Gründe, an denen leichter zu realisierende Veränderungen ansetzen können? Weil man vor der eigenen Tür kehren sollte, wo man Verantwortung trägt und Wandel bewirken kann, stellt sich historischen Disziplinen einschließlich der Kommunikations- und Mediengeschichte die Frage, was sie selbst zu ihrem Niedergang beitragen. Zu nennen wäre z. B. die offenkundige Zurückhaltung der Fachgesellschaften, sich als Lobbyorganisationen zu betätigen, um das Interesse an angemessener Ausstattung

.....
¹⁴ Reine Forschungseinrichtungen wie das Hamburger Leibniz-Institut für Medienforschung, wo Hans-Ulrich Wagner z. B. ein Projekt „Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland 1945-1955“ betreibt, wurden dabei ausgespart.

akademischer Ausbildungseinrichtungen gegenüber Hochschulpolitik, Stiftungen und Privatunternehmen zu vertreten. Die Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM) verkündet in ihrem Positionspapier: „Was die Medienwissenschaft in der kritischen Reflexion von Medien als konstitutivem Element von Kultur und Gesellschaft zu leisten fähig ist, kann sie im angestammten akademischen wie im weiteren gesellschaftlichen Zusammenhang nur erbringen, wenn in Forschung und Lehre Bedingungen gegeben sind, die den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über die unterschiedlichen Statusgruppen hinweg eine gute Arbeit ermöglichen“, und behauptet in diesem Zusammenhang, „entschieden auch eine wissenschaftspolitische Position“ zu vertreten¹⁵. Von konkreten Aktivitäten der GfM oder der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und ihrer Fachgruppe Kommunikationsgeschichte, solche Absichtsbekundungen in konkrete Forderungen oder politische Aktivitäten umzusetzen, ist wenig bekannt.

Der selbstkritische Blick darf sich aber nicht nur auf hochschulpolitische Versäumnisse richten. Ebenso wichtig ist die Prüfung von vorherrschenden Denkweisen und akademischen Moden, aus denen sich wissenschaftspolitische Versäumnisse und Fehlentscheidungen ergeben. Aus meiner Sicht ist es – neben einer Tendenz zur Überspezialisierung – vor allem die Kluft zwischen einem konstruktivistischen Methodologie- und Theoriediskurs auf der einen und einer nach wie vor empirisch-positivistischen Forschungs- und auch Lehrpraxis auf der anderen Seite, in der den historischen Aktivitäten in der Medien- und Kommunikationswissenschaft der Sinn für das praktische Interesse an Verständigung verloren geht.

Überspezialisierung: Je enger ein Forschungsgebiet, desto geringer die Zahl der Experten, die sich auf ihm tummeln, desto hermetischer die Fachterminologie, desto größer das Risiko, nur mit den wenigen Peers gleichen thematischen Interesses zu kommunizieren und desto schwächer die Motivation, sich (auch) der gesellschaftlichen Öffentlichkeit verständlich zu machen. Einige Allgemeinhistoriker wollen das (noch), wenige schaffen es auch. Kommunikationshistoriker haben das Problem, dass ihr Kompetenzfeld per se schmaler ist. Bei einer Spezialisierung auf Rundfunkgeschichte potenziert sich das.

Positivismus: Im wissenschaftlichen Umgang mit Vergangenheit bedeutet ein faktenbetonender, auf Deutungen verzichtender Zugang, dass historische Ereignisse oder Epochen wenn überhaupt, dann allenfalls aus sich selbst heraus zu erklären und zu verstehen seien. Deshalb müsse das Erkenntnissubjekt die Brille der Gegenwart absetzen. Erklärbar ist diese Haltung aus einer berechtigten Furcht vor ideologischer Instrumentalisierung. Dem steht aber die Einsicht gegenüber, dass schon in der unvermeidlichen Auswahl von Erkenntnisgegenständen und –perspektiven individuelle und kulturelle Deutungen stecken¹⁶. Historische Fakten ohne Deutung oder allenfalls aus sich selbst interpretiert sind aber für ein Publikum, das nach Verstehen der Gegenwart verlangt, nur von geringem Wert. Nietzsche hat betont, dass Geschichtswissen unnützer Bildungsballast ist, wenn es nicht auf Gegenwart bezogen wird¹⁷.

.....

¹⁵ <https://gfmedienwissenschaft.de/positionen>, (zuletzt abgerufen am: 26.3.2019)

¹⁶ Schon Max Weber hat darauf hingewiesen, dass in jeder Forschung wegen ihrer Selektivität Werturteile stecken, die es zu diskutieren gilt, um wenigstens auf dem Weg zur – nie zu erreichenden – objektiven Erkenntnis zu bleiben. Vgl. Max Weber: Der Sinn der „Wertfreiheit“ der Sozialwissenschaften. In: ders.: Soziologie. Weltgeschichtliche. Analysen. Politik. Stuttgart 1968, S. 263-310, S. 275.

¹⁷ Vgl. Friedrich Nietzsche: Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben. Unzeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück. Leipzig 1874. (Nietzsche 1874)

Konstruktivismus: Dessen Logik interessiert sich hauptsächlich für narrative Muster und Mechanismen, auch von historischen Medieninhalten; weniger für deren Verhältnis zur gegenwärtigen und vergangenen Realität, weil sie diese für grundsätzlich nicht rekonstruierbar, wenn überhaupt für existierend hält. Beispiel: In der Zusammenfassung von Martin Stallmanns Dissertation zur Konstruktion von „1968“ durch das Fernsehen¹⁸, in der der Autor verdienstvoll¹⁹ auf das von Luhmann und Siegfried J. Schmidt durchgesetzte Erklärungsmuster der Komplexitätsreduktion zurückgreift, heißt es: „Die Wirklichkeitserzählungen über ‚1968‘ waren die Ergebnisse von Kanonisierungsprozessen, die in der Arbeitsweise des Geschichtsfernsehens selbst lagen. Filmaufnahmen und Fotografien aus früheren Fernsehbeiträgen kehrten immer wieder auf die Fernsehbildschirme zurück; es erschienen die gleichen Interviews und dieselben Gesichter im Fernsehen. Kanonisierung stellt eine komplexitätsreduzierende Operation des Mediums Fernsehen dar. Erst durch diese Reduzierung war die Vergangenheit überhaupt erzählbar.“²⁰

Ich habe die studentische Protestbewegung erlebt. Mir ist bewusst, dass die Erinnerungen von Zeitzeugen durch Identitätsbedürfnisse und andere Interessen getrübt werden (können). Aber als 1968er ist mir auch die ideologiekritische Unterscheidung von Sein und Bewusstsein, Wirklichkeit und Erzählung darüber bewusst. Sie setzt voraus, dass es eine der menschlichen Erkenntnis und den Narrativen ihrer Vermittlung vorgegebene Welt gibt, auch wenn sie sich nicht ohne subjektive Einfärbungen wahrnehmen und darstellen lässt. Zur Geschichtswissenschaft (wie zum Journalismus) gehört trotz dieser grundsätzlichen Unmöglichkeit traditionell das Bemühen, die vorgegebene Welt so wahrzunehmen und darzustellen, wie sie ist oder war. Gerade angesichts der Unmöglichkeit von Objektivität verlangt dieses Bemühen, sich als vorantreibendes Element eines intersubjektiven kulturellen Prozesses zu begreifen, der wenigstens auf das Ziel der Wahrheit oder Objektivität gerichtet bleibt, auch wenn es grundsätzlich nicht erreichbar ist.

Stallmann erwähnt Jörn Rüsen, der neben anderen Narrativen zur Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart auch ein „genetisches“ analysiert hat²¹, dessen identitätsstiftende Funktion bei der TV-(Re-)Konstruktion von „1968“ fraglos eine Rolle spielt. Wenn man den real existierenden Historiker Rüsen allerdings fragt, was das historische Erzählen der Geschichtswissenschaft von den Narrativen der Medien oder den Nietzsches in seiner zweiten, heute mehr denn je unzeitgemäßen Betrachtung unterscheidet, dann antwortet er: die Suche nach Wahrheit!

Dieses Unterscheidungskriterium vermisst man heute in vielen kulturwissenschaftlichen Arbeiten. Einerseits hat z. B. Martin Stallmann nur journalistische Sendungen, von ihm so genannte „faktuale Erzählungen“ in den Blick genommen, andererseits fordert er „ein Abrücken von der Vorstellung, dass es ein ‚richtiges‘ Geschichtsbild von der Pro-

.....
18 Vgl. Martin Stallmann: Die Erfindung von „1968“. Der studentische Protest im bundesdeutschen Fernsehen 1977-1998. Göttingen 2017. (Stallmann 2017)

19 Vgl. Horst Pöttker: Martin Stallmann: Die Erfindung von „1968“. Der studentische Protest im bundesdeutschen Fernsehen 1977-1998 (Rez.). In: Rundfunk und Geschichte, 3-4(2018), S. 71f.

20 Stallmann 2017, S. 357.

21 Rüsen (und schon Nietzsche in teilweise anderer Terminologie) nennt neben einem „traditionalen“ drei moderne, rationale Archetypen des Gegenwartsbezug beim (Re-)Konstruieren von Vergangenheit: den exemplarischen (Nietzsche: monumentalischen), der auf Ähnlichkeiten zwischen Gegenwart und Vergangenheit achtet; den kritischen, der Gegenwart und Vergangenheit in Kontrast zueinander setzt; und eben den genetischen (Nietzsche: antiquarischen), bei dem Gegenwart als etwas aus Vergangenheit Hervorgegangenes betrachtet wird. Vgl. Jörn Rüsen): Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens. Frankfurt a. M. 1990, S. 153-230; Nietzsche 1874.

testbewegung gäbe [?]“²². Was vom Doktorvater Edgar Wolfrum wohl nur als Forderung nach notwendiger Ambiguitätstoleranz in pluralistischen Gesellschaften gemeint war, wird hier auf eine erkenntnistheoretische Folie projiziert, indem die Begriffe „falsche Geschichtsbilder“ und „Geschichtsklitterung“ vehement abgelehnt werden, die „der Politikwissenschaftler und Journalist Alexander Göbel“²³ im Zuge seiner Kritik an der Vermittlung der Geschichte der studentischen Protestbewegung durch das bundesdeutsche Fernsehen verwendet hat.

Nicht auf der terminologischen, sondern auf einer inhaltlichen Ebene verwendet allerdings auch Stallmann solche von ihm für fragwürdig gehaltenen Begriffe, indem er beispielsweise von einer „nachträgliche[n] Überhöhung“ und „wundersame[n] retrospektive[n] Vermehrung“ in der Wirklichkeitserzählung über die „68er-Generation“ spricht²⁴, obwohl die Aktivisten tatsächlich nur eine kleine Minderheit gewesen seien, „deren Anzahl für die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin auf etwa 10.000 bis 20.000 geschätzt wird.“²⁵ Oder, indem er feststellt, dass die „Widersprüchlichkeiten, der Facettenreichtum und die Vielschichtigkeit der Protestbewegung [... vom Fernsehen] zu einer homogenen Erzählung gekürzt“²⁶ wurden. Auch Stallmanns ausdrücklich konstruktivistisch angelegte Studie kommt also nicht ohne die Prämisse aus, dass es neben dem erzählten „1968“ zusätzlich eine nicht erzählte, historisch vorhandene Protestbewegung gegeben hat. Das drückt sich auch im kritischen Unterton der als Untersuchungsergebnis wiedergegebenen Feststellung aus, im Großen und Ganzen hätten die Aktivisten der Protestbewegung im Laufe der Zeit mithilfe des Fernsehens, das sie überproportional häufig als Zeitzeugen auftreten ließ, die Hoheit über die Deutung des damaligen Geschehens gewonnen. Damit gerät der Anspruch der Protestbewegung, nicht unwesentlich zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik beigetragen zu haben, ja diese Erfolgsgeschichte selbst, in ein schiefes Licht.

Bei der Lektüre der anregenden Studie habe ich mich gefragt, ob solche Ergebnisse tatsächlich Resultate oder nicht eher Prämissen der vorgetragenen Analysen und Argumente sind. Konstruktivistische (Geschichts-)Wissenschaft versteht sich ja auch nur als eine „Wirklichkeitserzählung“ unter anderen.

Stallmanns rundfunkhistorische Studie bedient sich sinnvollerweise einer bewährten geschichtswissenschaftlichen Methode, nämlich der interpretierenden Auswertung von schriftlichen und in diesem Fall auch optischen Quellen. Nur, dass hier wie in anderen konstruktivistisch geprägten Studien das Bemühen aufgegeben worden ist, der historischen Wahrheit auf die Spur zu kommen, was erfordert hätte, neben die Muster der „Wirklichkeitserzählungen“ eine geschichtswissenschaftliche (Re-)Konstruktion der Protestbewegung selbst zu stellen. Erst das würde vorantreibende Kritik an den Fernseherzählungen von der Protestbewegung ermöglichen, die im praktischen Interesse an einer gesellschaftlichen Verständigung über das fortwirkende Phänomen des soziokulturellen Umbruchs Ende der 1960er Jahre liegt. Ohne die Sisyphusarbeit des Bemühens um historische Wahrheit muss (Rundfunk-)Geschichte – auch in der Berufsbildung – den Motor ihres Erkenntnisinteresses am kommunikativen Prozess der Verständigung

.....
22 Stallmann 2017, S. 22.

23 ebd.

24 ebd., S. 49

25 ebd., S. 48

26 ebd., S. 357.

verlieren. Damit verfehlt sie ihren sozio-kulturellen Nutzen und wird zum Luxus, auf den die Gesellschaft notfalls verzichten kann.

5. Was tun?

Was können Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die Medien- und besonders Rundfunkgeschichte betreiben, gegen die Marginalisierung ihres Kompetenzfeldes in der akademischen Ausbildung für Kommunikationsberufe unternehmen? Dazu sechs Thesen:

1. Sie haben die Option, akademische Lehre mindestens ebenso wichtig zu nehmen wie Forschung, auch wenn damit weniger Fördermittel und weniger öffentliche Aufmerksamkeit verbunden sind. Geistes- und Sozialwissenschaftler können sich dabei die Bedeutung bewusst machen, die wissenschaftlich fundierte Aus- und Weiterbildung für Medienberufe für das gesellschaftliche Erkenntnisinteresse an Verständigung hat, wenn die Vermittlung historischer Einsichten und Perspektiven dazugehört. Wegen des gesellschaftlichen Nutzens, den sie zu erbringen haben, können sie sich nicht wie Natur- und Technikwissenschaften damit begnügen, Forschungsergebnisse als reproduzierbares Wissen hervorzubringen. Für sie ist konstitutiv, dass sie durch das Vermitteln ihrer Einsichten, Denkweisen und Kommunikationsstile nicht zuletzt in der Berufsbildung dazu beitragen, den öffentlichen Diskurs auf rationale und empirische Füße zu stellen. Das Erkenntnisziel Verständigung ist bereits für ihre Verfahren prägend. Vor dem Humboldtschen Hintergrund der Integration von Lehre und Forschung kann die Mühe, sich Studierenden verständlich zu machen, auch produktive Rückwirkungen auf die Verständlichkeit der Forschung haben.

2. Die Fachgesellschaften der Medien- und Kommunikationswissenschaften, GfM, DG-PuK usw., können ihre vornehme Scheu ablegen und sich u.a. als Lobby-Organisationen verstehen, die nach außen, gegenüber Hochschulpolitik und privaten Trägern, die Interessen wissenschaftlicher Aktivitäten und Einrichtungen vertreten, die sich mit historischen Fragen befassen. Da die Vertreter der Fachgesellschaften in aller Regel renommierte Wissenschaftler/innen sind, sollten sie (Rundfunk-)Geschichte selbst nicht für Luxus halten, sondern von deren gesellschaftlichem Nutzen überzeugt sein. Margarete Keilackers Rundfrage zeigt, dass es auch da zunächst darum geht, sich gegen Verluste von Stellen und Mitteln zu engagieren. Aber eine defensive Strategie ist auf Dauer zu wenig. Es gilt auch, bereits eingetretene Verluste zu kompensieren. Intendanten und andere Rundfunkhierarchen sollten nicht nur als Galionsfiguren zu Tagungseröffnungen eingeladen, sondern auch an den Nutzen von Kommunikationsgeschichte für ihre Sender erinnert werden. Eine Offensive für Geschichte in Zeiten des digitalen Umbruchs erfordert innovative Konzepte und konsequente Maßnahmen zu ihrer Umsetzung, auch neue Organisationsformen von Wissenschaft.

3. In ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit können (Rundfunk-)Historiker ebenfalls bewusst weniger Selbstreferenz pflegen und sich stärker nach außen öffnen; das erfordert u. a. bewusstes Bemühen um Allgemeinverständlichkeit der Sprache, in der Lehre betrieben und Forschung präsentiert wird. Auch wenn Fachjargon sogar in verständigungsorientierten Disziplinen unvermeidlich ist – zu viel davon widerspricht ihrem „lebenspraktischen Interesse“. In den angelsächsischen Ländern gelingt es akademischen Intellektuellen oft besser, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren als in Deutschland, wo

Bildung lange ökonomische und politische Schwächen des Bürgertums kompensieren musste und deshalb als Statussymbol missbraucht wurde. Das ursprünglich für den Schulunterricht entwickelte „Hamburger Konzept“ der Textverständlichkeit²⁷ eignet sich auch für wissenschaftliche Lehre und journalistisches Schreiben.

4. Historisches Forschen und damit natürlich auch Lehren und Lernen kann positivistische Zugänge vermeiden. Es genügt nicht, Fakten zu präsentieren und vergangene Epochen isoliert aus sich selbst heraus verstehen zu wollen. Es geht darum, daraus etwas für Gegenwart und Zukunft zu lernen. Das kann auf genetische, exemplarische oder kritische Weise geschehen. Rundfunkgeschichtliche Ausbildung kann z. B. – genetisch – das Fernsehurteil von 1960 als Meilenstein auf dem Weg zum heutigen Stand der Medienfreiheit in Deutschland betrachten; sie kann – exemplarisch – an Beispielen aus dem NS-Rundfunk die Kraft der echten simultanen Radioreportage zeigen²⁸ oder auf Theodor Geigers Radio-Experiment von 1949 zur populären Präsentation von klassischer Musik²⁹ als eine Möglichkeit hinweisen, wie sich bildungsfernen Schichten im Rundfunk Kulturgüter nahebringen lassen; oder sie kann – kritisch – mit dem Vorbild Hans Bredow im Rücken das Organisationsmodell des Rundfunks in der Weimarer Republik als Beispiel für die Gefahr der politischen Instrumentalisierung von öffentlicher Information durch Radio und Fernsehen behandeln.

5. Historisches Lehren und Forschen ermöglicht es auch, konstruktivistische Denkweisen zu überwinden und den Usus aufzugeben, nur nach den medialen, journalistischen, populärkulturellen oder wissenschaftlichen Konstruktionen von Vergangenheit zu fragen – und nicht nach dieser selbst. Wissenschaftliche (Re-)Konstruktionen dürfen das Bemühen um historische Wahrheit nicht aufgeben, auch wenn sie nicht erreichbar ist. Sonst verlieren sie ihren Nutzen für die soziale Verständigung aus den Augen, die in modernen, von der Aufklärung geprägten Gesellschaften nicht von gemeinsamem Glauben getragen werden kann, sondern einer rationalen und empirischen, eben wissenschaftlichen Grundlage bedarf. Bei allem methodologischen Skeptizismus hat der Kritische Rationalismus³⁰ die Prämisse nicht aufgegeben, dass es eine der menschlichen Erkenntnis vorgegebene Realität gibt, der der kommunikative Prozess des Erkenntnisfortschritts nie ganz habhaft werden, sich aber nähern kann. Ein Relativismus, in dessen Licht alle Katzen grau werden und der in die resignative Preisgabe von Wahrheitssuche zu münden droht, ist damit nicht gemeint.

6. Entscheidend ist, dass die historisch-hermeneutischen Disziplinen einschließlich der Rundfunkgeschichte sich nicht in sich selbst verschließen, dass sie nicht dem systemtheoretischen Ideal der Autonomie und Selbstreferenz nacheifern³¹, sondern sich öffnen und nicht vergessen, dass die Gesellschaft ein berechtigtes Interesse an ihrer Leistung hat, Verständigung zu fördern.

.....

27 Vgl. Inghard Langer / Friedemann Schulz v. Thun / Reinhard Tausch: *Sich verständlich ausdrücken*. München, Basel 1993, 5. Auflage.

28 Vgl. Pöttker 1998

29 Vgl. Theodor Geiger: *A Radio Test of Musical Taste*. In: *Public Opinion Quarterly* (POQ), H. 3 (1950), S. 453–460; deutsch: Theodor Geiger: *Ein Radiotest des musikalischen Geschmacks*. In: *medium*, H. 1 (1994), S. 64–67; dazu Horst Pöttker: *E-Musik und ihr Publikum. Frühe quantitative Untersuchungen von Paul F. Lazarsfeld und Theodor Geiger*. In: Irmgard Bontinck (Hrsg.): *Wege zu einer Wiener Schule der Musiksoziologie. Konvergenz der Disziplinen und empiristische Tradition*. Wien, Mülheim a. d. R. 1996, S. 103–117.

30 Vgl. Karl Popper: *Das Elend des Historizismus*. Tübingen 1957 (zuerst 1936); ders.: *Logik der Forschung*. Tübingen 1966 (zuerst 1935); ders.: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. 2 Bde. Tübingen 2003 (zuerst 1945).

31 Vgl. Niklas Luhmann: *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden 2004, 3. Auflage, S. 24–31, 169–182.

Rudolf Stöber

Kein Ende der Whig-Geschichtsschreibung Stand und Probleme der rundfunkhistorischen Forschung

I. Einführung

Der größte Feind des Zeithistorikers ist der Zeitzeuge, der größte Gegner des Historikers der Archivar, der schlimmste Widersacher des Politikers der Parteifreund, der schärfste Antagonist des Rundfunkhistorikers der Pressehistoriker. Offensichtlich sind diese Aussagen zu schön, um wahr zu sein. Aber das müssen sie auch nicht, da die Pointen – falls man sie nicht schon kannte – überraschend genug sind, um selbst mit Spurenelementen von Richtigkeit für eine Wiederholung zu genügen.

Im Fall des Zeitzeugen sind es wohl mehr als Spurenelemente: Der Zeitzeuge als „Feind“ des Zeithistorikers kann nicht bestritten werden, denn allzuoft täuschen sich Menschen in ihren persönlichen Erinnerungen. Viel zu oft verschweigen sie bei Oral-History-Befragungen die ihnen unangenehmen Aspekte aus der Vergangenheit; sie schützen Erinnerungslücken vor, oder, schlimmer noch, sie locken den Zeithistoriker aufs Glatteis.¹

Der Archivar als Feind des Historikers: Das Bonmot ist ebenso zutreffend wie ungerecht. Denn (zutreffend), wünschte man sich nicht immer noch mehr Quellen, verfluchte man als Archiv-Nutzer nicht bisweilen die (oftmals lang zurückliegende) Kassation genau derjenigen Bestände, die man jetzt nur zu gerne auswerten würde. Andererseits (ungerecht), was wäre man ohne archivalische Betreuung, ohne die Hilfe sachkundiger Fachreferenten, ohne diese oder jene Lesehilfe? Und nicht zuletzt, auch in dieser Hinsicht ist das Bonmot ungerecht, ist man nicht bisweilen dem kassierenden Archivar für sein Handeln von ehemals dankbar, da man sonst der Fülle der Quellen gar nicht mehr Herr würde?

Der Parteifreund als schlimmster Feind – gemäß der Steigerung Feind, Todfeind, Parteifreund. Dass das nicht zu Unrecht behauptet wird, machen immer wieder die erbitterten Rivalitäten zwischen den Spitzenpolitikern einer beliebigen Partei deutlich. Rundfunkpolitisch unvergessen dürfte der Angriff des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch auf die politische Chefredaktion des ZDF sein, an dessen Ende er den Einfluss der CDU auf diese minimiert hatte.

Dass der Pressehistoriker der schärfste Antagonist des Rundfunkhistorikers sei, ist natürlich bar jeder Substanz. Aber als Kommunikationswissenschaftler, der von mancher Kollegin oder manchem Kollegen auf seine Rolle als Pressehistoriker reduziert wird, konnte ich mir die Aufnahme des Pseudo-Bonmots in die Reihe nicht verkneifen, zumal ich mir gut vorstellen kann, dass der eine oder die andere bei der Lektüre des Beitrags sich fragen mag, warum ausgerechnet ich diese Miszelle geschrieben habe. Darauf gibt es eine einfache Antwort: Weil ich gefragt worden bin. Mit der Anfrage wurde mir aufgetragen, „einen Text zu Stand und Problemen der rundfunkhistorischen Forschung zu verfassen“, so Margarete Keilacker in einer Mail an mich. Und das, obwohl ich rundfunkhistorisch eher ein Außenseiter bin, der durch einen blöden Zufall nicht einmal mehr Mitglied des Studienkreises „Rundfunk und Geschichte“ ist.²

.....
1 Davon nehme ich selbstredend die Interviewten in dem Themenheft RuG 3–4(2017) aus.

2 Bei einem Bank- und Kontowechsel hatte ich ausgerechnet diesen einen Dauerauftrag übersehen und bin umgehend aus dem Studienkreis ausgetreten worden.

Die Aufgabe mit den zur Verfügung stehenden 30.000 bis 40.000 Zeichen zu erfüllen, ist nicht ganz einfach. Schon der Literatur-Auszug meiner Datenbank, bei dem ich mich nur auf rundfunkhistorische Bücher beschränkte, ergab einen deutlich größeren Umfang. Eine Hilfskraft, die ich auf die Recherche bei H-Soz-Kult, Sehepunkte und r.k.m ansetzte, berichtete mir alsbald, dass allein die Linkliste zum Stichwort „Fernsehen“ ein Word-Dokument von mehr als 15 Seiten ergeben habe. Selbst habe ich in den letzten zwanzig Jahren gerade einmal 25 rundfunkhistorische Bücher besprochen – zudem ausschließlich im „Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte“. Eigentlich sollte ich mir also nicht anmaßen, einen Überblick über die rundfunkhistorische Forschung zu haben. Sei's drum: Eine Außenperspektive kann vielleicht nicht schaden; zumal der Königsweg der Wissenschaft der Vergleich ist; selbst wenn der Pointe des Außenstehenden, dass ein Ende der „Whig-Geschichtsschreibung“ noch nicht in Sicht sei, vielleicht nicht jeder zustimmen mag.

II. Unterschiede zwischen Presse- und Rundfunkgeschichte

Beginnen wir mit den Gemeinsamkeiten: Gemeinsam ist der Presse- und Rundfunkgeschichte die formale Struktur der Themenfelder. Es geht in diesen zwei Teilgeschichten der Mediengeschichte um Inhaltlich-Programmliches, um Institutionengeschichtliches, um Wirtschaftsgeschichte, um die Geschichte der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Beide sind zudem Teilgeschichten einer umfassenderen Geschichte der öffentlichen Kommunikation und als solche Teilgeschichten einer Teilgeschichte, denn die Geschichte öffentlicher Kommunikation ist ja nur ein Teil der allgemeineren Kommunikationsgeschichte. Insofern geht es bei den hier zu vergleichenden Teilgeschichten auch um gesellschaftliche Wirkungen, um sozialen Wandel, ebenso um intellektuelle wie um alltagsnahe Diskurse.

Was aber bestimmt die Unterschiede zwischen einer Pressegeschichte und einer Rundfunkgeschichte? Zunächst einmal ist der Zeitraum der Rundfunkgeschichte wesentlich kürzer: knappe 100 statt 500 bis 600 Jahre. Das hat Konsequenzen, die auszuführen sein werden. In Kürze vor allem diese paradoxe: Das zeitlich Nähere scheint uns vertrauter und leichter zugänglich, allerdings können wir uns da gewaltig täuschen und aus fehlgeleiteter Gleichsetzung zu falschen Schlüssen kommen.

Die Quellen zu beiden Geschichten kennen dramatische Überlieferungsprobleme aus der jeweiligen Frühzeit. Allerdings sind sie für den Rundfunk in einer Beziehung noch erheblich gravierender. Da die Speichertechnik anfangs unterentwickelt war, gibt es für die ersten Jahre selbst zu Schlüsselereignissen wie dem Sendebeginn keine Originalaufnahmen. Die erste Originalaufnahme zur deutschen Rundfunkgeschichte stammt aus dem Jahr 1929. Alles Frühere wurde später als „re-enactment“ nachproduziert.³ Wenig ist also vom Rundfunkprogramm der frühen Jahre und der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten. Die Aufzeichnungsmöglichkeiten (Wachsplatten, Draht- Tonbandgeräte) waren unzulänglich. Da Speichermedien im frühen Fernsehen sehr viel kosteten, wurden die magnetischen Aufzeichnungsbänder (MAZ) immer wieder gelöscht und neu bespielt. Den eklatanten Lücken der jeweiligen Anfangsjahre von Hörfunk und Fernsehen steht dann allerdings eine fortlaufend stärker anschwellende Überlieferungswalune gegenüber. In der Pressegeschichte hat man immerhin von Anbeginn erste Zeugnisse

.....

³ Das gilt auch für die „Weihnachtssendung“ von Reginald Fessenden aus dem Jahr 1906: <https://soundcloud.com/reggiechamberlain-king/the-first-broadcast> (zuletzt abgerufen Ende Dez. 2018).

der „Programm-Ebene“. Gerade erst hat der Buchhistoriker Stefan Füssel eine wunderschöne Faksimile-Ausgabe des „Werks der Bücher“, der 42-zeiligen Gutenberg-Bibel, besorgt.

Jedoch sind die institutionellen Anfänge der verschiedenen nationalen Rundfunkgeschichte in der Regel wesentlich besser überliefert als ihre Entsprechung in der Pressegeschichte. In Deutschland wie in den meisten westlichen Staaten war die Gründung von Rundfunksendern zwar maßgeblich von privatwirtschaftlicher Initiative mitgeprägt. Weil aber schon die Kolonialpolitik, die Handels- und Kriegsmarinen vor dem großen Krieg und erst Recht dann der Erste Weltkrieg die Vorzüge der Funktechnik bewiesen hatten, erkannte man rasch das große (massenbeeinflussende) Potenzial des neuen Mediums. Zudem wurde in der Tradition der Regalien eine Argumentationskette Telegrafie – drahtlose Telegrafie – Rundfunk aufgemacht. Somit traten alsbald hoheitsrechtliche Aspekte in den Vordergrund, weshalb sich Post-, Innen- und andere Ministerien in ihren Machtansprüchen nicht ausbremsen ließen. Aus den genannten Gründen gibt es eine veritable Überlieferung zur Institutionengeschichte der Frühzeit des Rundfunks. Die archivalische Überlieferung befindet sich den Länderarchiven und dem Bestand der Reichsrundfunkgesellschaft im Bundesarchiv. In der Pressegeschichte hingegen ist es eher dem Zufall geschuldet, wenn sich etwas zu den zentralen Akteuren erhalten hat. Über Gutenberg weiß man v.a. deshalb etwas, weil er – zugespitzt – ein Prozesshansel war. Zu Leonard Straub und Samuel Dilbaum, den Schöpfern der „Rohrschacher Monatschrift“, hat man ebenfalls wegen deren Justizauseinandersetzung etwas nähere Kenntnis. Und über Johann Carolus ist man nur wegen der lebenslangen Recherche Martin Welkes zur Geschichte der ersten Zeitung näher im Bilde.

Die Art der Quellen unterscheidet sich – zumindest was die Quellen zu den Inhalten und Programmen betrifft. Der Rezeptionsmodus geschriebener und gedruckter Dokumente ist zeitungebunden. Das verschafft der Pressegeschichtsschreibung einen kaum zu ermessenden Vorteil. Man kann selbst die Lesegeschwindigkeit bestimmen. Bei der zeitgebundenen Rezeption audiovisueller Inhalte ist man auf Gedeih und Verderb der Vorgabe der Quelle ausgeliefert. Zwar lassen sich Video- oder Tondokumente durchaus mit leicht erhöhter Geschwindigkeit abspielen, aber das taugt allenfalls dazu, einen Abschnitt, dessen Time-Code man nicht notiert hatte, schneller wiederzufinden. Wenn also allein im WDR jedes Jahr Audio- und Videomaterial für ein Jahr und vier Monate archiviert wird, kann man ermessen, dass die zielgerichtete Durcharbeitung als „Sisyphus-Arbeit“ nur unzureichend umschrieben ist. Insofern muss man Rundfunkarchivaren dankbar sein, dass sie 80 bis 90 Prozent der Überlieferung kassieren. Wenn z.B. zur DDR-Rundfunk-Geschichte ca. 40.000 Stunden Programm-Material überliefert wurden, sind das zwar nur zehn Prozent, aber auch schon mehr als vier Jahre Lebenszeit, die man als Rundfunkhistoriker erst einmal vor Audiogeräten und Videomonitoren verbringen müsste. Dann hätte man immer noch nichts transkribiert. Pressehistoriker hingegen brauchen ihre Quellen nur abzuschreiben, schon können sie aus den Inhalten zitieren. Neuere, gedruckte Texte sind überdies per OCR zu erfassen und selbst bei Fraktur sehen die Scan-Ergebnisse inzwischen deutlich besser aus als vor einer Dekade. Zwei Teilaspekte des Umgangs mit Quellen sind in der Pressegeschichte leichter als in der Rundfunkgeschichte: a) die Sicherung der Quellen ist einfacher; b) die Interpretation ebenfalls.

Eine kleine Nebenbemerkung: Für die institutionengeschichtlichen und andere der genannten Teilaspekte der Rundfunkgeschichte gilt dies natürlich nicht. Denn die oben benannten Felder, auf denen sich politisches und Verwaltungshandeln, ökonomisches, soziales oder kulturelles Tun abspielt, sind ohne großen Einfluss auf die formale und inhaltliche Natur der Dokumente. Akten sind Akten, Protokolle Protokolle, Memoranden sind wie Memoranden zu sichern und zu interpretieren, etc. pp. Quellen zur öffentlichen Kommunikation, die seit dem 19. Jahrhundert in reicher Form vorhanden sind, sprechen beide Mediengattungen sehr ähnlich an.

Doch hinsichtlich der Programmgeschichte unterscheidet sich schon die Quellenbasis fundamental. Programmhistorische Dokumente zur Rundfunkgeschichte sind wesentlich umständlicher zu sichern. Das beginnt mit der Transkription und formalen Erschließung. Zwar hat z.B. die Filmanalyse ein differenziertes Instrumentarium für die Sicherung audiovisueller „Texte“ entwickelt, es ist jedoch recht aufwendig, die visuelle, auditive, narrative, schauspielerische und semiotische Ebene zu verschriftlichen. Manches davon entzieht sich einer verbindlichen Umschreibung ganz. Zur darstellerischen Ebene hat Knut Hickethier vor Jahren festgestellt: „Alle Versuche einer Klassifikation von Ausdrucksweisen [...] scheitern jedoch daran, dass es eine systematisch angelegte Ausdrucksweise nicht gibt“.⁴ Und er hat für die Filmanalyse empfohlen, die umfangreiche Protokollierung nur soweit zu verwenden, wie es aus pragmatischen Arbeitssichtspunkten empfehlenswert ist. Was hier für die Filmanalyse festgestellt wurde, gilt für die Hörfunk- und Fernsehanalyse *mutatis mutandis*.

Es würde zu weit führen, diese Probleme im Detail auszuführen. Aber grundsätzlich gilt festzuhalten: Rundfunkprogrammgeschichte ist damit aufwendiger und komplexer als eine Darstellung der Geschichte der Presseinhalte. Das hat einen einfachen Grund: In einer Pressegeschichte entspricht die Darstellungsform (Buch oder Aufsatz) dem darzustellenden Gegenstand: In beiden Fällen geht es um das gedruckte Wort. Im Fall der Rundfunkgeschichte hingegen muss etwas zum Druck verschriftlicht werden, das ganz andere mediale Charakteristika aufweist.

Man mag einwenden: Schon textbasierte Quellen sind schwer genug zu interpretieren; auch Sprache ist nie ein-eindeutig. Mit wachsendem Abstand zur Entstehungszeit beginnt auch das sprachliche Verständnis schwieriger zu werden. Man mag ebenfalls zugunsten der Rundfunkgeschichte darauf verweisen, dass sie noch nicht so lange währt (s.o.). Darum könnte man annehmen, dass rundfunkhistorische Dokumente in interpretatorischer Hinsicht noch nicht so ausdeutungsbedürftig sind wie sehr alte pressehistorische Quellen. Aber andererseits besitzen audiovisuelle Inhalte ein wesentlich höheres Maß an kodierter Emotionalität. Daraus resultiert ein erheblich größeres Immersionspotenzial. Die Quellen sind suggestiver, ziehen uns unterbewusster in ihren Bann.

Und weil das so ist, darf man annehmen, dass das Habitualisierungspotenzial stärkere Sehgewohnheiten als Hörgewohnheiten erzeugt und diese wiederum die Lesegewohnheiten an Hartnäckigkeit deutlich übertreffen. Geschriebene und gedruckte Texte (auch aus früheren Zeiten) sind wir daher geneigter, mit einem neuen Auge wahrzunehmen. Audiovisuelle Inhalte hingegen irritieren uns stärker bzw. wir betrachten sie instinktiv aus den an modernen Inhalten trainierten Blickwinkeln. Zugegeben: Das ist eher ein vermuteter als ein zu messender Distanzunterschied. Aber jeder Leser möge sich ein-

.....
⁴ Knut Hickethier: Film- und Fernsehanalyse, (Sammlung Metzler. Realien zur Literatur, Bd. 277), 3., überarb. Aufl., Stuttgart/ Weimar 2001, S. 180.

mal selbst fragen, ob ein Schwarz-Weiß-Bild bzw. ein in Schwarz-Weiß gedrehter Film uns Rezipienten nicht quasi automatisch in das Dispositiv „Dies ist eine historische Aufnahme“ hineinversetzt. So stellt sich nicht nur das Auffassungsproblem, in der Vergangenheit eine vergangene Gegenwart zu erkennen, in den Weg. Wir sind vermutlich auch nur nach langem Training imstande, im „canned theater“ mit seinen (technisch bedingt) ganz anderen Schminkstilen, mit der affektiert anmutenden Theatralik in Gestik und Mimik, mit der inzwischen völlig ungewohnten Szenenarchitektur der Bühnenbilder nicht das unbeschreiblich Antiquierte, Fremdartige und Unfertige, sondern das, was die damaligen Rezipienten empfunden haben müssen, nämlich das revolutionär Neue, zu erblicken.

Hinzu kommt die benannte Diversität der Ebenen. Rundfunkprogrammhistorische Quellen erzeugen also einen Widerspruch: Einerseits ist ihr medialer Modus auf Distanzmin-derung zwischen Kommunikator und Rezipient angelegt, andererseits steigert die Viel-zahl der zu bedenkenden Ebenen das Potenzial für Fehlinterpretationen ganz erheblich. Vereinfacht gesprochen: Die zeichentheoretische Ebene einer Pressegeschichte redu-ziert sich auf begriffsgeschichtliche bzw. semantische Fragen. Die semiotische Ebene der Rundfunkinhalte ist fraktal gebrochen.

Edgar Lersch und ich haben vor Jahr und Tag einen Überblicksartikel zu kommunika-tionshistorischen Quellen, ihrer Überlieferung und den mit ihnen verbundenen Inter-pretationsproblemen geschrieben. Wir stellten damals fest: „Die meisten Medienunter-nehmen waren und sind Privatfirmen. Die Überlieferung von privaten Unternehmen ist generell schlechter als jene staatlicher Institutionen. Politik und Verwaltung haben aus Gründen der Rechtssicherung und der kontinuierlichen Amtsführung schon seit dem Mittelalter wichtige Schriftstücke aufbewahrt. Sobald sie den alltäglichen Geschäfts-gang verließen, waren sie zwar nicht mehr aktuell, es konnte jedoch durchaus sein, dass dieser oder jener Besitz- oder Rechtsanspruch zukünftig einmal zu beweisen wäre. [...] In staatlichen Archiven wird man, wenn auch häufig in verzerrter Perspektive, vieles fin-den, was in privaten fehlt oder nie vorhanden war. Privatunternehmen entwickeln weder dieses Traditionsbewusstsein noch die notwendige Lebensdauer, noch sind sie irgend-welchen Verpflichtungen bzw. gesetzlichen Vorschriften zur dauerhaften Aufbewahrung ihrer Dokumente unterworfen.

Daher ist ihre Überlieferung auch deutlich ungleichmäßiger und hängt in hohem Maß von der Initiative einzelner Beschäftigter und der Sensibilität der Leitung für die Dokumen-tation der Unternehmensgeschichte ab. Insbesondere Gründungszeiten sind hektische Zeiten, und die Unternehmer haben Wichtigeres zu tun, als sich darum zu kümmern, ob dieses oder jenes Schriftstück überliefert werden soll. Für die ersten Programmpro-duktionen der kommerziellen Hörfunk- und Fernsehsender in den achtziger Jahren lässt sich das verdeutlichen. Die Anbieter sahen sich mit allen möglichen Problemen konfron-tiert, um ihre Programme ‚auf Sendung‘ zu bringen: Die Programmdokumentation war nicht ihr primäres Ziel. Häufig wird sich sogar erst zu so genannten runden Jubiläen des Unternehmens erinnert, dass Unternehmensgeschichte sinnvoll ist. Erst dann, wenn es schon fast zu spät ist, wird bemerkt, dass sehr viel interessantes Material aus der Frühgeschichte vernichtet wurde.“⁵

.....
5 Edgar Lersch / Rudolf Stöber: Quellenüberlieferung und Quellenrecherche, in: Klaus Arnold / Markus Behmer / Bernd Semrad (Hg.): Kommunikationsgeschichte. Positionen und Werkzeuge. Ein diskursives Hand- und Lehrbuch, (Kommunikationsgeschichte, Bd. 26), Münster 2008, S. 289–322, hier: S. 298f.

An dem Befund hat sich in der Zwischenzeit wenig geändert. Holger Müller sprach in einem Aufsatz in den Mitteilungen des Studienkreises hinsichtlich der Archivlage privaten Rundfunks in Bayern unlängst von „Demenz“.⁶ Auch Markus Behmer, Birgit Bernard und Bettina Hasselbring stellten im „Gedächtnis des Rundfunks“ fest: „Nicht berücksichtigt werden konnten die Sender in deutscher Regie von 1938–1945 sowie die Archive der privaten Rundfunkanbieter, die, sofern überhaupt vorhanden, (bislang) für Forscher/innen kaum zugänglich sind.“⁷ Mit ihrer Darstellung liegt inzwischen eine ungleich detailliertere Übersicht zu den archivalisch überlieferten Rundfunkquellen vor, die alles Zeug dazu hat, ein Standardwerk zu werden. Das letzte Zitat macht aber auch ein Hauptproblem der derzeitigen Rundfunkgeschichtsschreibung deutlich...

III. Rundfunkgeschichte im Überblick

Einen Überblick über den Stand der Rundfunkgeschichtsschreibung zu geben, ist angesichts der eingangs vermeldeten Rechercheergebnisse ein Ding der Unmöglichkeit. Darum sollen anhand einiger weniger Bücher die Leistungen, aber auch die Defizite benannt werden. Zunächst ist mit den Klassikern zu beginnen: Die „Klassiker“ der deutschen Rundfunkgeschichte sind der „Bausch“⁸, der „Schwarzkopf“⁹, mit deutlichen Abstrichen der „Stuiber“¹⁰ und als kondensierte Übersicht der „Dussel“.¹¹ Während die von Hans Bausch herausgegebene fünfbändige Reihe vor der Liberalisierung des Rundfunks erschienen ist und daher nur die Geschichte der staatlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Anstalten zu schreiben hatte, musste der Doppelband von Schwarzkopf sich schon mit 15 Jahren privaten Rundfunk auseinandersetzen. Während die Einzelbände in der Bausch-Reihe von jeweils einem Autor verfasst wurden, besteht der „Schwarzkopf“ aus zwei Sammelbänden.

Die Bausch-Bände sind von unterschiedlicher, insgesamt aber recht hoher Qualität. Mir gegenüber hat Winfried B. Lerg einmal selbstkritisch geäußert, dass er mit seinem Weimarer Band, der den Auftakt der Reihe bildete, nicht ganz zufrieden war. Dies dürfte sicherlich dem Umstand geschuldet sein, dass erst einmal eine Schneise durch ein Dickicht der Überlieferung – insbesondere zu den institutionen- und politikgeschichtlichen Rahmenbedingungen geschlagen werden musste. Der zweite Band „Rundfunk im Dritten Reich“, vom damaligen rundfunkhistorischen Referenten im Deutschen Rundfunkarchiv Ansgar Diller verfasst, ist sicherlich der stärkste in der Reihe. Noch heute besticht er durch die Klarheit der Darstellung, eine profunde Quellenkenntnis und immer noch gültige Analysen. In den Bänden 3 und 4 beschrieb Hans Bausch die deutsche Rundfunkgeschichte von 1945 bis in die späten 1970er Jahre. Als Intendant des SDR hatte er genaue Insiderkenntnisse einzubringen und schilderte die Geschichte pro domo des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, insbesondere auch im Streit um das „Adenauer-Fernsehen“. Geglättet erscheint da manches – wie er selbst Intendant wurde auch. Über

6 Holger Müller: Demenz oder Verdrängung? Zur Archivlage des privaten Hörfunks in Bayern, in: RuG 3–4(2015), S. 32–35.

7 Markus Behmer / Birgit Bernard / Bettina Hasselbring (Hg.): Das Gedächtnis des Rundfunks. Die Archive der öffentlich-rechtlichen Sender und ihre Bedeutung für die Forschung, Wiesbaden 2014, hier: S. 19.

8 Hans Bausch (Hg.): Rundfunk in Deutschland, 5 Bände, München 1980.

9 Dietrich Schwarzkopf (Hg.): Rundfunkpolitik in Deutschland. Wettbewerb und Öffentlichkeit. 2 Bände, München 1999.

10 Heinz-Werner Stuiber: Medien in Deutschland. Band 2: Rundfunk, (Medien in Deutschland, Bd. 2 [in zwei Teilbänden]), Konstanz 1998.

11 Konrad Dussel: Deutsche Rundfunkgeschichte, 3., überarbeitete Auflage, Konstanz 2010.

die Rundfunkentwicklung in der SBZ und der DDR findet sich nichts. Der fünfte Band umreißt epochenübergreifend die Geschichte der Rezipientenforschung. Sein Verfasser war Hansjörg Bessler, damals Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im SDR, der zuvor das Medienreferat des Senders aufbaute.

Den „Schwarzkopf“ muss man stärker noch als die von Hans Bausch verfassten Bände weniger als historische Abhandlung, sondern zumindest in Teilen eher als historische Quelle betrachten. Zwar stellte der Herausgeber Dietrich Schwarzkopf, Vorsitzender der „Historischen Kommission der ARD“, die Bände in die Tradition der Bausch-Reihe, doch im Unterschied zu dieser behandelte der „Schwarzkopf“ noch keine abgeschlossene Epoche. Wie der „Bausch“ von der „Historischen Kommission der ARD“ unterstützt, kann in vielen Texten unterschwellig eine Parteinahme für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk herausgehört werden. Die zeitliche Dimension der meisten Beiträge schließt unmittelbar an den „Bausch“ an und reicht von Beginn der 1980er Jahre bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Bisweilen wird weiter zurückgeblickt, z.B. auf das 1. Rundfunkurteil oder die Anfänge des Rundfunks in der SBZ/DDR. Trotz der Heterogenität der Autoren – Kommunikationshistoriker, Politologen, Juristen, Journalisten und (Rundfunk-)politiker – leuchtet der „Schwarzkopf“ das Rundfunksystem unter vielfältigen Gesichtspunkten – Politik, Recht, Gesellschaft, Wirtschaft, Technik, internationale Beziehungen – angemessen aus und liefert einen immer noch nützlichen Zwischenbericht.

Im „Stuiber“, der auf ca. 1.000 Seiten die deutsche Rundfunkgeschichte von Anbeginn erzählt, wird der private Rundfunk umfangreicher thematisiert. Dabei spielt die Darstellung der rundfunkpolitischen Rahmensetzungen und -bedingungen naturgemäß eine große Rolle. Immer noch lesenswert, wenngleich – legitimer Weise – subjektiv sind die abschließenden „Anmerkungen zur Rundfunkpolitik“ von Hans-Werner Stuiber. Wie die Bausch-Bände, aber im Unterschied zu den Schwarzkopf-Bänden, erschließt ein kombiniertes Sach- und Personenregister die Darstellung. Leider, das stört den quellenkritisch arbeitenden Historiker, wird wie im „Schwarzkopf“ und im Unterschied zum „Bausch“ nicht zwischen Literatur und Quellen unterschieden.

Der wesentlich schmalere „Dussel“ musste die Rundfunkgeschichte insgesamt deutlich verdichten. Doch liefert seine Darstellung einen profunden Überblick, der auch Programmhistorisches und die leidige Quellenproblematik angemessen berücksichtigt. „Für die ersten Jahrzehnte der Rundfunkgeschichte“, stellt Dussel ebenso apodiktisch wie zutreffend fest, „ist die Überlieferungssituation derart desolat, dass man sich in’s Mittelalter zurückversetzt fühlt.“¹² Seinem Buch merkt man vielleicht am deutlichsten die Herkunft an: Es entstand aus rundfunkhistorischen Lehrveranstaltungen – und das ist kein Nachteil. Die annotierten (Quellen-) und Literaturhinweise an den Enden der Hauptkapitel bieten insbesondere Studenten eine gute Orientierung.

All diese Darstellungen sind durch eine Fülle von Einzeluntersuchungen ergänzt worden. Ich verweise zunächst auf ein Buch, das Lergs Weimarer Rundfunkgeschichte gut ergänzt, Carsten Lenks „Erscheinung des Rundfunks“.¹³ Lenk vermochte es, durch intelligente Interpretation sehr unterschiedlicher Quellen neue Einsichten in die Epiphanie und Durchsetzung des Mediums Rundfunk bei der Hörerschaft zu vermitteln. Er hat Hörererinnerungen, die im DRA Frankfurt in den achtziger Jahren gesammelt wurden,

.....
12 ebd., S. 45.

13 Carsten Lenk: Die Erscheinung des Rundfunks. Einführung und Nutzung eines neuen Mediums 1923–1932. Opladen 1997.

mit zeitgenössischen Rundfunk- und Technikzeitschriften, Anzeigen und anderen Werbemitteln der Rundfunkgesellschaften und der Rundfunkindustrie sowie rundfunkstatistischen Materialien verglichen und aus diesen Quellen den zeitgenössischen Diskurs über die Rundfunkinnovation rekonstruiert. Vielleicht hätte er sich dabei mit den Problemen von oral history eingehender auseinandersetzen können. Aber Rezeptionsgeschichte als eine Form der Habitualisierung zu begreifen, überzeugt noch nach zwanzig Jahren: Zu Beginn sei der Rundfunk so neu gewesen, dass er die Botschaft an sich darstellte. Schon am Ende der Weimarer Republik habe sich das Publikum allerdings so an ihn gewöhnt, dass er im alltäglichen Leben „verschwunden“ sei.

Mit seiner Fernsehgeschichte des Dritten Reichs erzählt Winker ausführlich die Anfänge des derzeit immer noch wichtigsten Leitmediums.¹⁴ Bei Diller stand das NS-Fernsehen noch auf beschränkten 15 Seiten im Fokus; Winkers Schilderung kommt auf den dreißigfachen Umfang und geht quellengestützt sowie sehr detailliert auf die Fernsehgeschichte zwischen „Machtergreifung“ und Zusammenbruch ein. Sie fragt nach den Hauptantriebskräften, nach den Gründen für den favorisierten Gemeinschaftsempfang, nach dem Programmkonzept und anderem mehr.

Die Dissertation von Ketterer untersucht das strategisch-politische, ökonomische, technische, werbliche und designorientierte Verhalten der Elektroindustrie in Deutschland bei der Erschließung und Durchdringung des Radiomarktes.¹⁵ Materialgrundlage bilden die nur geringfügig überlieferten Unternehmensarchive, zeitgenössische Druckschriften (Kataloge, Zeitungen, Zeitschriften) und die Sekundärliteratur. Die sechs Kapitel zeichnen ein minutiöses, bisweilen aber detailüberfrachtetes Bild der Entwicklung. Leider enthält der Anhang kein Verzeichnis der gedruckten und nichtgedruckten Quellen. Der Band ist aber ansprechend bebildert. Eine Zusammenfassung der interessanten Ergebnisse hätte die Arbeit abgerundet.

Seit der Wiedervereinigung ist eine große Zahl von Darstellungen zur Rundfunkgeschichte der DDR erschienen und hat die bis 1989 vorherrschende Unterbelichtung des Gegenstands behoben. Allerdings enthält der vorige Satz einen Anachronismus: Denn „Rundfunk“ bezeichnete im DDR-Deutsch nur den Hörfunk, und nicht wie in bundesdeutscher Semantik Hörfunk und Fernsehen. Zum Rundfunk und Fernsehen in SBZ und DDR kann man unter anderem zu Claudia Dittmar¹⁶, Thomas Großmann¹⁷, Peter Ludes¹⁸, Michael Meyen¹⁹, Rüdiger Steinmetz und Reinhold Viehoff²⁰ oder Stefan Zahlmann²¹ greifen. Recht früh erschien der von Ludes herausgegebene Band, der sich im Schwerpunkt mit Nachrichtenpolitik und insbesondere der „Aktuellen Kamera“ beschäftigt. Ludes hat eine umfangreiche Einleitung verfasst, in der er sich ausführlich zu

.....
14 Klaus Winker: *Fernsehen unterm Hakenkreuz. Organisation, Programm, Personal*, (Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1), 2., akt. Aufl., Köln / Weimar / Wien 1996.

15 Ralf Ketterer: *Funken, Wellen, Radio. Zur Einführung eines technischen Konsumartikels durch die deutsche Rundfunkindustrie 1923–1939*. Berlin 2003.

16 Claudia Dittmar: *Feindliches Fernsehen. Das DDR-Fernsehen und seine Strategien im Umgang mit dem westdeutschen Fernsehen*, Bielefeld 2010.

17 Thomas Großmann: *Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR*, (Medien und Gesellschaftswandel im 20. Jahrhundert, Bd. 3), Göttingen 2015.

18 Peter Ludes (Hg.): *DDR-Fernsehen intern. Von der Honecker-Ära bis "Deutschland einig Fernsehland"*, Berlin 1990.

19 Michael Meyen: *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin 2003.

20 Rüdiger Steinmetz, Reinhold Viehoff (Hg.): *Deutsches Fernsehen Ost. Eine Programmgeschichte des DDR-Fernsehens (mit DVD)*, Berlin 2008.

21 Stefan Zahlmann (Hg.): *Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR*, Berlin 2010.

den von ihm geführten Intensivinterviews äußert. Der zweite Hauptteil enthält als Tagungsvorträge die Erinnerungen von Beteiligten mit ihrer Sicht auf das DDR-Fernsehen. Dabei stehen ost- wie westdeutsche Perspektiven nebeneinander. In gewisser Hinsicht ist der Band – zumindest zur Hälfte – eher eine (kritisch zu lesende) Quelle als Literatur.

Das ist bei Dittmar anders. Sie hat das DDR-Fernsehen insbesondere mit Blick auf die Konkurrenz zum Westfernsehen thematisiert. In der Bundesrepublik glaubte man lange, die DDR-Bürger würden vor allem ARD und ZDF rezipieren. Wer das Westprogramm nicht empfangen konnte, lebte im „Tal der Ahnungslosen“. Dittmar zeigt, wie auch Meyen, dass insbesondere die Unterhaltungssendungen des DDR-Fernsehens bei den Ostdeutschen durchaus beliebt waren. Sie führt den Nachweis – ebenfalls wie Michael Meyen – auf Basis breiter Quellenanalyse.

Die Rolle des DDR-Fernsehens in der Revolution von 1989 war speziell. Wer noch vor Augen hat, wie devot „wir vom Massenmedium Fernsehen“ Egon Krenz zu seiner Wahl als SED-Generalsekretär begrüßten, macht sich über seine systemstabilisierende Funktion bis in die letzten Monate der DDR keine Illusionen. Das untersucht Großmann, setzt aber zu spät ein. Wer unmittelbar vor der Wende im Mai 1989 die Berichterstattung der „Aktuellen Kamera“ über das Massaker auf dem Tian’anmen-Platz in Peking gesehen und in Erinnerung hat, weiß noch genau um die Drohung mit der „chinesischen Lösung“, die wie ein Damoklesschwert über der friedlichen Revolution im Herbst hing. Gestützt auf die Auswertung von ca. 4.000 Sendungen und zusätzliche archivalische Quellen haben Steinmetz und Viehoff ihre umfangreiche Abschlusspublikation zur Programmgeschichte des DDR-Fernsehens vorgelegt. Da sie auf einer DVD ausgewählte Sendeauschnitte beigaben, lieferten sie zugleich eine Antwort auf das obengenannte, den unterschiedlichen Mediengattungen geschuldete Darstellungsproblem. Mit dem Material kann jeder selbst prüfen, wie schwer die Interpretation fällt, wenn historische Bewegtbilder nicht nur zu Illustrationszwecken benutzt oder als solche verstanden werden.

Der von Stefan Zahlmann herausgegebene Sammelband zu „Medien in der DDR“ behandelt neben Hörfunk- und Fernsehgeschichte auch Film, Buch und Presse. Er wird durch eine instruktive Zusammenfassung von Christoph Classen beschlossen, der inzwischen verstorbene Klaus Arnold verfasste einen quellengesättigten Beitrag zum Hörfunk. Auch etliche andere, die in dieser Miscelle schon genannt wurden, sind vertreten. Christoph Classen resümiert in seinem Schlussbeitrag, die Medienpolitik der DDR habe sich stets in einer „Zwickmühle“ befunden und sei von einer „Ambivalenz [zwischen] Abgrenzung und Assimilierung“ gegenüber der Medienkonkurrenz aus dem Westen gekennzeichnet gewesen.²²

In der Miscelle wurden bislang etliche verdienstvolle rundfunkhistorische Arbeiten nicht genannt. Auf zumindest einige von ihnen soll zumindest hingewiesen werden. Da ist z.B. die fünfbandige „Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik“²³. Oder die beiden Bände zum Radio in der Zeit des Nationalsozialismus und der DDR²⁴. Beide Buch-Reihen versammeln instruktive Artikel zur Radio- und Fernsehgeschichte, beide sind aus umfangreichen rundfunkhistorischen Projekten hervorgegangen – die Fern-

.....

²² Christoph Classen: DDR-Medien im Spannungsfeld von Gesellschaft und Politik, in: ebd., S. 402f.

²³ Helmut Kreuzer / Christian W. Thomsen (Hg.): Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bände, München 1993–1994.

²⁴ Inge MarBolek / Adelheid von Saldern / Daniela Münkel et al. (Hg.): Zuhören und Gehörtwerden, 2 Bände, Tübingen 1998.

sehgeschichte aus dem SFB „Bildschirmmedien – Ästhetik, Pragmatik, Geschichte“ an der Universität Siegen; die Radio-Geschichte entstand in Hannover im VW-Schwerpunktprogramm „Diktaturen in Europa“. Thematisch sehr interessant und unbedingt mal in die historische Dimension zu verlängern und gleichzeitig zu aktualisieren wäre ein Band zum Zusammenhang von Fernsehen und sozialem Wandel.²⁵ Zumindest erwähnt werden sollen die Programmgeschichten von Edgar Lersch und Konrad Dussel²⁶ sowie die von Joachim-Felix Leonhard.²⁷ Aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann auf die vielen Beiträge in medien- und kommunikationshistorischen Periodika wie „Medien und Zeit“, „Jahrbuch Medien und Geschichte“ und dem „Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte“.

IV. Kein Ende der Whig-Geschichtsschreibung in Sicht?

Die Rundfunkgeschichtsschreibung hat in den letzten Jahrzehnten erstaunliche Leistungen erbracht. Dennoch ist der Gesamtstand trotz beeindruckender Einzelbefunde alles andere als befriedigend. Man könnte pointieren: Die Rundfunkgeschichte befindet sich immer noch in einer Phase von „Whig-Geschichtsschreibung“. Unter dem Rubrum fasst man eine britische Geschichtsschreibungsphase des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zusammen, welche sich durch drei Merkmale hervorhob: Sie war eine teleologische Historiographie, eine erfolgsorientierte Geschichtsschreibung (der britischen Nationalgeschichte) und sie bezog parteipolitisch Position (zugunsten von Liberalität). Mit Verlaub: Aus meiner Außensicht scheint das für die deutsche Rundfunkgeschichtsschreibung analog zu gelten. Sie bezieht häufig implizit oder explizit Position zugunsten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Noch stärker überwiegt dessen thematische Berücksichtigung. Für die oben erwähnten Überblickswerke gilt: Privater Rundfunk wird zumeist eher am Rande mitbehandelt; häufig geschieht dies v.a. unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten. Auch „Rundfunk und Geschichte“, soweit nicht die Jahre vor 1945 oder die DDR behandelt werden, reiht sich da ein: Es überwiegt, wie eine Durchsicht der letzten Jahrgänge zeigt, quellenbedingt der öffentlich-rechtliche Rundfunk.²⁸

In der Rundfunkgeschichtsschreibung scheint mir bei vielen Kolleginnen und Kollegen eine große Sympathie für die kulturkritische Theorie vorzuliegen. Aus Perspektive der Frankfurter Schule und ihrer jüngeren Ableger werden (immer noch) privatwirtschaftlich bereitgestellte Kulturleistungen v.a. aus dem Blickwinkel standardisierter Massenprodukte kritisiert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kommt da grundsätzlich besser weg. Auch wenn man, wie ich, das kulturkritische Paradigma v.a. wegen seiner verschwörungstheoretischen Komponenten („Ablenkung vom Wesentlichen und Verdummung

.....

25 Heribert Schatz (Hg.): Fernsehen als Objekt und Moment des sozialen Wandels. Faktoren und Folgen der aktuellen Veränderungen des Fernsehens, Opladen 1996. Weder ein Band der Mainzer Tage der Fernsehkritik noch eine rundfunkhistorische Arbeit vermögen dies komplett einzulösen: Rudolf Stumberger: Fernsehen und sozialstruktureller Wandel. Eine theoretisch-historische Untersuchung zur Bedeutung eines Mediums im Modernisierungsprozess 1945 bis Mitte der 1970er Jahre unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Klasse der Arbeiter, München 2002. Peter Christian Hall (Hg.): Bilder des sozialen Wandels. Das Fernsehen als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung, (Mainzer Tage der Fernseh-Kritik, Bd. 38), Mainz 2006.

26 Konrad Dussel / Edgar Lersch: Quellen zur Programmgeschichte des deutschen Hörfunks und Fernsehens, (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 24), Göttingen/ Zürich 1999.

27 Joachim-Felix Leonhard (Hg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik, 2 Bände, München 1997.

28 Eine sehr schöne, zudem supranational vergleichende Studie stammt von Matthias Künzler: Die Liberalisierung von Radio und Fernsehen. Leitbilder der Rundfunkregulierung im Ländervergleich, Konstanz 2009. Zu erwähnen ist auch der bislang letzte Medienbericht der Bundesregierung: Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Hg.): Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung 2008, Berlin 2008.

der Massen“) eher zurückweist, wird man allerdings kaum leugnen können, dass die im Essay „Dialektik der Aufklärung“ vor mehr als 70 Jahren versammelten Diagnosen heute beinahe mehr Berechtigung denn je haben. Aber rundfunkbezogen würde ich mit dem Paradigma derzeit wesentlich weniger offensiv argumentieren als bezüglich sozialer Medien und den damit verbundenen kulturindustriellen Trends.

Gleichwohl wäre zu wünschen, dass in Zukunft eine Geschichte des privaten Rundfunks mehr Gewicht bekäme und ihr vielleicht mehr Gerechtigkeit widerführe. Beides aber appelliert zuerst einmal an die Bringschuld der privaten Rundfunkanstalten.²⁹ Diese sollten ihre Überlieferung ordnen, dem wissenschaftlichen Publikum zugänglich machen und die Erforschung ihrer eigenen Geschichte – vielleicht durch Förderung eines Projektverbunds – unterstützen. Dass die Öffnung von Archiven das A und O jeder Geschichtsschreibung ist, sollten die umfangreichen Forschungen zur Geschichte des Radios und des Fernsehens in der DDR verdeutlicht haben.³⁰

Solange die privaten Rundfunkanstalten ihre Quellen der Forschung nicht ebenfalls zugänglich machen, wird die Whig-Geschichtsschreibung in der Rundfunkgeschichte das beherrschende Paradigma bleiben (müssen).

.....

29 Auch in dem eingangs zitierten Themenheft von Rundfunk und Geschichte wird nur mit Jürgen Doetz ein Vertreter privater Rundfunkanstalten interviewt, drei Stimmen erinnern an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

30 Den Klagen von Leif Kramp kann man sich nur anschließen. Leif Kramp: Zur Situation der Rundfunkarchivierung in Deutschland, in: RuG 3–4(2015), S. 11–24.

Vera Katzenberger

Zum Stellenwert rundfunkhistorischer Fragestellungen in studentischen Abschlussarbeiten

Eine Inhaltsanalyse aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive

Berührungspunkte mit der Kommunikations- und Mediengeschichte haben wohl die meisten der Studierenden kommunikationswissenschaftlicher Studiengänge im Verlauf ihrer akademischen Ausbildung: Die meisten Curricula an Universitäten und Hochschulen vermitteln historische Grundlagen des Mediensystems im Rahmen von Einführungsvorlesungen. Auch der Entwicklung des Rundfunks, so ist zumindest anzunehmen, wird dabei Beachtung geschenkt. Richtet man das Augenmerk auf Stand und Probleme der rundfunkhistorischen Ausbildung, erweisen sich studentische Abschlussarbeiten als ausgesprochen aufschlussreicher Untersuchungsgegenstand, können sie doch als Indikator für die inhaltlichen Interessen sowie für theoretische und empirische Fertigkeiten der Studierenden verstanden werden. Abschlussarbeiten, von Magister- und Diplomarbeiten bis hin zu Bachelor- und Masterarbeiten, spiegeln als Prüfungsleistungen von zentraler Bedeutung im Studienverlauf aber längst nicht nur die Interessen, sondern auch die erfahrenen Ausbildungsschwerpunkte der Studierenden wider.

Eine quantitative Inhaltsanalyse von 1.828 Abstracts studentischer Abschlussarbeiten aus dem Archiv des Online-Journals „Transfer“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) der vergangenen zehn Jahre, von 2009 bis einschließlich 2018, bot eine Basis, um im Folgenden empirisch belegte Aussagen zum Stellenwert rundfunkhistorischer Fragestellungen in studentischen Abschlussarbeiten an kommunikationswissenschaftlichen Instituten an Universitäten und Hochschulen im deutschsprachigen Raum treffen zu können.

Methodisches Vorgehen

Grundlage der Untersuchung war das Archiv des Online-Journals „Transfer“ der DGPK, das seit 1997 kommunikationswissenschaftliche Abschlussarbeiten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in Form von Abstracts vorstellt.¹ Seit 2000 erscheint „Transfer“ als digitale Ausgabe vier Mal jährlich. Die in dem Journal als Abstracts aggregierten Bachelor-, Master-, Magister-, Diplom- sowie Lizentiatsarbeiten werden von wissenschaftlichen Mitarbeitern an die „Transfer“-Redaktion gemeldet, auf der Homepage veröffentlicht und schließlich in einem Archiv gespeichert. Aufgenommen werden nur Arbeiten, die mindestens die Note 2,3 beziehungsweise 5.0 für die Schweiz aufweisen.

Im November 2018 umfasste das Archiv insgesamt 2.961 Abstracts zu studentischen Abschlussarbeiten. Damit gewährt „Transfer“ umfassende Einblicke in Themenschwerpunkte, Theorien und Methoden, die Studierende in ihren Abschlussarbeiten behandelten beziehungsweise nutzten. Einschränkend muss an dieser Stelle allerdings betont werden, dass „Transfer“ selbstredend keine vollständige oder repräsentative Erfassung aller Abschlussarbeiten aus der Kommunikationswissenschaft leistet. Das gilt in der Konsequenz ebenso für den vorliegenden Beitrag. Das Journal bietet dennoch eine gewinnbringende Grundlage für umfassende Untersuchungen: Es aggregiert eine enorm hohe Anzahl an Abstracts zu Abschlussarbeiten, wobei gleichermaßen verschiedene Qualifikationsstufen sowie zahlreiche Universitäten und Hochschulen vertreten sind.

.....
¹ Die Abstracts der studentischen Abschlussarbeiten sind online abrufbar unter www.transfer.dgpk.de.

Diese Vielzahl und Vielfalt kann durchaus dazu dienen, verlässliche Aussagen über die Gestaltung studentischer Abschlussarbeiten treffen zu können. Zudem ist die Plattform für Interessierte zwar niedrigschwellig zugänglich, wird aber professionell und durch wissenschaftliche Fachvertreter betreut. Zudem begleiten die Ansprechpartner an den Instituten die Studierenden bei der Veröffentlichung ihrer Abstracts.

Im Rahmen einer quantitativen Inhaltsanalyse wurden die Abstracts der vergangenen zehn Jahre, von 2009 bis 2018, systematisch erfasst und umfassend ausgewertet. Dabei konnten einerseits bereits definierte Kategorien und Daten des Online-Journals (Erscheinungsjahr, Art der Abschlussarbeit, Länge der Abschlussarbeit, fachlicher Schwerpunkt, betreuendes Institut) Berücksichtigung finden. Andererseits ließen sich, basierend auf einem eigens für diese Studie erstellten Codebuch, weitere Informationen wie der kommunikationswissenschaftliche Fachbereich, die in der Abschlussarbeit untersuchte Mediengattung sowie theoretisches und empirisches Vorgehen erheben.

Dabei orientierte sich das Codebuch an Kategorienschemata anderer Publikationsstudien aus dem Fach.² Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle der Beitrag von Wolfgang Schweiger, Patrick Rademacher und Birgit Grabmüller, die 2009 eine Inhaltsanalyse kommunikationswissenschaftlicher Abschlussarbeiten vorlegten.³ Ihr Kategorienschema diente in vielerlei Aspekten der Orientierung, wurde allerdings an den Schwerpunkt der vorliegenden Studie, also im Hinblick auf rundfunkhistorische Fragestellungen, angepasst und entsprechend weiterentwickelt.

Um die Güte des verwendeten Kategorienschemas zu überprüfen, kam ein Reliabilitätstest zum Einsatz. Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse basieren auf Codierungen von insgesamt drei Codierern.⁴ Die Intercoder-Reliabilität war mit 0,8 sehr zufriedenstellend. Signifikanztests mussten nicht durchgeführt werden, da es sich um eine Vollerhebung handelte. Die Auswertung erfolgte mit anonymisierten Daten, personenbezogene Rückschlüsse waren zu keinem Zeitpunkt der Untersuchung möglich.

Ergebnisse im Überblick

Die Inhaltsanalyse umfasste die Abstracts von Ausgabe 2009 / Heft 1 (13. „Transfer“-Jahrgang) bis Ausgabe 2018 / Heft 4 (22. „Transfer“-Jahrgang). Grundlage der Untersuchung bildeten damit 1.828 Beiträge aus 33 Ausgaben des Online-Journals. Insgesamt wurden Abschlussarbeiten von Studierenden aus 27 Instituten erfasst. Die drei am stärksten vertretenen Institute waren das Münchner Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität (n = 451), das Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover (n = 386) sowie das Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien (n = 196). Am häufigsten handelte es sich bei den Abschlussarbeiten um Bachelorarbeiten (n = 918), gefolgt von Master- (n = 432) und

.....
² Vgl. Wolfgang Donsbach, Torsten Laub, Alexander Haas und Bernd Brosius: Anpassungsprozesse in der Kommunikationswissenschaft. Themen und Herkunft der Forschung in den Fachzeitschriften „Publizistik“ und „Medien & Kommunikationswissenschaft“. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 1(2009), S. 46-72; Ralf Hohlfeld und Christoph Neuberger: Profil, Grenzen und Standards der Kommunikationswissenschaft. In: *Rundfunk und Fernsehen*, 2-3(1998), S. 313-332.

³ Vgl. Wolfgang Schweiger, Patrick Rademacher und Birgit Grabmüller: Womit befassen sich kommunikationswissenschaftliche Abschlussarbeiten? Eine Inhaltsanalyse von DGPuK-TRANSFER als Beitrag zur Selbstverständnisdebatte. In: *Publizistik* 4(2009), S. 533-552.

⁴ Die Verfasserin dieses Beitrags dankt an dieser Stelle den studentischen Hilfskräften Anja Hecht und Louise Zenker für ihre zuverlässigen und gewissenhaften Codierungen.

Magisterarbeiten (n = 325). Die meisten dieser Abschlussarbeiten, mehr als 86 Prozent, reichten Studierende in Deutschland ein (n = 1.575) (siehe Tabelle 1).

Abschlussarbeiten	Deutschland	Österreich	Schweiz	Sonstige	Gesamt
Bachelorarbeiten	901	11	4	1	918
Masterarbeiten	421	7	4	0	432
Magisterarbeiten	160	163	0	0	325
Diplomarbeiten	86	34	2	0	123
Lizentiatsarbeiten	5	0	22	0	27
Dissertationen	2	0	1	0	3
Gesamt	1.575	215	33	1	1.828

Tabelle 1: Herkunft und Art der untersuchten Abschlussarbeiten (in absoluten Zahlen)

Besonders augenfällig ist zunächst die Vielfalt der Forschungsgebiete, mit denen sich die Studierenden zum Abschluss ihres kommunikationswissenschaftlichen Studiums befassten: Alle großen Fachbereiche boten den Studierenden für ihre eigene Forschung offensichtlich Anknüpfungspunkte. Jeder fünfte aller untersuchten Beiträge kann der Medieninhalts-/ Medienaussagenforschung zugeordnet werden (n = 364). Beinahe genauso häufig befassten sich die Studierenden mit Fragestellungen aus dem Fachbereich der Rezeptions- und Wirkungsforschung (n = 345). Einen ausgesprochen geringen Anteil nahm dagegen der Schwerpunkt Kommunikations- und Mediengeschichte ein: Nur 58 aller untersuchten Abschlussarbeiten, also 3,2 Prozent, bearbeiteten historische Fragestellungen. Ihr Stellenwert hat in den vergangenen Jahren darüber hinaus deutlich abgenommen: Befassten sich 2009 und 2010 immerhin 5,7 Prozent der Abschlussarbeiten mit geschichtlichen Themen, sank dieser Anteil 2017 und 2018 auf nur mehr 1,9 Prozent (siehe Tabelle 2).

Thematische Schwerpunkte	2009 - 2010	2011 - 2012	2013 - 2014	2015 - 2016	2017 - 2018
Interpersonale Kommunikation	1,8	0,0	1,6	0,3	1,9
Journalismus-/ Kommunikatorforschung	7,7	13,2	7,0	5,8	10,0
Kommunikations- und Mediengeschichte	5,7	3,9	2,4	1,7	1,9
Aussagen- und Inhaltsforschung	16,7	19,5	24,5	20,2	17,2
Medienökonomie	5,9	4,9	3,6	2,2	4,5
Medienpädagogik	4,6	4,4	4,4	4,4	4,9
Öffentliche und politische Kommunikation	8,8	4,9	7,0	7,2	6,8
Digitale Kommunikation	13,0	7,8	16,0	21,5	18,1
PR / Organisationskommunikation / Werbeforschung	14,5	17,6	11,0	11,0	9,1
Rezeptions- und Wirkungsforschung	17,2	19,0	18,1	20,4	20,7
Methodenforschung	1,3	0,9	1,0	1,4	0,6
Sonstiges	0,7	2,9	3,4	3,9	5,2
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 2: Thematische Schwerpunkte der studentischen Abschlussarbeiten im Zeitverlauf (in Prozent, gerundet)

In mehr als einem Drittel der insgesamt analysierten Abstracts gaben Studierende an, in ihren Abschlussarbeiten digitale Medien beziehungsweise Online-Medien, also zum Beispiel Social Media, Weblogs oder Smartwatches (n = 634), in den Fokus zu nehmen. Weit zurück blieben dahinter Presse sowie Rundfunk: Rund 17 Prozent der Abschlussarbeiten legten den Fokus auf Zeitungen und Zeitschriften (n = 317), immerhin etwa jede zehnte stellte Rundfunk in den Mittelpunkt ihres Erkenntnisinteresses (n = 194). Dabei befassten sich knapp 80 Prozent dieser Arbeiten mit Fernsehen, rund 13 Prozent mit Radio und sieben Prozent mit beiden Mediengattungen oder Rundfunk im Allgemeinen. Betrachtet man sie noch genauer, ist festzuhalten, dass 28 Prozent den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und etwa 17 Prozent den privaten Rundfunk fokussierten. Die restlichen Arbeiten, rund 54 Prozent, verglichen das öffentlich-rechtliche mit dem privaten System oder widmeten sich dem Rundfunksystem insgesamt.

Die Auswertung der Abschlussarbeiten mit dezidiert historischer Fragestellung oder geschichtlicher Ausrichtung (n = 58) fällt im Hinblick auf die untersuchten Mediengattungen naturgemäß etwas anders aus: Mehr als 50 Prozent der Studierenden untersuchte Zeitungen oder Zeitschriften, immerhin knapp 20 Prozent widmeten sich dem Rundfunk. Darunter waren Radio und Fernsehen gleichermaßen beliebt. Die restlichen Arbeiten legten allgemeine Betrachtungen des Mediensystems vor.

Die Entwicklung der von Studierenden untersuchten Mediengattungen im Zeitverlauf offenbart einen Bedeutungsverlust für den Rundfunk als Untersuchungsgegenstand: Befassten sich von 2009 bis 2010 noch knapp 14 Prozent der Abschlussarbeiten mit Rundfunk, sank dieser Anteil für den Zeitraum von 2017 bis 2018 auf nur mehr 8,7 Prozent (siehe Tabelle 3). Im gleichen Zeitraum rückten Online-Medien vermehrt in den Fokus. Diese verstärkte Zuwendung zu „neuen“ bei gleichzeitiger Abwendung von „traditionellen“ Medien entspricht sicherlich der Realität der Mediennutzung, in der Radio und Fernsehen zunehmend an Relevanz einbüßen und durch das Internet abgelöst werden.⁵ Die Tendenzen in den Mediennutzungsgewohnheiten determinieren freilich nicht die Mediengattungen, die Studierende in ihren Abschlussarbeiten untersuchen. Aber gerade die verstärkte Hinwendung junger Zielgruppen zu Onlinemedien bei gleichzeitiger Abwendung vom Rundfunk, und sicherlich auch der Presse, spiegelt sich in der Themenwahl der Abschlussarbeiten wieder – nicht zuletzt, weil die Studierenden sich selbst als Mediennutzer wahrnehmen. Zudem verwenden und verstehen sie ihre Abschlussarbeit als „Visitenkarte“ für Bewerbungen, um sich beruflich zu positionieren. Auch Absolventenbefragungen zeigen, dass die meisten Berufsanfänger eher Jobs im Bereich Internet oder Social Media als im Rundfunksektor annehmen.⁶

Die inhaltsanalytische Auswertung der Abstracts lieferte auch Ergebnisse im Hinblick auf die theoretischen und methodischen Zugänge in den Abschlussarbeiten. In etwas mehr als der Hälfte aller untersuchten Zusammenfassungen nahmen die Studierenden konkreten Bezug auf mindestens eine Theorie oder stellten zumindest theoretische Überlegungen (n = 1032) an, die andere knappe Hälfte erwähnte keine konkreten Theorien in ihren „Transfer“-Beiträgen (n = 796). Nutzten die Studierenden Theorien, benann-

.....
5 Vgl. Sabine Feierabend, Walter Klingler und Irina Turecek: Nutzungsmuster 14- bis 29-Jähriger auf Basis der Studie Massenkommunikation. Mediennutzung junger Menschen im Langzeitvergleich. In: Media Perspektiven, 2(2016), S. 122.

6 Vgl. Christoph Neuberger und Gero Federkeil: Nach dem Bachelor: Weiterstudium oder Berufsstart? Ergebnisse der ersten bundesweiten Absolventenbefragung in der Kommunikations- und Medienwissenschaft, Münster, Eichstätt 2011, S. 32.

ten sie besonders häufig Framing-, Nachrichtenwert- sowie Uses-and-Gratifications-Ansätze als forschungsleitend.

Untersuchte Mediengattungen	2009-2010	2011-2012	2013-2014	2015-2016	2017-2018
Allgemeine Medienbetrachtung	30,0	28,3	31,5	30,1	24,9
Online-Medien / Digitale Medien	29,3	28,8	31,9	40,1	44,7
Presse	19,6	22,0	17,9	14,4	13,6
Rundfunk	13,7	9,8	10,8	8,6	8,7
Sonstiges	1,3	4,9	1,8	0,3	1,0
Kein Medienbezug	6,2	6,3	6,0	6,6	7,1
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 3: Untersuchte Mediengattungen in studentischen Abschlussarbeiten im Zeitverlauf (in Prozent, gerundet)

Bei der überwältigenden Mehrheit, etwa neun aus zehn Abschlussarbeiten, handelte es sich darüber hinaus um empirische Studien. Die anderen waren reine Literatur- oder Theoriearbeiten. Rund 38 Prozent der untersuchten Abschlussarbeiten wiesen eine qualitative Ausrichtung auf ($n = 701$), etwa 37 Prozent eine quantitative Ausrichtung ($n = 677$). Immerhin 5,8 Prozent setzten auf die Kombination qualitativer und quantitativer Daten ($n = 106$). Bei den restlichen Arbeiten war basierend auf den Abstracts unklar, mit welcher Art von Daten die Studierenden gearbeitet hatten. In zwei Dritteln aller Abschlussarbeiten erfolgte die Datenerhebung mit einer der folgenden drei Methoden: 24,9 Prozent nutzten die Inhaltsanalyse ($n = 455$), 21 Prozent Interviews ($n = 384$) und 18,2 Prozent standardisierte Befragungen ($n = 332$). Dieses Ergebnis kann kaum überraschen, schließlich wird der Inhaltsanalyse als genuin kommunikationswissenschaftlicher Methode stets ein herausgehobener Stellenwert eingeräumt.

Und wie sehen die Ergebnisse im Hinblick auf die Abschlussarbeiten im Fachbereich Kommunikations- und Mediengeschichte aus? Mehr als 85 Prozent der Studierenden, die historische Fragestellungen bearbeiteten, nutzten einen empirischen Zugang zu ihrem Thema. Über die Hälfte wählte dabei ein qualitatives Vorgehen, ein Viertel bevorzugte dagegen einen quantitativen Ansatz. Besonders beliebt war auch hier wieder die Inhaltsanalyse, die in mehr als 43 Prozent aller Fälle zum Einsatz kam. In den historischen Abschlussarbeiten erwiesen sich die klassischen Methoden der Kommunikations- und Mediengeschichte wie die biographische Methode, Dokumenten- und Quellenanalysen beziehungsweise Quellenkritik als besonders beliebt; sie wurden in knapp 22 Prozent der Abstracts benannt. Auch Methodenkombinationen setzten die Studierenden zur Beantwortung historischer Fragestellungen ein. 6,8 Prozent entschieden sich für einen solchen Zugang.

Fazit

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Die Untersuchung von Abschlussarbeiten als Indikator für thematisch-inhaltliche Interessen sowie für theoretischen und empirischen Wissenstand der Studierenden leistete einen Beitrag, um Einblicke in die rundfunkhistorische Ausbildung an Universitäten und Hochschulen zu erhalten. Die Inhaltsanalyse belegte deutlich, dass historische Fragestellungen in studentischen Abschlussarbeiten im Fach der Kommunikationswissenschaft eine untergeordnete Rolle spielen. Der An-

teil von Abschlussarbeiten im Bereich der Kommunikations- und Mediengeschichte ist darüber hinaus in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Auch Rundfunk als untersuchte Mediengattung hat merklich an Bedeutung eingebüßt. Betrachtet man ausschließlich historische Abschlussarbeiten, bildet der Rundfunk nach der Presse den zweitbeliebtesten Untersuchungsgegenstand.

Drei mögliche Ursachen für diese Befunde sind zu identifizieren. Erstens: Der geringe Stellenwert von geschichtlichen Fragestellungen im Allgemeinen und rundfunkhistorischen Fragestellungen im Spezifischen in kommunikationswissenschaftlichen Abschlussarbeiten kann durchaus als Hinweis darauf gesehen werden, dass in der akademischen Ausbildung die Entwicklung des Mediensystems und Rundfunkwesens zu wenig Beachtung erfährt. Zwar ist, wie bereits angesprochen, anzunehmen, dass Einführungsvorlesungen Grundlagen in diesem Bereich vermitteln. Werden diese im weiteren Studienverlauf (zum Beispiel in Form von Seminaren) allerdings nicht vertieft, dürften viele Studierende entsprechende Themen für ihre Abschlussarbeiten womöglich gar nicht in Betracht ziehen. Zudem könnten die Ergebnisse unter Umständen indizieren, dass vielen Studierenden methodische Grundlagen fehlen, um historische Fragestellungen zu bearbeiten. Empfehlungen für die Lehre in der kommunikationswissenschaftlichen Ausbildung, erstellt von einer Kommission im Auftrag der Fachgruppe Methoden der DGPK, berücksichtigten beispielsweise historisch-hermeneutische Methoden wie Medienbiographische oder quellenkritische Verfahren kaum.⁷

Diese Unzulänglichkeiten in der Lehre im Hinblick auf die rundfunkhistorische Ausbildung der Studierenden mögen mitunter – zweitens – darin begründet liegen, dass der Fachbereich der Medien- und Kommunikationsgeschichte in der Kommunikationswissenschaft nur schwach ausgeprägt ist. Die Fachgruppe Kommunikationsgeschichte zählt innerhalb der DGPK zu einer der kleineren Formierungen, auch wenn sich immerhin 140 Mitglieder (der insgesamt 3.748 Personen umfassenden Fachgesellschaft) mindestens auch ihr zuordnen.⁸ Ebenso ist die Anzahl an Professuren und Lehrstühlen an deutschen Instituten und Hochschulen eher gering. In der Konsequenz steht nur wenig Lehrpersonal zur Verfügung, das eine fundierte (rundfunk-)historische Ausbildung der Studierenden leisten kann.

Das zeigt sich, drittens, auch in kommunikationswissenschaftlichen Zeitschriften wie der „Publizistik“ oder „Medien & Kommunikationswissenschaft“. Als zentrale Diskursorte des Fachs und Resonanzboden für die Abschlussarbeiten des akademischen Nachwuchses weisen sie einen ausgesprochen geringen Anteil von Beiträgen mit dezidiert historischen Fragestellungen auf. Publikationsstudien belegten das für die vergangenen Jahre wiederholt.⁹

Diese möglichen Ursachen in Lehre und Forschung sind sicherlich an anderer Stelle noch umfassender zu besprechen. Die empirischen Befunde aus dieser Inhaltsanalyse mögen zunächst eine erste Grundlage für solche Diskussionen bieten.

.....

⁷ Vgl. Jörg Matthes, Christoph Kuhlmann, Volker Gehrau, Olaf Jandura, Wiebke Möhring, Jens Vogelgesang, Carsten Wunsch: Zur Methodenausbildung in kommunikationswissenschaftlichen Bachelor- und Masterstudiengängen. Empfehlungen einer Kommission im Auftrag der Fachgruppe Methoden der Deutschen Gesellschaft für Publistik- [sic!] und Kommunikationswissenschaft. In: Publizistik, 4(2011), S. 467.

⁸ Auskunft der DGPK-Geschäftsstelle im Januar 2019.

⁹ Vgl. Wolfgang Donsbach, Torsten Laub, Alexander Haas und Hans-Bernd Brosius: Anpassungsprozesse in der Kommunikationswissenschaft. Themen und Herkunft der Forschung in den Fachzeitschriften „Publizistik“ und „Medien & Kommunikationswissenschaft“. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 1(2009), S. 57.

Erinnerungen an 50 Jahre Studienkreis

Walter Klingler

Das Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Die Grünberger Zeit.

Erinnerung für einige hundert Nachwuchswissenschaftler/innen

Ort: Düsseldorf, Zeit: Mai 1988. „*Ich hätte gerne eine Fahrkarte nach Grünberg* – *Wo wollen Sie hin?* – *Nach Grünberg, Grünberg in Hessen*‘. *Selbst der Schalterbeamte am Bahnhof kennt Grünberg nicht. Es ist also keine Schande, Grünberg nicht zu kennen.*“ Auszug aus dem „Reisebericht“ einer Studentin bei ihrem ersten Besuch des Doktoranden-Kolloquiums des Studienkreises Rundfunk und Geschichte.¹

Was die Leserin und den Leser hier erwartet – und was nicht

Die folgenden Seiten beschäftigen sich mit dem Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, das 1973 begann. An seinem ursprünglichen Ort – in Grünberg – fand es knapp dreißig Mal statt. Diese Zeit steht hier im Mittelpunkt. Dann folgten Jahre in Baden-Baden und heutzutage ein neukonzipiertes, mit neuen Partnern stattfindendes Kolloquium in Wittenberg. Zu Baden-Baden und Wittenberg hier nur in Kürze, obwohl beide Orte sicher mehr Aufmerksamkeit verdient hätten.

Die verwandten Materialien – und dadurch (mit-)bedingte Lücken

Im Kern basiert diese Darstellung auf den Berichten über die einzelnen Grünberger Kolloquien, die regelmäßig in den „Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte“ veröffentlicht wurden (seit dem 3. Kolloquium 1975, davor existierten die „Mitteilungen“ nicht). In der Regel sind diese Texte sehr ausführliche Zusammenfassungen der Kolloquien, geschrieben von einem oder mehrere(n) Teilnehmer/innen, zum Teil auch von den jeweiligen Organisatoren. Diese Quellen bilden das Gerüst der Darstellung. Dabei ist festzuhalten, dass die Berichte je nach Autorenschaft durchaus unterschiedliche Nuancierungen betonen. Aus der Feder der jeweiligen Leitung des Kolloquiums wurde beispielsweise häufig auch die „forschungspolitische Seite“ des Kolloquiums bzw. des Studienkreises beleuchtet. Schrieb eine Studentin oder ein Student, finden sich auch manchmal stärker emotionale Eindrücke. Die Unterschiede sind aufgrund der unterschiedlichen „Rollen“ vor Ort gut verständlich. Sie steigern insgesamt den Wert der in der Regel sehr ausführlichen Berichte, machen sie auch nuancierter in der heutigen Rezeption.² Soweit die notwendigen Vorbemerkungen.

Der Studienkreis als ideale Heimat eines Doktoranden-Kolloquiums

Der Studienkreis Rundfunk und Geschichte war Anfang der 70er Jahre die ideale Heimat für ein Doktorandenkolloquium. Wilhelm Treue³ beschrieb ihn 1973 so: Der Stu-
.....

¹ Martina K. Schneiders: Grünberg 1988: Einrückte eines neuen Mitgliedes, in: RuG 3(1988), S.205.

² Für den Autor dieses Artikels war es zudem hilfreich, eine Zeit lang selbst die besonderen Eigenschaften und Stärken bzw. Schwächen der Doktorandenkolloquien aus verschiedenen Perspektiven miterlebt zu haben.

³ 1968 wurde auf seine Anregung von Vertretern der Wissenschaft und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Studienkreis Rundfunk und Geschichte gegründet, dessen Vorsitzender er lange Jahre war.

dienkreis Rundfunk und Geschichte ist „eine Art Klub derjenigen ..., die sich für die Geschichte von Rundfunk und Fernsehen interessieren und mit ihr beschäftigen – und zwar von allen Seiten: Dem Studienkreis gehören durch Personen auch die Rundfunkanstalten an – und zwar als Träger von Archiven wie als an den Ergebnissen der Geschichtsschreibung interessierte und diese forschungsfördernde Institute; es gehören ihm Bundes- und Landesarchive, Geschichtsforscher aller Schattierungen, Vertreter der Industrie, Journalisten und manche andere Interessenten an, unter denen Pensionäre, das heißt die lebenden Träger der Geschichte selbst, nicht vergessen werden dürfen“.⁴ Damit „saßen“ hier die „Perspektiven“ zusammen, die es damals für präzise und umfassende Rundfunkgeschichtsforschung benötigte. Das Themenfeld Rundfunk war sehr stark über Institutionengeschichte und z.T. Programmgeschichte definiert und vom Umfang her im Vergleich zu heute noch „beherrschbar“.

In diesem Kontext hatten die Veranstaltungen des Studienkreises generell eine klare Zielsetzung: Sie sollten die „Sicherung und Bereitstellung archivalischer Quellen zur Geschichte des Rundfunks als Daueraufgabe bewusst“ machen, „die Wege zu ihrer Benutzung“ ebnen und „zugleich das interdisziplinäre Gespräch über die Auswertung der Quellen in der Rundfunkforschung“ vermitteln. Dies galt auch explizit für das 1973 zum ersten Mal realisierte Doktoranden-Kolloquium. So formulierte es Friedrich P. Kahlenberg⁵ 1975.⁶

Grünberg: Menschen und Ort

Die Veranstaltungen in Grünberg wären nicht möglich gewesen ohne zahlreiche ganz konkrete Menschen, sei es im Vorstand, seien es die jeweiligen Leiter/innen der Kolloquien und die vielen Berater/innen aus der Wissenschaft, den Rundfunkanstalten, den Archiven u.a. mehr. Ohne den Kontext der Landesredaktion Politik im WDR-Hörfunk (unter der Leitung von Walter Först, später Wolf Bierbach) hätten sie vermutlich nicht in dieser Form stattgefunden – und insbesondere nicht ohne Sieglinde Stüben, die beim WDR eigentlich ihre berufliche Heimat hatte, aber sich um alles rund um das Doktoranden-Kolloquium kümmerte, welches im Übrigen ebenso vom „inoffiziellen Forschungsverbund“ von WDR-Landesredaktion und Institut für Publizistik in Münster profitierte.⁷

Zu erinnern wäre an viele einzelne – vereinnahmend ausgedrückt – „Grünberger“. Ursula Wagenführ sei erwähnt, die zunächst mit ihrem Mann, später alleine, mit Rat, Tat, Kenntnissen und ihrer Art Grünberg und später ebenfalls Baden-Baden sowie Wittenberg bereicherte. Der Studienkreis finanzierte damals Übernachtung und Essen. In besonderen Fällen konnte auch (ein Teil) der Anfahrtskosten übernommen werden. Ort der „Grünberger Zeit“ war mit einer Ausnahme die Sportschule des Hessischen Fußballverbandes. Sie erwies sich als idealer Rahmen, da die Räumlichkeiten passten, kürzere oder längere Spaziergänge möglich waren, die Qualität des Essens stimmte und die relativ zentrale Lage auf der Karte Deutschlands Erreichbarkeit garantierte – auch nachdem sehr schnell Studentinnen und Studenten sowie Dozenten aus Leipzig, Halle usw. dazu kamen.

.....

4 Wilhelm Treue: Zum Stand der Rundfunkgeschichte. Referat auf der Jahrestagung des 4. September 1973 in Berlin. In: RuG 1(1980). (Treue 1980)

5 Vorsitzender des Studienkreises Rundfunk und Geschichte von 1983 bis 1991.

6 Friedrich P. Kahlenberg: Quellen der Rundfunkforschung. Zu den beiden Frühjahrstagungen 1975 des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Grünberg und Bad Homburg. In: RuG 5(1975), S.9ff. (Kahlenberg 1975)

7 40 Jahre Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. Festvortrag des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Edgar Lersch, Foyer des Bundespresseamtes in Berlin, 15.5.2009. In: RuG 1-2(2009), S.53ff.

Der Start – Zwischen wissenschaftlichem „Prüffeld“ und Beratung

Kolloquien als Form der Beratung, des wissenschaftlichen Gesprächs und der Auseinandersetzung mit Erkenntnisgewinn: Dies war ein Konzept, das in der Luft lag. Eine „Pilotveranstaltung“ gelang mit Unterstützung der Sporthochschule. Der damalige Vorsitzende Wilhelm Treue schrieb auf Grund dieser Erfahrung: „Der Studienkreis möchte diese Kolloquien seiner jüngeren Mitglieder und Freunde zu einer regelmäßig arbeitenden Institution werden lassen“.⁸

Eine detaillierte Dokumentation, wie das Kolloquium in Grünberg anfangs aussah, verdanken wir den 1975 neu entstandenen „Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte“. Hier wurde umfangreich über das 3. Doktoranden-Kolloquium im April 1975 berichtet. Viele Wissenschaftler, Archivare sowie Programmmitarbeiter aus den Rundfunkanstalten und etwas mehr als ein Dutzend Doktoranden und Diplomanden von Universitäten in Berlin, Göttingen, Köln, Münster und Tübingen waren dabei. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass über grundsätzliche Forschungsfragen anhand einer ganzen Reihe von Fachreferaten in Plenums-Form diskutiert wurde. Sehr positiv schlug die Mischung aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Archivvertreterinnen und -vertretern sowie Zeitzeugen bei den Vorträgen und den Diskussionen zu Buche. Der Bericht hebt darüber hinaus hervor: „Die am Rande des offiziellen Programms geführten Gespräche, die vielfach neu initiierten Kontakte und der in den Diskussionen geförderte Informationsaustausch machten den Gewinn dieser Tagung für alle Teilnehmer aus.“ Um dann fortzusetzen: „Daß im Gesamtablauf der Erörterung methodischer Einzelfragen der Forschungsprojekte bei einer nächsten Veranstaltung mehr Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, war eine kritische Erkenntnis, zu der sich auch die Veranstalter bekannten“.⁹

Und schon der Bericht in den „Mitteilungen“ über das folgende Doktoranden-Kolloquium am 15./16. Mai 1976 in Grünberg beginnt mit dem selbstbewussten Satz: „Die inzwischen schon zur Tradition gewordene ... Veranstaltung des Studienkreises erwies sich erneut nicht nur als Informations- und Kontaktbörse, sondern auch als Seismograph für Schwerpunktverlagerungen in der Rundfunkforschung“.¹⁰

Die Suche nach dem Schwerpunkt – Das 5. Kolloquium 1977

Das 5. Doktoranden-Kolloquium fand vom 16. bis 17. Juni 1977 wegen eines Terminproblems ausnahmsweise in Gummersbach-Niedersaßmar statt. Die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer änderte sich wenig: Vertreter der unterschiedlichsten Fachrichtungen, die sich der Rundfunkforschung verpflichtet fühlten, und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Der Bericht hält summarisch über den Charakter des Kolloquiums fest: „Intensität und fachliche Konzentration zugleich Atmosphäre einer Werkstatt“. Und weiter: „Ursprünglich als Angebot zur Kontaktaufnahme und zum Informationsaustausch unter fortgeschrittenen Studenten geplant, ist die Veranstaltung inzwischen auf dem Wege, sich zu einem offenen Prüffeld für theoretische Interpretationsmodelle ebenso wie für die Ergebnisse empirischer Forschungsprogramme zu entwickeln“.¹¹

.....
8 Treue 1980

9 Kahlenberg 1975

10 Wolf Bierbach: Das 4. Doktoranden-Kolloquium. In: RuG 3(1976), S.15ff.

11 Umfangreiche Materialien zum 5. Doktoranden-Kolloquium in: RuG 3(1977).

Dass das Konzept hinterfragt wurde, zeigte sich wenige Tage nach Abschluss des Kolloquiums. Drei junge Wissenschaftler meldeten sich zu Wort – deutlich und kritisch. Bei einer „Anzahl von ca. 20 verschiedenen thematischen Schwerpunkten erscheint es uns nicht sinnvoll, alle Teilnehmer in einem Plenum über ihre Arbeiten referieren zu lassen“, schrieben sie, zumal bei „zunehmender Differenzierung der Themen, die ... nicht ausschließlich historischen Bezug haben (z.B. Themenstellungen mit vornehmlich sprachwissenschaftlichem oder, wie vorgesehen, pädagogisch-didaktischem Bezug)“.

Die drei schlugen vor, Kleingruppen mit ähnlichen Themen zu bilden, sowie die Teilnehmer aufzufordern, ihre Themen vorab (mindestens) der Veranstaltungsleitung mitzuteilen und sich am Anfang des Kolloquiums kurz vorzustellen. Und: Es erscheine „notwendig, zusätzlich auch Randbereiche des Rundfunks (wie z.B. Neue Elektronische Medien) und kommunikationspolitische Fragestellungen stärker mit einzubeziehen“.¹² Rückblickend waren damit bereits praktizierte Punkte herausgehoben, aber auch neue gefordert – eine Mischung, die später den Schwerpunkt von Grünberg bildete.

Die folgenden drei Jahre – einige Stichworte

Das 6. Doktoranden-Kolloquium am 6. und 7. Mai 1978 war dann in Form eines Workshops angelegt. Überschrift über den Bericht von Sabine Schiller: „Ein Versuch – vielleicht auch mehr“.¹³ Thema: Die Zugänglichkeit der Quellen und Archive für die wissenschaftliche Forschung. Arbeitsmethode: Offene Gruppenarbeit nach dem Metaplansystem in Gruppen und im Plenum. Insgesamt wurden Empfehlungen – auch an den Vorstand des Studienkreises – formuliert. Die Zahl der Teilnehmer war in diesem Jahr geringer als in den Vorjahren. Als Ursache mutmaßte die Autorin des Berichts in den „Mitteilungen“: „Wahrscheinlich ist wohl ..., dass ein skeptischer Vorbehalt gegen einen neuen, unkonventionellen Ablauf des Colloquiums ... manchen davon abhielt, mit seinen Erfahrungen einen nützlichen Betrag zu leisten“ (bezogen sowohl auf die Seite der Wissenschaft als auch auf die studentische Seite).

Beim 7. Doktoranden-Kolloquium – dem folgenden – am 12. und 13. Mai 1979 hält der Bericht „nahezu 50 studentische Teilnehmer“ (!) fest. Dessen Konzept wird schon im Titel des Berichts von Josef Hackforth deutlich: „Die Arbeitsgruppen machten Überstunden“. Bezüglich der unterschiedlichen Studentenzahlen bei dieser und der vorangegangenen Veranstaltung schrieb Hackforth abschließend: „Jedes Kolloquium verlangt durch die Unterschiedlichkeit des Generalthemas und die damit verbundenen organisatorischen und partizipatorischen Notwendigkeiten eine eigene Struktur und Didaktik. Ein Vergleich so unterschiedlich thematisierter Kolloquien ist somit nicht legitim.“¹⁴ Insgesamt war der Schwerpunkt „Beratung“ spätestens damit gesetzt.

Das 8. Doktoranden-Kolloquium vom 2. bis 3. Mai 1980 in Grünberg, Leitung Dr. Klaus Wehmeier (Münster), besuchten 16 Student/innen. Erstmals wurde eine standardisierte Anmeldeform verwendet. Damit verbunden war ein stark „an den Wünschen der Teilnehmer“ – so der Bericht – orientiertes Konzept, also ein Ablauf, der Fragen und Probleme bei Dissertationen und Magister- oder Diplomarbeiten in den Mittelpunkt stellte.¹⁵

.....

¹² Zuschrift von Michael Darkow, Joachim Kraus und Knut Müller an die Mitteilungen. In: RuG 3/1977, S.15ff.

¹³ Sabine Schiller: Zum 6. Doktoranden-Kolloquium Grünberg/Hessen 6./7. Mai 1978. Ein Versuch – vielleicht auch mehr. In: RuG 3(1978), S.111ff.

¹⁴ Josef Hackforth: Die Arbeitsgruppen machten Überstunden. Zum 7. Doktoranden-Kolloquium Grünberg/Hessen (12./13. Mai 1979). In: RuG 3 (1979), S.144ff.

¹⁵ Klaus Wehmeier: Die Angst des Examenkandidaten vor der Isolation. In: RuG 3(1980), S.132ff.

Beim 9. Doktoranden-Kolloquium (2. und 3. Mai 1981, 26 Teilnehmer aus elf Hochschulen) wurde auf Vorschlag von Winfried B. Lerg am zweiten Tag als „Experiment ein Modellversuch zur Programmüberlieferung des deutschen Rundfunks“ durchgeführt. Der Bericht in den „Mitteilungen“ vermerkt: Ein „wichtiges Ziel wurde in jedem Fall erreicht: Die Schaffung eines Problembewusstseins für die Programmüberlieferung“.¹⁶

1982: 10 Jahre Doktoranden-Kolloquium – Studenten, Berater, Veteranen

Zum zehnten Doktoranden-Kolloquium (15. und 16. Mai 1982) in Grünberg wurden neben Studentinnen und Studenten auch „Veteranen“ eingeladen – zum „Wiedersehen und Gedankenaustausch“. 25 Doktoranden und Magisterkandidaten aus zehn Hochschulen kamen – mit mehr Interesse für die unmittelbare Nachkriegszeit und die Zeit der Bundesrepublik sowie die Programmgeschichte, was zu Lasten organisationsgeschichtlicher Fragestellungen ging. Neben den Beraterinnen und Berater waren insgesamt 15 (!) „Veteranen“ präsent.

Der Ablauf: Am ersten Tag erst Vorstellung, auch der studentischen Arbeiten. Bildung von insgesamt fünf Arbeitsgruppen. Als Studentin oder als Student konnte man dabei im Laufe des Tages auch in andere Arbeitsgruppen gehen und sich dort nochmals beraten zu lassen oder zum Beispiel die Abende für einen „Beratungsnachschatz“ nutzen. Am nächsten Vormittag wurden dann die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Plenum zusammengetragen; es folgte eine das Doktorandenkolloquium zusammenfassende Abschlussdiskussion. Im Bericht stand schließlich: „Es wurde ein interessantes, aber auch ein amüsantes Treffen“.¹⁷

„Inspirierendes Forum“ ergänzt heimische Universität – 11. Kolloquium 1983

Viele Aspekte sind Teil der Berichte. Einen, der sicher auch eine positive Rolle in der Geschichte des Kolloquiums gespielt hat und immer wieder im Feedback der Studierenden auf die Veranstaltung genannt wurde, formulierte Arnulf Kutsch (Münster) in seinem Bericht zum 11. Kolloquium 1983 (insgesamt 28 Doktoranden und Magisterkandidaten): „Die hohe Teilnehmerzahl auf Seiten der Examenskandidaten belegt zudem, daß das Kolloquium längst über das enge Feld des Studienkreises hinaus gerade an den Universitäten bekannt ist und angesichts einer zunehmend zu beklagenden und mangelhaften Betreuung der Doktoranden und Magisterkandidaten an verschiedenen Hochschulen als ein relativ ungezwungenes, inspirierendes Forum für Ratschlag und Information, für Kontaktsuche und Betreuung Wertschätzung gewonnen hat.“¹⁸ Gleichzeitig wird im Abschlussbericht dieses Doktoranden-Kolloquiums deutlich, dass die Zahl der Teilnehmer/innen den Studienkreis an den Rand der Organisierbarkeit und der Finanzierbarkeit brachte. Auch, ob denn alle mitgebrachten studentischen Themen wirklich nach Grünberg gehörten, blieb eine immer wiederkehrende Frage.

Wieder neue Teilnehmer und neue Themen – Das 15. Kolloquium 1987

Ein kleiner zeitlicher Sprung: Vom 15. bis 17. Mai 1987 – wie mittlerweile bewährt von Freitag an bis Sonntag – fand das 15. Doktoranden-Kolloquium statt. Über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von 15 Universitäten kamen, darunter viele neue Gesichter. Der hohe Zuspruch (nur 1979 gab es zuvor mehr Interessierte) ging sicher auch auf

.....
¹⁶ Arnulf Kutsch: Zum 9. Doktoranden-Kolloquium. In: RuG 3(1981), S.143ff.

¹⁷ Arnulf Kutsch: Das 10. Doktoranden-Kolloquium (15./16. Mai 1982). In: RuG 3(1982), S.120ff.

¹⁸ Arnulf Kutsch: Das 11. Doktoranden-Kolloquium (14./15. Mai 1982). In: RuG 3/1983, S.122ff.

die große Zahl angeschriebener Institute im Inland und im deutschsprachigen Ausland zurück. Die regionale Streuung sorgte für eine noch deutlicheren Differenzierung der Themen bzw. Disziplinen.

Der Ablauf hatte sich bewährt – und war eingespielt. Freitägliches (abendliches) Kennenlernen und Gruppeneinteilung. Anschließend ein Fachreferat, danach – an einer Stelle dieses Artikels über Grünberg muss dies explizit erwähnt werden – Licher Pils, oder etwas anderes. Am Samstag Beratung in Arbeitsgruppen. Vier Arbeitsgruppen, was sicher für den einen oder anderen angesichts der studentischen Teilnehmerzahl auf „Beratung“ Wartenden kein optimales Verhältnis darstellte. Am späteren Nachmittag stand diesmal noch das Thema „Arbeit in Medienarchiven“ auf der Tagesordnung. Fachleute stellten ihre Archive und die Benutzungsoptionen vor. Am Abend berichtete Georg Polster (Stuttgart) über einen Versuch in der ARD, die in den Archiven der einzelnen Rundfunkanstalten vorhandenen relevanten Hörfunk- und Fernsehbeiträge zu erfassen und zu dokumentieren. Die Leitung der Veranstaltung lag bei Walter Klingler und Rüdiger Steinmetz. Der Bericht in den Mitteilungen endete mit: „Generell hat sich das Gesamtkonzept erneut bewährt. Die Möglichkeit, zwischen Arbeitsgruppen zu wechseln, ist genutzt worden. Für das nächste Kolloquium bleibt zu überlegen, inwieweit die große Zahl neuer Teilnehmer einen stärker methodisch ausgerichteten Samstagabend erfordert.“¹⁹

Das 20. Doktoranden-Kolloquium – 15. bis 17. Mai 1992 in Grünberg

Erneut etwas nach vorn in der Zeit: „17 Betreuer für 23 Doktoranden, Magister- und Examenskandidaten – von einer solchen Aufteilung können die deutschen Universitäten nur träumen“. So beginnt der Bericht von Claudia Paul über das 20. Kolloquium. Erneut war ein „Generationswechsel“ festzustellen, erneut auch Verschiebungen in den mitgebrachten Themen. Das Rahmenprogramm: Am Freitagabend referierten Ralf Fritze und Rüdiger Steinmetz über Rundfunkpolitik der 50er und 60er Jahre. Am Sonntag standen zwei „studentische“ Beiträge im Mittelpunkt. Vergleicht man das 20. Treffen mit denen davor und danach, kann man getrost von einem typischen Kolloquium sprechen.²⁰

Ein kleines Gedankenexperiment – aus Anlass dieses 20. Kolloquiums

Die Berichterstatteerin über das 20. Kolloquium, Claudia Paul, beendet ihren Artikel mit den Worten: „Summa summarum ein großes Lob an den Studienkreis und die Organisatoren des Kolloquiums. Beim Abschied flossen zwar keine Tränen, es wurden aber etliche Adressen ausgetauscht, und ein großer Teil der Teilnehmer wird sich wohl im nächsten Jahr in Grünberg wiedersehen“. Alle zwei, drei Jahre wurde in den „Mitteilungen“ über Umbrüche in der Teilnehmerschaft berichtet. Anlass zu einem kleinen Gedankenexperiment: Möge man dem Autor dabei bitte verzeihen, nicht alle Namen im Einzelnen überprüft zu haben, wer wie häufig „in Grünberg“ war (jenseits der Frage, ob immer alles vollständig dokumentiert ist). Geht man einmal davon aus, dass im Schnitt ca. 25 studentische Teilnehmer/innen (geschätzte Zahl) die bis dahin zwanzig Doktoranden-Kolloquien besuchten und jede / jeder im Schnitt zwei- oder dreimal dabei war, ergibt sich eine Zahl von damals schon rund 170 bis 250 jungen Wissenschaftler/innen. Menschen, die sich später in der Wissenschaft wiederfanden bzw. wiederfinden, im Journalismus, im Bereich Marketing und PR, in Programmbereichen usw.

.....
19 Walter Klingler: Grünberg 1985. In: RuG 3(1985), S.208ff.

20 Claudia Paul: Das 20. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises in Grünberg. In: RuG 2/3(1992), S.120ff.

Das 25. Kolloquium 1997 – Organisation und Finanzierung wurden schwieriger

Das 25. Doktoranden-Kolloquium 1997 folgte der Form der Vorjahre, auch wenn sowohl Organisation als auch Finanzierung problematischer wurden. Die Beratung stand am Samstag erneut im Mittelpunkt. Im größeren Vortrag am Freitagabend berichtete Michael Radtke über die „Medienkonzentration in Deutschland am Beispiel von Leo Kirch“. Am Sonntagvormittag wurden wieder zwei studentische Arbeiten vorgestellt. Die zustandekommenden Arbeitsgruppen verdeutlichen die Themendifferenzierung: DDR Rundfunk, Organisationsgeschichte / Biographie, Programmforschung und Rezeptionsforschung.²¹ Das 25. Doktoranden-Kolloquium 1997 war gleichzeitig das letzte in Grünberg.

Doktoranden-Kolloquien einige Jahre in Baden-Baden

1998 fand zwar wieder ein Doktoranden-Kolloquium statt, allerdings zu anderer Jahreszeit und an einem anderen Ort. Die Verlegung der Jahrestagungen des Studienkreises in den Frühling führte zur Verschiebung der Veranstaltung in den Herbst. Gleichzeitig musste ein neuer Ort gefunden werden. Der Südwestrundfunk sprang ein, finanzierte Hotel und Essen – und lud in den nächsten Jahren nach Baden-Baden. Marianne Ravenstein (Münster) und Norbert Weigend (Essen) hatten mittlerweile die Leitung des Doktoranden-Kolloquiums übernommen, der Ablauf blieb unverändert.²² Es folgten Kolloquien unter der wechselnden Leitung von Ralf Hohlfeld (Eichstätt), Marianne Ravenstein und Norbert Weigend. Die Zahl der Studentinnen und Studenten blieb zwischen 20 und 25. Das Konzept wurde weiterhin positiv bewertet, das Feedback ermutigte. Trotzdem: Aus ökonomischen Gründen konnte das Kolloquium beim Südwestrundfunk leider nach einigen Jahren nicht mehr fortgesetzt werden.²³

Veränderte Umwelt und neue Überlegungen

In ihrem Bericht über das Kolloquium 1998 schrieben die beiden Verantwortlichen zusammenfassend und perspektivisch: „So zeigt sich die ‚seismographische‘ Qualität des Kolloquiums ... Historische Fragestellungen sind nur noch mit einem knappen Drittel vertreten ... wären für das Doktorandenkolloquium bereits jetzt pragmatische Konsequenzen zu ziehen: Um nicht am aktuellen Forschungsinteresse der Studierenden vorbeizuziehen, müsste sich das Kolloquium in seiner Zielgruppenansprache wesentlich offener präsentieren und – im Klartext – die längst Praxis gewordene Interessenverlagerung auch in seinem Angebot verdeutlichen.“²⁴ Relativ parallel formulierte Rüdiger Steinmetz in den „Mitteilungen“ unter dem Titel „Perspektiven des Studienkreises Rundfunk und Geschichte“ die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit mit den privatrechtlichen Anbietern und den Landesmedienanstalten unter Beibehaltung der engen Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Außerdem forderte er eine stärkere thematische Öffnung und u.a. schließlich auch die verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Vereinigungen wie z.B. der DGPK.²⁵

.....

²¹ Das 25. Grünberger Doktoranden-Kolloquium 1997. In: 2/3(1997), S.184ff. Berichte auch aus den einzelnen Gruppen.

²² Marianne Ravenstein, Anja Schäfers und Norbert Weigend: 26. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Baden-Baden. In: RuG 4(1998), S.299ff. Hier auch Arbeitsgruppenberichte.

²³ Zu den weiteren Kolloquien in Baden-Baden vergleiche jeweils die entsprechenden Berichte in den „Mitteilungen“.

²⁴ Marianne Ravenstein und Norbert Weigend: 26. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Baden-Baden. In: RuG 4(1998), S.299ff.

²⁵ Vgl. Rüdiger Steinmetz: Perspektiven des Studienkreises. In: RuG 1/2(2000), S.104.

Mitte der 2000er: Neuanfang mit Kontinuität

Nach dem Ende des Doktoranden-Kolloquiums in Baden-Baden mussten eine neue Konstruktion, neue Partner und ein Ort gefunden werden. Mitte der 2000er war es soweit. Der „Call for Papers 2006“ für das Examenskolloquium verdeutlichte die Zielrichtung, jüngere Wissenschaftler/innen mit ihren aktuellen Forschungsprojekten anzusprechen und die (geplanten) Arbeiten in Arbeitsgruppen unter fachlicher Leitung zu beraten. Ansprechpartner war Sebastian Pfau (Halle), der Veranstaltungsort das Mitteldeutsche Medienzentrum Institut für Medien in Halle/Saale – der MDR und die Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt leisteten tatkräftige Unterstützung.²⁶ Mittlerweile hat dieses Kolloquium seine feste Heimat als „Medienhistorisches Forum“ in der Lutherstadt Wittenberg gefunden – als „Nachfahre“ des Doktoranden-Kolloquiums des Studienkreises und in Kooperation mit anderen Trägern. Am Beispiel 2008: Veranstalter des Kolloquiums waren Kai Knörr (Studienkreis Rundfunk und Geschichte), Erik Koenen und Christina Sanko (Sprecher des Nachwuchsforums Kommunikationsgeschichte der DGPUK – NAKOGE) sowie Thomas Birkner und Christian Schwarzenegger (Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der DGPUK). Das Medienhistorische Forum versteht sich dabei „als Plattform, die eine Vernetzung mit anderen Forscher/innen, aber auch mit Vertreter/innen von Rundfunkanstalten und Medienarchiven in einer freundlichen und produktiven Atmosphäre ermöglichen soll.“²⁷

„Der Geist von Grünberg ums Haupt geweht“

Das Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte hat eine beachtliche Geschichte. Zunächst vom Studienkreis mit Unterstützung getragen, heute mit Partnern. Zunächst sehr lange in Grünberg, dann in Baden-Baden, heute in einer „Nachfolge“ mit neuer Heimat in Wittenberg. Immer wichtig waren die Offenheit von Beraterinnen und Beratern, eine fördernde Atmosphäre und der Versuch, Studentinnen und Studenten zu helfen. Auch hier blieben einzelne unglückliche Beratungssituationen nicht aus, teilweise gab es zudem unglücklich mitgebrachte Themen. Aber alles in allem wurde – und wird – das Kolloquium seinem beachtlichen Anspruch und dem selbst gesetzten Ziel einer möglichst guten Beratung von Abschlussarbeiten gerecht.

Das Doktoranden-Kolloquium war immer ein Spiegel von Gegebenheiten und Veränderungen, unter anderem durch den permanenten „Generationswechsel“ bei den zu Beratenden und dem sich wandelnden Kontext der jeweiligen Studiensituationen. Insgesamt bleibt aber sicher festzuhalten: Wenn es das Doktoranden-Kolloquium nicht gegeben hätte bzw. gäbe – man hätte es erfinden müssen. Einige Zitate verdeutlichen dies bestens: „Tipps und Hinweise für anstehende Projekte können zwar nicht immer ‚gordische Knoten‘ durchschlagen, aber doch diskussionswürdige Perspektiven für die weitere Arbeit aufzeigen“.²⁸ „Sicherlich wird nicht jeder Kontakt halten, nicht jeder Wunsch, jeder Plan, durch Grünberg hervorgerufen, in Erfüllung gehen. Aber jedem ist der Geist von Grünberg ums Haupt geweht, und jeder weiß, dass es Menschen gibt, die auf eine Nachricht von ihm reagieren werden“.²⁹

.....

²⁶ Examenskolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte am 6. und 7. Oktober 2006: Call for papers. In: RuG 1/2(2006), S.103.

²⁷ <http://rundfunkundgeschichte.de/medienhistorisches-forum-am-09-10-november-2018-in-wittenberg> (zuletzt abgerufen am 10.5.2019)

²⁸ Klaus Wehmeier: Die Angst des Examenskandidaten vor der Isolation. In: RuG 3(1980), S.132.

²⁹ Martina K. Schneiders: Grünberg 1988: Eindrücke eines neuen Mitglieds. In: RuG 3(1988), S.205.

Edgar Lersch

Die denkwürdigen Vorstandswahlen 1991

Der Studienkreis am Scheideweg?

Seit Herbst 1981 war ich kooptiertes Mitglied im Vorstand des Studienkreises Rundfunk und Geschichte als Sprecher der damals wiederbelebten Fachgruppe „Archive und Dokumentation“. Im Vorstand wurden die Vereinsgeschäfte zu der Zeit im Wesentlichen von den Gründungsmitgliedern bestimmt: Als „Motor“ fungierte der WDR-Redakteur Walter Först (1920-1993). Unter dem präsidentialen Vorsitz des Wirtschafts- und Sozialhistorikers Wilhelm Treue (1909-1992) führte er als Schriftführer die Geschäfte und redigierte die seit 1974 erscheinende Zeitschrift „Mitteilungen“ (seit 1995 „Rundfunk und Geschichte“). Nach seiner Pensionierung Mitte der 1980er Jahre übernahm sein Nachfolger in der WDR-Landesredaktion, das langjährige Vereinsmitglied Wolf Bierbach (1942-2007), die Geschäftsführung. Beide standen in engem Kontakt zum Chef des Instituts für Publizistik in Münster, Prof. Winfried B. Lerg.

Noch relativ jung an Jahren, beruflich wenig erfahren als Leiter des Historischen Archivs des SDR, spielte ich im Vorstand keine besondere Rolle. Gelegentlich und meist vergeblich löckte ich wider den Stachel der Mehrheitsmeinung. So opponierte ich zaghaft gegen das stetige Bestreben, dass der Studienkreis mit einem starken Anteil seiner Jahrestagungen als „Player“ bei den sich damals inflationär ausbreitenden medienpolitischen Foren auftreten sollte. Außerdem gab es mir zu wenig Kontakt und Austausch mit gleichgerichteten Fachgesellschaften und Wissenschaftseinrichtungen. Doch gegen den vorherrschenden Konsens konnte ich keine Punkte machen.

Im September 1989 feierte der Studienkreis sein zwanzigjähriges Bestehen. Das Gründungsmitglied Friedrich P. Kahlenberg (1935-2015), seit 1983 auch Vorsitzender des Vereins, lud dazu in die Räume des Bundesarchivs Koblenz ein, dessen Leitung er als Präsident gerade übernommen hatte. Auf der Mitgliederversammlung wurde er zwar erneut zum Vorsitzenden des Vereins gewählt, er konnte diese Funktion aber bald kaum noch mit seiner anspruchsvollen neuen Position vereinbaren. Wegen der sich abzeichnenden bzw. realisierten Wiedereinigung und der damit für Kahlenberg verbundenen Herausforderung, die zentralen Archiveinrichtungen der ehemaligen DDR mit denen der Bundesrepublik zusammenzuführen, fehlte in der letzten der vier Wahlperioden als Vorsitzender manchmal die ordnende und integrierende Hand des völlig überlasteten Vormanns des Vereins. Gleichwohl kamen unter dem Vorzeichen der virulent gewordenen deutsch-deutschen Rundfunkfragen die Jahrestagungen 1990 in Saarbrücken und 1991 in München zustande. Letztere hatte Rüdiger Steinmetz (*1952) im Wesentlichen vorbereitet, damals als Assistent an der Hochschule für Fernsehen und Film in München tätig.

Für die turnusmäßigen Vorstandswahlen hatte Kahlenberg seinen Rückzug von der Vereinsspitze angekündigt. An Details zu den Beratungen für die Auswahl eines Vorstandsvorschlags kann ich mich nicht mehr erinnern. Und was hinter den Kulissen an Informationen und Meinungen ausgetauscht wurde, entzog sich meiner Kenntnis. Es gab wohl keinen formellen Vorstandsbeschluss für einen Kandidatenvorschlag. Man kann davon ausgehen, dass die Mehrheit des Vorstands als neuen Vorsitzenden das Gründungsmitglied Winfried. B. Lerg bevorzugte, der zur Kandidatur bereit war.

Lerg (1932-1995) hatte 1965 eine umfangreiche Dissertation zur Gründungsgeschichte des Rundfunks in Deutschland (bis heute ein Standardwerk!) und danach weitere Beiträge zur Rundfunkgeschichte, zur Pressegeschichte sowie zur Kommunikationstheorie veröffentlicht. Er galt zu Recht als wissenschaftlicher Mentor des Studienkreises, der nicht nur dessen Schriftenreihe herausgab, sondern auch die „Mitteilungen“ in praktisch jedem Heft mit größeren und kleineren Beiträgen bereicherte. Im persönlichen Umgang war er nicht immer einfach: Seine Standpunkte konnte er kompromisslos und scharfzüngig vertreten. Gefürchtet war seine Neigung, als Moderator und in Diskussionen Korreferate zu halten. Ich hegte Zweifel, ob er als Vorsitzender ausreichend integrierend wirken könne. Gleichwohl entsprach er weitgehend meinen Präferenzen für eine klarere rundfunkgeschichtliche Ausrichtung. Ich entschied mich für Lerg, anfangs als einzigen Kandidaten, und als ein weiterer ins Spiel kam, war der für mich ein völlig unbeschriebenes Blatt.

Diesen hatte zur Überraschung der meisten Vorstandsmitglieder Wolfgang Hempel „aus dem Hut gezaubert“. Hempel (*1931), langjähriger Leiter der Hauptabteilung „Dokumentation und Archive“ beim damaligen Südwestfunk, Gründungsmitglied und von Anfang an Schatzmeister des Studienkreises, war ein erfahrener und oft erfolgreicher Strippenzieher auf den verschiedenen Ebenen seines Wirkens (im SWF, in der FDP, in der „Szene“ der Rundfunkdokumente bzw. -archive usw.). Helmut Drück (*1932) hatte er vermutlich in medienpolitischen Gesprächsforen bzw. Kommissionen der FDP kennengelernt. Der Jurist war nach langen Jahren in führenden Positionen beim WDR im Juli 1989 Intendant des RIAS Berlin geworden. Seit 1990 stand er vor der Aufgabe, daran mitzuwirken, den mit der Wiedervereinigung quasi überflüssig gewordenen RIAS in eine neue Struktur zentraler Hörfunkangebote zu integrieren: Bis heute hat Deutschlandradio Kultur im früheren RIAS-Gebäude in Berlin-Schöneberg seinen Sitz.

Das Studienkreismitglied Drück war bis dato im Verein nicht aktiv in Erscheinung getreten. Doch Hempel ließ sich bei der Suche nach einem weiteren Kandidaten zum quasi „gesetzten“ Lerg von folgender Überlegung leiten: Damals gab es enge Verbindungen des Studienkreises zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, und dies in Bezug auf eine große Zahl seiner Mitglieder (aus Redaktionen, den technischen Abteilungen und den Dokumentations- und Archivbereichen) und Kontakten bis in die oberen Etagen hinein. Auf diese Weise konnte häufig finanzielle und logistische Unterstützung für Jahrestagungen erfolgreich aktiviert werden, manchmal auch für das eine oder andere sonstige Vorhaben (z.B. Druckkostenzuschüsse für die Schriftenreihe u.ä.). Einen Vorsitzenden als aktiven Intendanten hielt Hempel für hilfreicher als einen Wissenschaftler mit seinen normalerweise eher beschränkten Ressourcen. Drück war ohne Erfahrung in den Details wissenschaftlicher Rundfunkgeschichte, im öffentlich-rechtlichen System gut vernetzt und geeignet für die Beschaffung der angesprochenen Unterstützungen. Sonstige Kontinuität schien im Übrigen mit der angesprochenen, beim WDR weiter lozierten Geschäftsführung gesichert, und als stellvertretende Vorsitzende kandidierten die wissenschaftlich ausgewiesenen Mitglieder der nächsten Generation, Walter Klingler (*1953) vom SWF und der erwähnte Rüdiger Steinmetz.

Drück ließ sich aufstellen, und so kam es in der Mitgliederversammlung am 13.09.1991 zu einer Kampfabstimmung. Zuvor gab es eine teilweise erregt geführte Personaldebatte über das Für und Wider der beiden Kandidaten. Argumente und Gegenargumente gin-

gen hin und her, drehten sich im Kreis: Leider kann ich mangels Erinnerung keine Einzelheiten präsentieren. Nicht nur angesichts des angesprochenen Zwiespalts fühlte ich mich nicht bemüßigt, in die Debatte einzugreifen. Zudem hatte ich mich – wenn auch mit Vorbehalten – für Lerg entschieden.

Eines ist mir jedoch im Gedächtnis haften geblieben. Im Verlauf der Diskussion raunte ich meinem Nebensitzer und Archivars-Kollegen Heiner Schmitt vom ZDF zu: Wir beide könnten uns als auch weiterhin sicherlich kooptierte (da als Fachgruppenvorsitzender bestätigte) bzw. geborene Mitglieder des Vorstands (der ZDF-Archivleiter war laut Satzung Mitglied des erweiterten Vorstands) gelassen zurücklehnen in dem Gefühl: Gleich unter welchem Vorsitzenden würden wir unsere fachlich bestimmten Aufgaben im Verein bzw. Interessen vertreten können. Weitere Ambitionen hatten wir nicht.

Im ersten Wahlgang errang Helmut Drück eine knappe Mehrheit und nahm die Wahl an. Lerg erklärte, sich nicht weiter im Vorstand engagieren zu wollen. Dies hatte den unerwarteten und unangenehmen Nebeneffekt, dass auch Wolf Bierbach als Schrift- und vor allem Geschäftsführer nicht mehr zur Verfügung stehen wollte. Da war die Not plötzlich groß. Gesucht wurde nun jemand, der dem neuen Vorsitzenden in Bezug auf das Fachliche wie auch mit Kenntnissen über die organisatorischen Abläufe im Verein zur Seite stehen könnte. In dieser prekären Situation verfiel Wolfgang Hempel auf mich: Wir kannten uns seit über einem Jahrzehnt aus kollegialer Nachbarschaft im Südwesten und der Arbeit im Verein. Nun verfügte ich mit dem kleinen Historischen Archiv des SDR über keine Sekretariats- und sonstige Ressourcen. Arbeitszeit für das Engagement im Studienkreis würde mir – davon gingen wir aus – auch der SDR-Intendant Fünfgeld einräumen. Mir wurden eine enge Kooperation mit dem Sekretariat Drück in Berlin und Hempels Möglichkeiten in der Nachbaranstalt in Baden-Baden zugesagt, um Fehlendes zu substituieren. Diese Zusammenarbeit sollte dann auch auf Basis von Telefon und Fax und ohne Internet und E-Mail gut funktionieren. Mit Zaudern willigte ich in die Kandidatur ein und wurde als Schriftführer bestätigt.

Die Wahl Drücks war nun doch eine Richtungsentscheidung, als mit ihr die enge langjährige Verbindung Köln – Münster in der Vereinsführung zu Ende ging, ebenso wie die enge Anbindung des Vereins an den WDR. Der RIAS-Intendant verließ sich in den Sachfragen auf das Trio Klingler, Steinmetz und Lersch, auf Ansgar Diller (*1945) in Verantwortung für die Zeitschrift und auf Marianne Ravenstein (* 1957) aus Münster für das sogenannte Doktorandenkolloquium. Alles in allem fand mit der denkwürdigen Wahl ein erster Generationswechsel in der Führung des Studienkreises statt, zumal auch der Schatzmeister bald durch Michael Crone (*1948) ersetzt wurde.

Ich denke, die neue Generation in der Verantwortung sorgte für eine Öffnung des Studienkreises in verschiedene Richtungen, führte zu neuen Ideen und brachte neue Kooperationen zuwege. Darüber, wie wir und mit welchem letztendlichen Ertrag wir anders als unsere Vorhänger agierten und wie unser Wirken einzuschätzen ist, darüber will nicht ich befinden. Das sollen und müssen andere tun.

Heiner Schmitt

Inspirator, Mentor und Führungspersönlichkeit

Friedrich P. Kahlenberg als Vorsitzender des Studienkreises

Es waren die ungeheure und nie versiegende gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Neugier sowie die Freude am Fabulieren, es war die obsessive Besessenheit zum Forschen, die ihn antrieben: Von jeher war Friedrich P. Kahlenberg ein Wanderer zwischen den Medien und der Wissenschaft. Dabei bildeten Film und Rundfunk Mittelpunkte seines beruflichen Wirkens und seiner wissenschaftlichen Aktivitäten.

Kahlenberg war wie geschaffen für die Position des Vorsitzenden einer Vereinigung, die sich die Erforschung und Aufarbeitung der Rundfunkgeschichte in all ihren Facetten zum Ziel gesetzt hatte. Für diese Aktivitäten bot der frühe Studienkreis, dem er von Anfang an angehörte, beste Voraussetzungen. Unter der Ägide des ebenso routinierten wie mit der Technik-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte bestens vertrauten Wilhelm Treue hatte sich eine Vorstandschaft gefunden, die engagiert und äußerst zielstrebig dem Anliegen des Vereins, Rundfunkgeschichte in ihrer ganzen Breite aufzuarbeiten, gerecht wurde.

Walter Först, Sieglinde Stüben und vor allem Winfried B. Lerg, nicht zu vergessen Harald Heckmann, Ansgar Diller und Rainer Kabel, waren die Protagonisten dieser Arbeit, von der viele wichtige Forschungsvorhaben profitierten. Davon geben die „Mitteilungen“ und die Schriftenreihe dieser Jahre bis 1991 beredtes Zeugnis. Unzählige junge Medienwissenschaftler sind durch diese Schule gegangen und haben dort die Grundlagen für ihre Karrieren gelegt.

Als Kahlenberg von Wilhelm Treue das Amt des Vorsitzenden übernahm, war der Studienkreis eine erfolgreiche und effizient arbeitende Institution. Es war das Goldene Zeitalter der Vereinigung, das mit dem Namen Kahlenberg verbunden ist: Die drei Säulen Rundfunktechnik, Rundfunkveranstalter und Rundfunkforschung bildeten ein Netzwerk, das ideal für die Projekte war. Und den Veranstaltungen, wie den Jahrestagungen und den Doktorandenkolloquien stand ein großes Reservoir an Themen und Referenten zur Verfügung; bis 1991 waren bereits 19 Kolloquien durchgeführt worden.

Friedrich P. Kahlenberg hat diese goldenen Jahre verantwortlich gestaltet und gemeinsam mit seinen Freunden Winfried B. Lerg, Walter Först und Wolf Bierbach in den Wissenschaftsbetrieb eingebracht. Neben der Aufarbeitung der Institutionen- und Programmgeschichte kümmerte sich Kahlenberg verstärkt um die Rezeptionsforschung, was seinem sozialgeschichtlichen Ansatz entsprach.

Und so bleibt die Ära Kahlenberg im Studienkreis auf immer verbunden mit dem hohen Anspruch und den breiten wissenschaftlichen Erträgen. Dabei bot der Studienkreis unter seiner Führung mit den Jahrestagungen auch jungen Hochschulabsolventen und dem wissenschaftlichen Nachwuchs ein Forum, auf dem sie ihre neuen Erkenntnisse präsentieren konnten.

Der Studienkreis der Gründerjahre (nach 1969) und der Konsolidierung (bis 1991) existiert nicht mehr. Heute, in schwierigeren Zeiten, sind es vor allem die Medienwissenschaftler, die die Vereinigung tragen. Auch kein schlechter Weg für eine grundsätzliche, an der Wissenschaft orientierte und für die Medienwissenschaft arbeitende Organisation.

Reinhold Viehoff

Erinnerungssplitter

Beim Blättern in den – inzwischen ja digital verfügbaren – alten Jahrgängen der „Mitteilungen“ bin ich als ersten Hinweis auf meine Verbindung zum Studienkreis auf folgende Notiz gestoßen, die mir als Erinnerungsstütze dienen mag für einen ersten „Splitter“:

„Rundfunk und Politik 1923-1973

In der Reihe Rundfunkforschung, herausgegeben vom Studienkreis Rundfunk und Geschichte durch Winfried B. Lerg im Volker Spiëß Verlag Berlin, erscheint als Band 3 Anfang September ‚Rundfunk und Politik 1923-1973‘, herausgegeben von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger. Die siebzehn Autoren des Sammelbandes sind: Sibylle Grube, Wolf Bierbach, Sabine Schiller, Arnulf Kutsch, Gerhard Hay, Dorette Rimmel, Dieter Heimann, Winfried B. Lerg, Ulrich Schulte-Döinghaus, Wolfgang Schütte, Heribert Schwan, Georg von Glowczewski, Barbara Mettler, Dierk L. Schaaf, Rolf Steininger, Wolfgang Jacobmeyer und Reinhold Viehoff.“

Das ist tatsächlich insofern – auch „lebensgeschichtlich“ – eine erinnerungswürdige Notiz, weil die damals in diesem 1975 erschienenen Band publizierte Studie zu „Rundfunk und Literaturkritik am Beispiel von Sendereihen des WDR“ meine erste wissenschaftliche Publikation war.

Ich hatte gerade 1972/73 bei Helmut Kreuzer in Bonn meine literaturwissenschaftliche Staatsexamensarbeit geschrieben und er hatte mir während der Arbeit daran – hilfreich und zugewandt, wie Helmut Kreuzer nun einmal immer war – den Hinweis gegeben, seit kurzem gebe es da einen Verein, der sich mit Rundfunkgeschichte und Rundfunkforschung beschäftige. Ich solle mich doch da einmal melden, bei Walter Först im WDR, da könne ich doch bestimmt wichtige Kontakte finden, die mir die Recherche beim WDR zum Thema Literaturkritik im Rundfunk erleichtern würden. So war es. Walter Först reagierte freundlich und lud mich gleich zur 4. Jahrestagung des Studienkreises (3. bis 4. September 1973) nach Berlin ein, zu der ich natürlich gerne „geflogen“ bin. Ja tatsächlich, ich wurde – als schlichter Student – auf Kosten des Studienkreises, der damals reiche Sponsoren aus der Industrie hatte (AEG, Telefunken), mit einem Flugticket versorgt und mit einer Hotelbuchung. Allerdings fühlte ich mich dann auf der Jahrestagung irgendwie doch unwohl, weil diese Nähe zur „Industrie“ mir für eine wissenschaftliche Studienvereinigung doch belastend erschien. Das Thema hat sich ja dann schnell erledigt, weil sich in den Jahren danach diese industriellen Sponsoren verflüchtigten, und, soweit ich weiß, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in deren Fußstapfen traten, aber mit schon immer deutlichem „Sparzwang“. Flugreisen wurden da nicht mehr gesponsert.

Aber seitdem war ich also Mitglied im Studienkreis und wurde als solches auch weiterhin sehr kooperativ von Walter Först und Wolfgang Hempel gleich zum nächsten Doktorandenkolloquium nach Grünberg in Hessen eingeladen. Das war das 3. Doktoranden-Treffen am 26./27. April 1975, auf dem unter anderem am Abend des 26. April mit Winfried B. Lerg darüber diskutiert wurde, diesen oben erwähnten Band „Rundfunk und Politik 1923 – 1973“ herauszugeben – und daran auch die auf dem Doktorandenkolloquium erschienenen hoffnungsvollen jungen Wissenschaftler zu beteiligen. Da ich mich dazu eigentlich noch nicht zählte und eher interessiert am Rande saß, war es Wolfgang

Hempel, der damals vorschlug: „Da muss auch der Viehoff mitmachen, der schreibt doch gerade an einer Untersuchung zur Literaturkritik im Rundfunk“. So oder so ähnlich bin ich an diese erste Publikation gekommen. Und hatte deshalb schon recht früh die Erfahrung gemacht, dass der Studienkreis tatsächlich eine Art produktives „Netzwerk“ bildete.

Beim weiteren Durchblättern der „Mitteilungen“ erinnerte ich mich daran, dass ich dann – etwa Ende der 80er Jahre – innerhalb des Studienkreises die Fachgruppe Literatur wiederbelebt habe, die es wohl zu Beginn der Aktivitäten um Wilhelm Treue schon einmal gab. Als Organisator dieser Fachgruppe durfte ich dann mehrmals an Vorstandssitzungen teilnehmen, von denen ich allerdings im Wesentlichen nur in Erinnerung habe, dass ehrwürdige „ältere“ Herren – Friedrich P. Kahlenberg, Winfried B. Lerg, Walter Först, Rolf Heckmann und andere – wichtige Dinge verhandelten und dabei wie die Schloten rauchten. Das war jedenfalls, bevor so etwas bei Sitzungen verpönt wurde. Das olfaktorische Gedächtnis führt jetzt dazu, dass ich den Geruch der Pfeifen resp. des Pfeifentabaks wieder in der Nase habe.

Die Fachgruppe Literatur traf sich dann relativ regelmäßig im Kontext der Jahrestagungen. Aus diesen Treffen ist später das Jahrbuch 2002 des Studienkreises als gemeinsames Arbeitsprojekt erwachsen. Mit Jörg Hucklenbroich, der im historischen Archiv des SWR arbeitete, habe ich 2002 den Band „Schriftsteller und Rundfunk“ herausgegeben. Mitglieder der Fachgruppe und schließlich auch Beiträger zu dem Sammelband waren Michael Schaudig, Karl Karst, Wolfram Wessels, Kristin Bleicher, Hans Jürgen Krug, Gudrun Bießmann, Edgar Lersch, Ingrid Scheffler, Hans Ulrich Wagner, Klaus Heilmann und Sibylle Bolik. Geschrieben haben diese Autoren und Autorinnen über Gerhart Hauptmann, Hans Rothe, Dieter Wellershoff, Erich Loest, Werner Koch, Martin Walser, Horst Bienek, Hartmut Geerken, Joachim Walter und Peter Faecke. Im Vorwort haben wir damals erklärt, wir hofften deutlich zu machen, dass „in Zeiten knapper Ressourcen und privatwirtschaftlicher Konkurrenz [...] die vielfältigen Verbindungen zwischen dem Rundfunk und der Literatur ein unverzichtbares Element des Rundfunks als Kulturfaktor – und ein Marktvorteil“ seien.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir heute – knapp zwanzig Jahre später – noch Grund haben, so optimistisch zu sein. Wenn man sieht, welche Summen die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ARD und ZDF in sogenannte Sportgroßereignisse investieren, und gleichzeitig täglich erlebt, wie die Wortprogramme des Radios immer „billiger“ werden (durch Hörerbeteiligung per Telefon und permanente Wiederholung vorgebauter Kurzbeiträge, weshalb z.B. der WDR bei vielen Hörern inzwischen nur noch WDHlgR – Wiederholungs Rundfunk heißt), dann scheint dieser „Marktvorteil“ nicht mehr hoch geschätzt zu werden.

Irgendwann führte dann die Zeit dazu, dass die Vorstandsmitglieder der ersten Generation in die zweite Reihe zurückgetreten sind, aus den unterschiedlichsten Gründen. Damals hatte sich durch zahlreiche freundschaftliche Beziehungen und Arbeitskontakte zwischen Rüdiger Steinmetz (Leipzig), Edgar Lersch (Stuttgart/Halle) und Reinhold Viehoff (Halle) ergeben, dass wir drei gemeinsam den Plan gut fanden, reihum jeweils einen von uns als Vorsitzenden und die anderen als Mitglieder im Vorstand der Vollversammlung vorzuschlagen. In der Folge waren dann Rüdiger Steinmetz 1999 bis 2001, ich von 2001 bis 2003 und Edgar Lersch von 2003 bis 2005 jeweils Vorsitzender des Studienkreises.

Als ich das Amt 2001 übernahm, hatte ich die – optimistische – Idee, in dieser Funktion die Intendanten der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten anzuschreiben und um ein Gespräch zu bitten. Damit wollte ich zum einen den Studienkreis bei den betreffenden Anstalten wieder „bekannter“ machen, zum anderen auch jeweils in einem Gespräch ausloten, wieweit wir damit rechnen konnten, durch aktive Förderung – etwa bei der Durchführung einer Jahrestagung – von dieser Anstalt auch finanziell unterstützt zu werden.

Ich erinnere mich, aus unterschiedlichen Gründen, an drei dieser Besuche besonders. Der eine betraf den Saarländischen Rundfunk, dessen Intendant damals Fritz Raff (1996 – 2011) war. Fritz Raff hat mich sehr freundlich empfangen, einen langen Vormittag mit mir über die Geschichte und Geschicke des Saarländischen Rundfunks gesprochen und mich dann in die Kantine des Saarländischen Rundfunks zu einem außerordentlich umfangreichen und exzellenten Menu mit erinnerungswürdigem saarländischen Wein eingeladen. Leider war das die einzige materielle Unterstützung, die der „kleine“ Sender dem Studienkreis liefern konnte, weil für Weiteres die Mittel fehlten.

Bei dem größten Sender, dem WDR, empfing mich Intendant Fritz Pleitgen (1995 – 2007). Sein Büro war eindrucksvoll, sehr gläsern und Transparenz signalisierend, mit einer guten Kaffemaschine, aus der ich auch bedient wurde. Pleitgen hatte eine knappe Stunde eingeplant, war in dieser Zeit aufmerksam und professionell zugewandt, zumal er den Studienkreis kannte, und – soweit ich entsprechende Bemerkungen erinnere – auch davon überzeugt, dass die historisch-kritische Bearbeitung der Geschichte des Rundfunks wichtig und unverzichtbar sei. Verzichtbar sei aber eine direkte materielle Unterstützung des Studienkreises. Nachdem das geklärt war, haben wir uns noch sehr angeregt über eine, wie sich herausstellte, „gemeinsame Erfahrung“ unterhalten. Pleitgen war als ehemaliger ARD-Korrespondent in Moskau auch später noch sehr engagiert durch einige Erfahrungen, die er in Perm am Ural gemacht hatte. Die elenden Zustände vor allem in der Kinderkrebsklinik hatten ihn motiviert, eine Spendenaktion „Kinder von Perm“ zu gründen, die im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte mehrere Millionen Euro sammelte und zugunsten der Ausstattung des Krankenhauses spendete. Die Gemeinsamkeit bestand nun darin, dass ich selbst gerade zweimal längere Zeit in Perm auf einer Auslandsprofessur gewesen war und ähnliche Erfahrungen von dort mitgebracht hatte.

Die dritte Besuchserinnerung betrifft ebenfalls – damals noch – Köln und das Deutschlandradio. Dort war seit 1994 (bis 2009) Ernst Elitz Intendant von Deutschlandradio mit seinen beiden Hörfunkprogrammen Deutschlandradio Kultur (seit 2017 Deutschlandfunk Kultur) und Deutschlandfunk. Elitz hat mir viel von den Schwierigkeiten erzählt, die mit der Übernahme der Intendanz verbunden waren, vor allem aber hatte er ein offenes Ohr für eine Unterstützung des Studienkreises. Angesichts der geringen Möglichkeiten seines Hauses verwies er mich aber mit Komplimenten an Erik Bettermann, der im Oktober 2001 zum Intendant der Deutschen Welle gewählt worden war. Diese Vermittlung, die ich mit einem Besuch bei Bettermann in Bonn möglichst rasch angenommen hatte, war sehr produktiv und ermöglichte dem Studienkreis, seine Jahrestagung 2005 im Haus der Deutschen Welle in Bonn durchzuführen.

Diese Anfangszeit hat die Rundfunklandschaft geprägt Rundfunkhistorisches Gespräch mit Dr. Hans Hege (Auszüge)

Dr. Hans Hege, geb. 14.06.1946 in Schwäbisch Hall, besuchte Schulen in Schwäbisch Hall und Heilbronn, studierte in Tübingen und Berlin und promovierte 1976 zum Thema „Das Grundrecht der Berufsfreiheit in Sozialstaaten“. Nach dem Referendariat war er Assistent im Berliner Abgeordnetenhaus. Dann von 1978 bis 1983 Referent in der Senatsverwaltung für Justiz des Landes Berlin. Von 1983 bis 1985 leitete er das Medienreferat beim Senator für Kulturelle Angelegenheiten in Berlin. 1985 startete er seine Medienkarriere. Zunächst als Direktor der Anstalt für Kabelkommunikation und ab 1992 bis zum altersbedingten Ausscheiden als Direktor der länderübergreifenden Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb).

Elfriede Walendy führte am 20. Februar 2018 in Berlin das folgende rundfunkhistorische Gespräch. Sie war von 1988 bis 2017 Referentin bei der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg in Stuttgart.

Ich würde gerne mit Ihrer Zeit als Leiter des Medienreferats (1983) anfangen. Sie waren sicherlich schon auch an der Erstellung des Gesetzes, für das sie dann später gearbeitet haben, beteiligt.

Das war eine sehr spannende Zeit, weil es um die Diskussion ging: Einführung des privaten Rundfunks, des privaten Fernsehens. Die Kabelpilotprojekte waren ja ein erster Schritt. Damals auch noch ziemlich umstritten. Was macht man da? Wir hatten Möglichkeiten, konzeptionell zu arbeiten. Auch unter hohem Zeitdruck, weil eine Weile in Berlin nichts passiert war. Parallel gab es andere Pilotprojekte. Das erste war in Ludwigshafen. Die haben dort damals das private Fernsehen gestartet – damals alles nur im Kabel. Berlin hatte das größte Kabelnetz in Deutschland.

Mit 218.000 teilnehmenden Haushalten.

Ja. Also viel mehr als die anderen.

Ich sage mal, man hat eine ganze Menge auch im Rückblick daraus gelernt. Wir haben damals mehr auf innovative Anwendungen und auf lokale Anwendungen gesetzt. Die praktische Entwicklung war dann etwas anders. Die lokalen Sachen sind meistens gescheitert. Der eigentliche Durchbruch kam eher über das Satellitenfernsehen. Man hätte sich eigentlich sagen können: Privates Fernsehen, wie soll sich das eigentlich rechnen, wenn man jetzt nur ein paar Kabelnetze hat? ARD und ZDF haben bundesweite Senderketten gehabt. Als das ZDF gestartet ist, hat man dem ZDF bundesweite Verbreitungsmöglichkeiten eingeräumt. Beim privaten Fernsehen fing es ganz klein an mit diesen paar Kabelpilotprojekten, den paar 100.000 Haushalten. Dass es auf Dauer nicht so gut gehen würde, war eigentlich relativ klar. Also man brauchte einen Satelliten zur Verbindung der Netze. Das hat sich dann ziemlich parallel entwickelt. Wobei Satellit ja immer hieß: „Ich kann nicht nur lokal was machen“.

Das war der Aufbau der technischen Struktur für die landesweite Verbreitung. Aber bleiben wir nochmal bei dem Kabelpilotprojekt Berlin. Da mussten ja auch erstmals die Grundlagen geschaffen werden. Meine Frage dazu ist: Pilotprojekte waren Erprobungs-

projekte. War das in Berlin auch unter diesem Vorzeichen oder war das nie, dass man das irgendwann, wenn es nicht klappt, wieder rückholen könnte?

Die Rückholbarkeit war, glaube ich, von Anfang an eine nicht ganz realistische Aussicht, aber es war das offizielle Etikett und sie waren auch zeitlich befristet. Sie hatten auch nur ein begrenztes Finanzvolumen von 35 Millionen DM, wenn ich mich richtig erinnere. Das hatte jedes Pilotprojekt. Wir haben dann Kabelzentralen damit aufgebaut. Was konzeptionell ja schon ganz interessant war für uns. In Ludwigshafen wurde alles in einer Anstalt für Kabelkommunikation gemacht, sowohl die Regulierungsseite als auch die technische Seite. Wir haben es dann getrennt. Wir haben eine private Gesellschaft gegründet. Zunächst mal, weil kein anderer da war, als Gesellschaft des Senats, und eine Anstalt für die Regulierung, die Anstalt für Kabelkommunikation. Wenn Sie so wollen, einiges schon vorweggenommen. Denn später haben wir uns dann immer wieder eingesetzt für eine private Kabelgesellschaft. Die dann nicht nur der Post gehört, einem öffentlichen Monopol, sondern auch Interesse hat, aus diesem Kabel etwas zu machen. Das ist uns dann erst sehr viel später und unter anderen Bedingungen gelungen.

Was die Regulierungsseite angeht, war, glaube ich, das, was uns am meisten in diesem Kabelpilotprojekt gebracht hat, dass wir ein anderes Modell gemacht haben als in Ludwigshafen. Die in Ludwigshafen haben praktisch, was anderswo dann auch passiert ist, das öffentlich-rechtliche Modell nachgemacht. Man hat ein großes Gremium aus Vertretern gesellschaftlicher Gruppen gegründet, weil es ja die verfassungsrechtliche Vorgabe gab: Programmentscheidungen sollen nicht vom Staat unmittelbar beeinflusst werden. Also ein großes Gremium, während wir auf ein kleines Gremium aus Sachverständigen gesetzt haben. Das haben wir parallel in Baden-Württemberg gehabt übrigens, da gab es eine ähnliche Vorstellung. Bloß wir haben es dann umgesetzt, begleitet zunächst einmal auch noch, wie es in Baden-Württemberg heute noch ist, mit einem Gremium, in dem auch Gruppen vertreten waren. Das ist nachher weggefallen, weil es auch nicht mehr sinnvoll war.

Hatten Sie am Anfang dieses öffentlich-rechtliche Modell?

Wir hatten diesen „Kabelrat“. Ein Gremium aus fünf Persönlichkeiten; und was wichtig war, damals ein Modell zu bekommen, das staatsfern ist, also mit großen Mehrheiten gewählt werden musste. Es ist auch gelungen. Damals hat mich der Senator Hassemer sehr unterstützt. Der dafür politisch verantwortlich war, den Professor Benda zu gewinnen als Vorsitzenden dieses Gremiums. Der aus dem Bundesverfassungsgericht ausgeschieden war, noch Professor in Freiburg. Das war eine Persönlichkeit, die für diese ganze Zeit sehr wichtig war, weil sie, anderes als bei anderen Medienanstalten, von vornherein gesichert hat, dass dieses Gremium wirklich unabhängig ist, dass es gut zusammenarbeitet und dass es eben nicht so wie es anderswo passiert ist, dass man dann je nach der Mehrheit im Landtag auch das Gremium politisch ausrichtet. Dieser Kabelrat wurde gewählt vom Abgeordnetenhaus von Berlin mit besonderer Mehrheit. Zwei Drittel Mehrheit. Es gelang auch, eine Lösung zu finden mit anderen Persönlichkeiten, die gut harmoniert haben.

Das hat praktisch nie Auseinandersetzungen gegeben anhand der politischen Herkunft. Nur in einem einzigen Fall, in dem es um die erste Fernsehfrequenz ging, ob sie SAT.1 bekommt oder RTL. Da gab es mal eine strittige Entscheidung, sonst gab es

immer Entscheidungen unabhängig von der Parteiherkunft. Das war etwas, was dann ja praktisch meine ganze Berufszeit begleitet hat. Nachher eben als Medienrat Berlin-Brandenburg mit sieben statt fünf Mitgliedern. Aber es hat da genauso gut funktioniert.

Vielleicht noch eine Frage zur Finanzierung, denn damals war bundesweit die große Frage, wie finanziert man diese Kabelpilotprojekte, weil eben diese Staatsferne immer auch gefordert worden war.

Also die Kabelpilotprojekte, das war eine Vereinbarung der Bundesländer, wurden aus den Rundfunkgebühren finanziert, dem Kabelgroschen, so nannte der sich. Zwei Pfennig je Rundfunkteilnehmer. 35 Millionen DM je Kabelpilotprojekt haben wir bekommen. Daraus ist die technische Kabelzentrale, die die Einspeisung der regionalen Programme und der überregionalen Programme organisiert hat, finanziert worden, und der offene Kanal. Also diese private Gesellschaft und die Anstalt für Kabelkommunikation. Das war eine Lösung, die nicht auf Dauer war. Der strategische Durchbruch, wenn Sie so wollen, kam dann später, als es über die Kabelpilotprojekte hinausging und durch die Satellitenverbreitung auch in den anderen Ländern, in denen es keine Kabelpilotprojekte gab, privates Fernsehen im Kabel verbreitet werden sollte. Da ist es gelungen, was die Medienanstalt bis heute absichert, dass man einen Teil des Betrages jetzt in allen Ländern für diese Privatfunkaufsicht zur Verfügung stellt – zwei Prozent vom Rundfunkbeitrag.

Das war die Regelung im Rundfunkstaatsvertrag?

Das war die Regelung, die im Rundfunkstaatsvertrag aufgenommen worden ist und die bis heute gilt.

...wo dann auch geregelt wurde, welche Teile für...

Welche Teile für welche Aufgaben verwendet werden könnten. Die Kabelpilotprojekte, die es in Bayern auch noch gab, in Nordrhein-Westfalen und eben in Ludwigshafen, waren tatsächlich nur auf eine bestimmte Zeit finanziert. Aber da wir klein waren, hat das Geld lang gereicht. Da war die Frage, was machen wir dann? Es hätte die Möglichkeit eines Beitragsmodells gegeben, dass diejenigen, die beaufsichtigt werden, dafür einen Beitrag entrichten müssen, sowas gibt es ja teilweise in Hamburg, glaube ich, immer noch – als Zusatzmöglichkeit. Statt dieser zwei Prozent wäre die Finanzierung aus dem Landeshaushalt in Betracht gekommen. Die wäre sicher nicht so gut gewesen, weil das natürlich eine gewisse Staatsnähe mit sich gebracht hätte.

Ja, der politische Einfluss ist dann nicht zu verhindern. Dann war die Projektgesellschaft gegründet und Sie haben sich dann als erster Direktor beworben, haben dafür eine feste Beamtenposition aufgegeben.

Gut, ich wurde zunächst einmal beurlaubt. Insofern war ich nicht ganz ohne Absicherung. Das Projekt war ja befristet. Allerdings musste ich mich dann, das war in der Wendezeit, als Beamter auf Lebenszeit entlassen lassen und war nur Direktor der Anstalt für Kabelkommunikation. Insofern ein gewisses Risiko, aber es hat sich dann ja nicht negativ entwickelt.

Jetzt war das eine Zeit, wie Sie eben richtig sagen, in der einiges passiert ist. In dieser Zeit vollzog sich die Wende.

Zunächst einmal ist einiges noch in der alten Bundesrepublik passiert, dass diese bundesweite Rundfunkordnung ja dann schon Konturen annahm. Also angefangen haben wir erstmals mit vier Kabelpilotprojekten. Dann kam die Verbreitung über Satellit dazu. Die Kabelverbreitung in den einzelnen Ländern, wobei jedes Land seine eigenen Grundlagen geschaffen hat und es auch unterschiedliche Lösungen gegeben hat, auch zu unterschiedlichen Zeiten. Das war überall eine Auseinandersetzung. Lassen wir die Privaten, die jetzt über Satellit ausstrahlen, im Kabel zu? Und: „Wer kriegt denn einen Satellitenkanal?“, war immer eine Frage. Das ging so nach einem Zuteilungsverfahren. Eine der interessanten Geschichten war, dass Herr Barschel damals noch die Hand gestreckt hat: „Ich möchte auch noch einen Satellitenkanal“. Und darauf kam dann ProSieben.

Es ging ein ziemlich ungeordnetes Verfahren da ins Land, weil eine andere Lösung, die eigentlich angedacht war, der sogenannte TV-SAT, den man hätte direkt empfangen können, der hatte technisch nicht funktioniert. Der hatte nur vier Programme vorgesehen und einige Hörfunkprogramme. Die Länder haben lange gestritten, wie sieht diese bundesweite Medienordnung dann aus. Es war klar, die Länder müssen das machen und nicht der Bund. Es gab erstmals keine gemeinsamen Regelungen. Aber dann schon den Druck, dass man zu einer gemeinsamen Regelung kommt, weil es auch nationale Programme gab. Das war dann der Rundfunkstaatsvertrag, der dann die ersten gemeinsamen Grundlagen geschaffen hat für privates Fernsehen. Allerdings die Regelung der Zulassung immer noch den einzelnen Ländern überlassen hat. Aber auf der anderen Seite hat er auch die Finanzierung der Medienanstalten geregelt. Das war ja alles noch vor dem Wendeprozess. Das war für die Zusammenarbeit der Medienanstalten wichtig. Also wir haben sehr schnell erkannt und gehandelt. Ich habe die erste Einladung an die anderen Kollegen, die es damals gab, ausgesprochen, es waren nur fünf, schon kurz, nachdem ich hier Direktor geworden bin, 1985, am 31. Mai, glaube ich, hatten wir die erste Konferenz. Weil wir uns erstmals austauschen wollten: Wie macht man das? Wir waren alle in der Gründungsphase, hatten ähnliche Themen.

Außer den Kabelpilotprojekten, die es dann schon gab.

Außer den Kabelpilotprojekten. Im Saarland und in Schleswig-Holstein gab es schon die ersten Landesmedienanstalten. In Nordrhein-Westfalen gab es immerhin eine Weiterverbreitung. In vielen Ländern gab es noch nichts. Die kamen dann langsam dazu. Aber ausschließlich natürlich westliche Bundesländer. Und wir haben uns dann auch ausgetauscht über gemeinsame Interessen, die wir haben. Das gemeinsame Interesse an einer Finanzierung. Neben dem Kabelfernsehen entstand der private UKW-Hörfunk. Schleswig-Holstein hatte die ersten Hörfrequenzen und hat dann Hamburg mit überstrahlt. Es war eine etwas ungeordnete Zeit, aber eine Aufbruchzeit, wo alle gelernt haben: Was brauche ich praktisch. Wie ist unser Verhältnis zu den Staatskanzleien? Das war diese erste Zeit der Selbstfindung, wo wir alle klein waren.

Aufbau der internen Strukturen und äußeren Strukturen.

Interne Strukturen – also es gab keine gemeinsame Geschäftsstelle und nichts. Sondern Herr Ring wurde der erste Vorsitzender der Konferenz. Und das war dann relativ lange so. Aber wir hatten dann schon erste gemeinsame Vorschriften für Jugendschutz

und Werbung. Das war wichtig, weil es verschiedene Veranstalter gab. Es gab insbesondere SAT.1 und RTL schon – RTL damals noch in Luxemburg. Wie geht man mit denen um? Was sind die Grenzen? Was dürfen sie und was dürfen sie nicht? Wie organisiert man den Jugendschutz? Es war damals schon die Regelung, dass Filme nur zu bestimmten Sendezeiten ausgestrahlt werden können – mit Ausnahmegenehmigungen aber auch anders. Wer erteilt die Ausnahmegenehmigung, wie organisiert man das Verfahren? Alle diese praktischen Fragen waren zu erörtern. Beim Hörfunk gab es weniger gemeinsamen Abstimmungsbedarf, weil jedes Land sein eigenes System hatte. Baden-Württemberg hatte ein ganz anderes als Bayern und Nordrhein-Westfalen. Aber überall hatten wir einen Austauschbedarf. So dass wir uns von da an regelmäßig einmal im Monat getroffen haben.

Es war wichtig bei den bundesweit Ausstrahlenden, dass sie nicht nur mit ihren Landesmedienanstalten bei Verstößen verhandeln.

Dass man sie gleich behandelt. Das ist ein natürliches Interesse in einer föderalen Ordnung. Es war klar, die letzte Entscheidung liegt jeweils bei der Medienanstalt, wo sie zugelassen sind. Wobei das ein richtiges Zufallsprinzip war. RTL hat seine Lizenz in Hannover. Was damit zusammenhing, dass auf dem TV-SAT verschiedene Kanäle sein sollten: einer im Norden, einer im Süden und einer im Westen. Der im Norden wurde an RTL vergeben. Da gab es extra einen Staatsvertrag. Niedersachsen hatte sich da eine besondere Position gesichert. Die hat nicht dazu geführt, wie sie es eigentlich gehofft hatten, dass RTL nach Hannover umzieht. Sie haben immer nur den Briefkasten da gehabt. Aber bis heute ist RTL in Niedersachsen zugelassen. Was nur mit dem nicht funktionierenden Satelliten zusammenhing, dass dieser spezifische Kanal an RTL ging.

Ein anderer Kanal ging an SAT.1. Das war der Südschienen-Staatsvertrag, die Aufsicht über SAT.1 behielt Rheinland-Pfalz. Und dann gab es die sogenannte Westschiene. Die kam zum Schluss. Also das war ja dann das Thema für Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland; aus dem dann VOX wurde in verschiedenen Variationen. Diese Anfangszeit hat die Rundfunklandschaft geprägt. ProSieben hatte seine Zulassungsstelle in Schleswig-Holstein, aber deswegen, weil Herr Barschel, damals Ministerpräsident, sich einen entsprechenden Kanal auf dem Satelliten gesichert hatte.

Pionierzeit mit vielen Ausprägungen. Damals ging es den nationalen Fernsehveranstaltern vor allem um Reichweitengewinnung. Wie kommen sie an Reichweiten? Wir haben hier mit Herrn Doetz schon ein Zeitzeugen-Interview gehabt. Er hat die Jagd nach Zuschauern lebendig beschrieben. Was er alles sich einfallen lassen musste, um mehr und mehr Reichweite zu bekommen.

Es war kein geplanter Prozess. Wenn man zurückblickt und wieder vergleicht mit der Gründung des ZDF. Dem hat man eine bundesweite Verbreitung, damals gab es ja nur terrestrische Frequenzen, gleich gegeben. Also es war natürlich schon eine Schwierigkeit, dass man die Privaten am Anfang auf Kabel verwiesen hat. Kabel war lange nicht so verbreitet, wie es heute ist. Die meisten haben auch damals noch über Antenne fern gesehen, da es über Satelliten keinen direkten Empfang gab. Der Satellit war nur dazu da, das Signal von der Sendezentrale zu den Kabelanlagen heranzuführen. Es gab dies nicht, was wir heute für viele haben – ASTRA Direktempfang. ASTRA ist erst später

entstanden. Deswegen war die Reichweite der privaten Veranstalter erstmals ziemlich begrenzt. Was natürlich auch die Leistungsfähigkeit eingeschränkt hat.

Das Gegenmodell wäre das britische gewesen. Dort hat man dem Channel 4 von Anfang an gute Verbreitungsmöglichkeiten gegeben. Andererseits aber auch ein Pflichtenheft formuliert, was sie alles erfüllen müssen. Das gab es in Deutschland alles nicht. Es ist praktisch ein eher unkoordinierter Prozess gewesen. Dann natürlich die Frage: Wer kriegt welchen Satellitenkanal. Das war am Anfang. Eigentlich wären die nicht knapp gewesen, aber sie wurden trotzdem so verteilt. Es gab eine begrenzte Zahl von Leuten, die es machen konnten, weil die Reichweiten waren doch noch ziemlich niedrig. Dann kam eben die zweite Stufe. Erstmal dachte man, es gibt keine terrestrischen Frequenzen. Also die herkömmliche Art der Fernsehverbreitung. Aber es stellte sich dann heraus, dass es sehr wohl Möglichkeiten gab, auch Fernsehen über zusätzliche, bisher nicht genutzte terrestrische Frequenzen zu verbreiten.

Da kommen wir noch drauf. Das ist ein ganz spezielles Gebiet, in dem Sie sich besonders auch hervorgetan haben. Ich würde gern auf den Hörfunkbereich kommen. Auf die Vergabe dieser zwei starken Frequenzen. Da hatten Sie gesagt, dass sie in Berlin das Glück hatten, dass die Zeitungsverlage sich nicht einigen konnten.

Wenn ich die bundesweite Entwicklung insgesamt sehe, ist das dominierende Modell gewesen, dass die Verleger, die ja selber keine Lokalstation betreiben konnten, weil man da das Doppelproblem gehabt hätte: Zeitung plus Radio. Die außerdem auf der anderen Seite immer die Befürchtung hatten, dass sie durch den privaten Hörfunk viel verlieren würden. Eine Befürchtung, die sich dann nicht bewahrheitet hat. Aber sie haben natürlich einen hohen politischen Einfluss gehabt in ihren jeweiligen Ländern. So war das Modell angefangen von Schleswig-Holstein, aber dann auch Hamburg und andere Länder, dass sie sich zusammengeschlossen haben in der landesweiten Kette. Zum Teil wurde dann verboten, dass sie lokale Programme machen. Das ist in einigen Ländern bis heute noch so. Sie haben sich dann im Gemeinschaftsunternehmen zusammengeschlossen und dann die ersten Frequenzen bekommen. Das hat angefangen, wie gesagt, in Schleswig-Holstein und ging dann weiter über auf andere Länder. Es gab dann andere Modelle. Das kennen Sie gut aus Baden-Württemberg. Dort hat man von vornherein auf lokale Modelle gesetzt. Und es gab Mischmodelle wie in Bayern, wo man sowohl landesweite als auch lokale hatte.

In Berlin hatten wir erstmal eine einzige Frequenz. Der „Tagesspiegel“ hat von vornherein ausgeschlossen, mit dem Springer-Verlag zusammen zu gehen, der damals eine sehr starke Stellung in Berlin hatte. Anders in Hamburg, da gab es eine Zusammenarbeit auch mit dem Springer-Verlag. Der „Tagesspiegel“ allein wollte zwar auch, konnte aber nicht von seinen Fähigkeiten her, weil er doch eher ein Zeitungshaus war. Das war dann die Chance von Ulrich Schamoni, der ein paar mittelständische Gesellschafter aus der Berliner Bauwirtschaft zusammen gekriegt hat. Und der mit Georg Gafron jemanden gefunden hat, der bei RIAS 2 gute Erfahrungen gesammelt hatte. Es war dann eine Zeit lang der erfolgreichste Sender. RIAS war noch ziemlich erfolgreich, aber der SFB war in diesen Zeiten nicht so besonders gut im Radio. Deswegen war es für die Privaten gar nicht so schwer, hier Reichweiten zu erzielen.

Das war das Modell. Wir hatten dann ja, weil Berlin immer mehr war als nur das, haben wir auch „Radio 100“ zugelassen. Was ein sehr interessantes Modell war, insbesondere für spätere Karrieren. Viele, die da gearbeitet haben, waren später anderswo erfolgreich im Radio, haben weitergearbeitet. Aber das Modell selber hatte natürlich Finanzierungsprobleme, weil Radio, anders als die „taz“ – die „taz“ ist ein ähnliches Modell im Printbereich, wird aber eben dadurch finanziert, dass die Abonnenten zahlen. Dieses Modell funktioniert im Radio, das man auch so empfangen kann, eben nicht. So ist dieses Modell letztlich gescheitert. War aber trotzdem eine ziemliche Bereicherung in dieser Anfangszeit.

Aber das war noch in der geteilten Stadt. Waren da die Frequenzen in der Hoheit der Alliierten?

Ja, aber die Alliierten haben dann auch Spielräume gelassen. Ich sage mal, die Alliierten hätten rechtlich die Möglichkeit gehabt, alles zu unterbinden. Haben aber hier ein sehr kluges Regime geführt, hatten natürlich auf der anderen Seite ihre eigenen Interessen. Das hat sich dann im Fernsehen gezeigt mit RIAS TV. RIAS TV war keine deutsche Einrichtung, sondern war in den späten 1980er Jahren eine der Versuche der amerikanischen Regierung, über die Medien Einfluss zu nehmen. Reagan hat da sehr viel damals investiert – auch was die Expansion von Sendern für die damals sozialistischen Staaten anging. RIAS TV war auch einer der Ansätze. Wir haben dann eine pragmatische Lösung hinbekommen. Wir haben erstmals eine Frequenz gefunden, die leer stand. Die ursprünglich für die Verbindung zwischen Berlin und Westdeutschland da war, dafür aber nicht genutzt wurde. Das war so eine Grauzone, wer ist da wo überhaupt zuständig. Es gab immer noch die Post, die Landespostdirektion Berlin. Es gab uns. Wir haben dann praktisch eine Lösung hinbekommen, dass wir den großen Teil der Frequenz nutzen konnten für Private. Aber es war ein Fenster für RIAS TV darauf. Das dann neu gestartet ist. RIAS TV ist später in Deutsche Welle TV aufgegangen. So war die Zusammenarbeit.

Dann kommen wir zur Wiedervereinigung. Das war ein Prozess, der über viele Ebenen ging. Herausgekommen ist die erste länderübergreifende Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb). Wenn ich das so im Nachhinein betrachte, waren da sehr viele Möglichkeiten, sich zu entwickeln. Zum Beispiel, dass auch der Medienrat geblieben ist in der schlanken Form und nicht zu einem großem ausgeweitet wurde. Da gab es auch eine Diskussion zu diesem Punkt der speziell abgelaufen ist. Also vielleicht schildern Sie nochmal ein bisschen die einzelnen Schritte, denn das ist ganz schwer nachzuvollziehen für jemanden, der nicht dabei war.

Also 1989 war ein besonderes Jahr. In Berlin hat es damit angefangen, dass im Januar Wahlen im Abgeordnetenhaus waren. Da ist die CDU abgewählt worden. Walter Momper wurde Regierender Bürgermeister in einer rot-grünen Koalition. Im Medienbereich war sie damals sehr skeptisch gegenüber privatem Rundfunk und wollte ein neues Gesetz machen statt des Kabelpilotprojektgesetzes, was ohnehin dann auslief 1990. Was vorsah, dass das Modell Kabelrat abgeschafft wird. Das war dann auch verfassungsrechtlich etwas problematisch. Es gab Diskussionen darum, ob es so geht, wie die damalige Mehrheit sich das vorgestellt hatte.

Aber dann kam es eben im Verlauf 1989 auch zu dem Wendeprozess in der DDR. Parallel waren übrigens auch andere Überlegungen da. Helmut Thoma hatte Gespräche

geführt mit dem DDR-Rundfunk - kann man da nicht eine Frequenz anmieten? Weil es immer wieder Geschäfte zwischen West und Ost gab. Die Berliner haben ihren Müll in der DDR entsorgt und die DDR brauchte dringend Devisen. So war dann die Frage: Wenn wir in Westberlin keine Frequenz kriegen – RTL hatte keine bekommen, wollte natürlich auch eine haben – und der Fernsehturm steht in Ostberlin, kriegen wir da nicht eine Frequenz? Können wir nicht mit dem Herrn Schalck-Golodkowski so aushandeln, dass wir da eine Frequenz kriegen? Solche Gespräche gab es dann tatsächlich.

Dann gab es seit dem 09. November die Öffnung und bald darauf die neue Regierung in der DDR. Und da gab es eine große Begehrlichkeit der westdeutschen Unternehmen, dieses neue Gebiet zu nutzen. Der damalige DDR-Rundfunk hat lukrative Werbeaufträge bekommen, weil die Westunternehmen zum ersten Mal eine Möglichkeit hatten, für ihre Produkte in der DDR zu werben. Dann gab es auch in der DDR Vorstellungen zur künftigen Medienordnung. Es gab einen Medienkontrollrat. Ich war da auch ein paar mal. So nach dem Prinzip Runder Tisch mit einigen kundigen Leuten, einigen weniger kundigen und einigen aus der etablierten Szene, aber anderen aus den Bürgerrechtsgruppen. Die natürlich auch vor eine riesige Herausforderung gestellt waren, wie mache ich eine neue Medienordnung? Die erste Zeit war nicht so, dass alle sagten, jetzt läuft es auf eine Wiedervereinigung zu. Sondern in der DDR eher: Wir wollen eine neue Ordnung bei uns haben. Es gab auch einen Medienminister und es gab ein Mediengesetz. Das ist dann immer überlagert worden von dem Einigungsprozess, der dann hinführte zur Währungsunion im Juli. Das war alles nicht einmal in einem Jahr. Dann im Oktober kam die Deutsche Einheit.

Also es ging alles sehr schnell, aber zwischendurch eben schon mit vielen Schattierungen. Die Frage an uns, wo sind wir in diesem Prozess, was ist mit diesem Berlin – der Ostteil Berlins war auch Hauptstadt der DDR. Wie geht es weiter? Die Grenzen waren offen, aber trotzdem waren es natürlich noch ganz unterschiedliche Ordnungen. Das unter hohem Zeitdruck. Wie geht es weiter? Es war klar, dass die alten Sender nicht auf Dauer so bestehen konnten. Dann gab es die Bestrebungen, in der DDR Länder einzuführen. Die gab es ja nicht. Es gab einen zentralen DDR-Rundfunk. Wie löst sich das alles ab? Umgekehrt gab es natürlich auch Vorstellungen in der DDR noch. Wir machen das dritte Fernsehprogramm. Neben ARD und ZDF gibt es ein Drittes, das aus der DDR kommt. Die wollten ihre Sache eigentlich retten.

Verständlicherweise.

Verständlicherweise. Dann kamen natürlich die Experten aus dem Westen in den Osten und haben die beraten. Im Prinzip ist natürlich ein bisschen die DDR überfahren worden. Sie hatte nicht das Know-how. Ich sage mal, woher auch. Wie mache ich eine neue Medienordnung aus einer, die sehr staatsbestimmt war und wo es erst einmal gar keine Ordnung mehr gab. Manche sagen, die meisten Freiräume haben Sie damals gehabt wie bei „Elf99“, weil niemand kontrolliert hat. Viele haben sich gewendet und haben früher mitgemacht, und jetzt agierten sie plötzlich ganz anders. Aber das haben wir in Westdeutschland auch erlebt, wenn ich überlege, wie vieles angefangen hat mit Karrieren, die durchaus auch früher anders waren in der NS-Zeit.

Insofern war das eine unglaubliche Umbruchzeit. Bloß, es hat sich dann ab Sommer in etwa so herausgestellt, es geht jetzt zur Deutschen Einheit. Dann gab es die Vorstellung

des Artikel 31, glaube ich, des Einigungsvertrages: Ich überführe den DDR-Rundfunk in eine Einrichtung, die dann aber abwickeln soll. Dann wird neu aufgebaut in den einzelnen Bundesländern. Die ganze Welt hat sich geändert. Nun gab es aber schon Themen wie RIAS 2 und der Berliner Rundfunk, die keine Zukunft mehr hatten. Wir haben dann ziemlich schnell viele Gespräche geführt, da gab es dann aber auch die Gründung des Landes Brandenburg. Es gab die ersten Personen, die da unterstützt haben. Erhard Thomas hat da eine große Rolle gespielt als späterer Regierungssprecher von Stolpe. Wir hatten eine Expertenkommission, die dann sich bunt zusammengesetzt hat – Regionalausschuss nannte sich das – zwischen Personen aus Berlin und Brandenburg. Ich saß da auch drin.

Dann haben wir ziemlich erfolgreich für die Idee geworben, dass Berlin und Brandenburg zusammenarbeiten müssen, weil wir rein von der geografischen Lage – der Fernsehturm steht mitten in Berlin, aber auch mitten in Brandenburg – aufeinander angewiesen sind. Wir hätten, wenn wir es geteilt hätten, so etwas erlebt, was in Hamburg, Schleswig-Holstein zum Beispiel passiert: Streit um Frequenzen – natürlich überstrahlt man das andere Gebiet auch. Es wäre eine sehr ungute Situation entstanden, wenn Brandenburg eigene Frequenzen gehabt hätte, Berlin eigene Frequenzen und jeweils eine eigene Medienanstalt, die die verteilt. Deswegen haben wir uns für das Modell eingesetzt: Es gibt eine gemeinsame Institution. Insofern auch abweichend von anderen Ländern, dass wir sagen: Es gibt eine gemeinsame Frequenzordnung, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Rundfunk einschließt.

Bei der Diskussion zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Brandenburg haben alle schnell gesagt: Wir wollen nicht beim SFB unterkommen, weil wir da untergebuttert werden, sondern wir wollen einen eigenen Rundfunk Brandenburg schaffen. Was natürlich gleich die Frage stellte: Wie kriegt der Verbreitungsmöglichkeiten. Insofern kam das alles zusammen in der Diskussion. Raus kam letztlich dieser Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg, der schon Vorwirkung hatte. In der Übergangsregelung als Anstalt für Kabelkommunikation Berlin haben wir Frequenzen auch vergeben, die weit nach Brandenburg gegangen sind. Da war das Vertrauen auf der anderen Seite da, dass wir die Interessen von Brandenburg auch berücksichtigen.

Aber zuerst war ganz Berlin?

Zuerst war ganz Berlin. Berlin war dann eine Stadt. Momper war dann Regierender Bürgermeister von ganz Berlin mit der Deutschen Einheit. Das war noch vor dem Medienstaatsvertrag. Dann gab es eine Übergangszeit bis Brandenburg handlungsfähig geworden ist. Da wurde verhandelt zwischen beiden Ländern. Wir waren dann die erste gemeinsame Institution von Berlin und Brandenburg. Das war auch eine sehr spannende Übergangszeit. Es war niemand da. Insofern hatten wir es sehr viel einfacher als im öffentlich-rechtlichen Bereich. Dort war das Problem, da war der SFB als Westberliner Sender. Der schon nicht unbedingt für den Ostteil der Stadt stand.

Und schon gar nicht für Brandenburg.

Und schon gar nicht für Brandenburg. Der damalige Intendant Lojewski hatte die Vorstellung, er gemeindet das alles ein. Das gab natürlich verständliche Widerstände bei den anderen. Es gab für Ostteile Berlins keine Alternative, einen eigenen Sender zu

machen. Das war nicht realistisch. Aber für Brandenburg schon. Es gab verschiedene Optionen. Man hätte sich mit Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern zusammenschließen können, aber es kam dann keine gemeinsame Lösung zustande. Da blieb der SFB für Berlin und der ORB (Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg) wurde neu gegründet mit Herrn von Sell als Gründungsbeauftragten. Nachher kam Hansjürgen Rosenbauer als Intendant für Brandenburg. Die mitteldeutschen Länder haben mit dem MDR eine gemeinsame Lösung geschafft, und der NDR hat Mecklenburg-Vorpommern einkassiert. Das war dann die Ausgangslage, die auch der Medienanstalt ihre Rolle zugewiesen hat. Ich sage mal, ganz anders als bei den Medienanstalten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die standen einem gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegenüber.

Wir waren eine Institution, die für zwei öffentlich-rechtliche Anstalten zuständig war und jetzt zu regeln hatte, dass diese Anstalten auch vernünftig mit Frequenzen ausgestattet wurden, weil in Brandenburg das Problem bestand, dass die Randzonen von Brandenburg von Berlin aus nicht versorgt wurden und hier neue Strukturen aufgebaut werden mussten. Wir haben bewusst dann auch den privaten Rundfunk in Brandenburg erstmals zurückgestellt. Die Priorität war, erstmal dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine vernünftige Versorgung zu verschaffen. Wir haben dann auch eine gemeinsame Gesellschaft gegründet mit dem ORB, nicht mit dem SFB. Der SFB war abgeneigt: Wir können das selber, wir wollen gar nicht. Insofern hatten wir von vornherein eine ziemlich enge Verbindung mit Brandenburg.

Für uns war klar, wenn wir das Vertrauen von Brandenburg haben, dann müssen wir es auch rechtfertigen. Brandenburg ist von vornherein, ich sage mal, der unterlegene Teil in diesem Ballungsraum. Einerseits Berlin, aber zum Ballungsraum Berlin gehört auch teilweise Brandenburg. Das war für uns immer wichtig, dass wir sagen: Wir sind die Medienanstalt von Berlin und Brandenburg und möchten natürlich auch nicht, dass Berlin sich einfach ausdehnt nach Brandenburg und dort die Reichweiten nutzt, sondern dass eben auch in Brandenburg etwas entstehen kann. Wir haben auf der anderen Seite eine positive Entwicklung beim ORB, der neue Sachen entwickeln konnte – flexibler war, weil er eine neuere Institution war als der SFB. Zum Beispiel „Inforadio“ war dann so eine Gründung, die gelungen ist. Ich sage mal, auch dank des ORB und der Frequenzen, die wir dann dem ORB dafür gegeben haben. Während der SFB damals ein Gemeinschaftsprojekt haben wollte mit dem MDR, da hätte es das „Inforadio“ aus Leipzig gegeben. So kam das Inforadio zustande.

Ein eigenes Angebot für Brandenburg.

Eine eigene Anstalt mit eigenen Programmen war auf Dauer nicht unbedingt finanzierbar, aber für deren Anfang, glaube ich, wichtig, dass dieses Land seine Identität fand. Es hat erstaunlicherweise gut funktioniert. Viele dachten, es geht gar nicht, so ein kleines Land mit so wenig Einwohnern. Aber es funktionierte doch. Später war der Druck dann doch da zur Fusion von ORB und SFB. Bei der Medienanstalt war die Situation anders, sie hatte natürlich einen Vorteil: Es gab keine Medienanstalt in Brandenburg. Schwieriger ist es, siehe Hamburg und Schleswig-Holstein, wenn zwei Medienanstalten da sind, die sich fusionieren müssen mit allem, mit Personal. Die haben größere Probleme, als wenn nichts da ist. Und wir waren klein. Wir haben keine Rieseninstitution gehabt wie der SFB, der sich dann ausdehnt. Dadurch, dass wir die Rundfunkversor-

gunsgesellschaft übernommen haben, haben wir auch Brandenburger Interessen und Mitarbeiter aus Brandenburg berücksichtigt.

Welche Rolle spielt denn bei diesem Prozess Professor Benda?

Also Benda war, glaube ich, auch mit dafür maßgeblich, dass auf Brandenburger Seite das Vertrauen da war, dass das eine gute Lösung gibt. Benda kannte ja auch Stolpe von früheren Zeiten her schon. Die haben beide gut miteinander gekonnt. Er war Ministerpräsident in Brandenburg. Wir hatten auch sonst auf Brandenburger Seite Leute, die weitsichtig waren zum Beispiel bei der Zusammensetzung des Medienrats. Es war nicht selbstverständlich, dass sich der Medienrat von fünf auf sieben erweitert. Es wäre schwieriger gewesen, wenn man von fünf auf zwölf oder wie auch immer gegangen wäre. Die vernünftige Haltung war erstmal dieser Institution zu vertrauen und auch letztendlich Benda zu vertrauen, dass es eine vernünftige Lösung gibt. Es war ein neues Konsensmodell erforderlich, das bis heute gilt. Der Vorsitzende muss mit zwei Dritteln von beiden Parlamenten gewählt werden und die jeweils drei Mitglieder aus den Ländern mit einer entsprechenden Mehrheit in den jeweiligen Landesparlamenten. Das hat dann eigentlich auch ganz gut funktioniert. Das war nicht selbstverständlich zu sagen: „Ich überlasse jetzt denen, die auch im Wesentlichen aus dem Westen kommen, unsere Frequenzordnung“.

Er hat sich dafür auch stark gemacht. Er hat sich wohl auch sehr stark in diese ganzen Geschichten hineinversteuert.

Er hat die Gespräche auch mitgeführt. Und ich sage mal, er wurde dann auch gewählt als Vorsitzender des Medienrates von Berlin und Brandenburg. Wir hatten auf der anderen Seite auch andere, die Zusammensetzung des Medienrates war schon ziemlich gut. Wir hatten Frank Dahrendorf als Stellvertretenden Vorsitzenden. Immer Leute mit ausgewiesener journalistischer Kompetenz wie Manfred Rexin, der jetzt leider gestorben ist. Also es war ein Modell, das damals natürlich auch attraktiv war, für Leute reinzugehen, weil es was zu entscheiden gab. Es war umgekehrt auch interessant, was der Medienrat zu tun hatte. Das war eine Herausforderung. Wobei man dann sehen muss, dass das Modell dann an seine Grenzen kommt, wenn es nicht mehr so große Herausforderungen gibt. Damals waren die größten Herausforderungen: Wie mache ich das? Es gab auch viel zu verteilen. Es gab eine ganze Reihe von Hörfrequenzen. Es gab Fernsehfrequenzen, die damals alle viel mehr bedeutsam waren, als sie heute noch sind.

Professor Benda war ja 24 Jahre in dieser Funktion. Das ist eine lange Zeit für Gestaltung. Also man sagte auch, Geschlossenheit nach außen signalisiert Einigkeit in der Sache nach innen. Man hat selten was über Streitigkeiten zwischen dem Direktor und dem Medienrat nach außen vernehmen können.

Wir hatten auch keine. Natürlich waren wir nicht immer einer Auffassung. Ich sage mal, der Direktor hat die Entscheidung vorzubereiten. Es gab einige Bereiche, wo der Medienrat sich relativ wenig gekümmert hat – wie die ganzen technischen Entwicklungen. Es gibt andere, wo der Medienrat die entscheidende Position hatte und ich auch keinen Vorschlag gemacht habe. Also bei den Auswahlverfahren hat jeweils der Medienrat entschieden. Wir haben natürlich aufbereitet, was es zu den Anträgen zu sagen gab, aber nicht gesagt, wir schlagen euch vor den Bewerber X zu nehmen. Das war eine Sache,

die das Gremium gemacht hat. Ich sage mal, Benda hatte hervorragende Fähigkeiten gehabt, auch immer andere einzubeziehen. Er hat nicht dominiert. Aber er hat es gesteuert, dass alle sich mitgenommen fühlten. Natürlich haben wir vorher uns jeweils getroffen und die Sachen vorbesprochen, aber ohne, dass sich die anderen ausgeschlossen gefühlt haben. Also das war schon eine sehr angenehme Art des Arbeitens.

Von daher konnten Sie auch einiges auf den Weg bringen. Trotzdem noch eine Nachfrage: Die rot-grüne Regierung hatte die Absicht, die Strukturen zu verändern. Wie haben Sie das abwenden können?

Letztlich hat uns der Fall der Mauer gerettet. Ich denke, wenn das nicht gekommen wäre, da waren die Mehrheiten, rot-grün ist ja nachher zerbrochen, aber, ich weiß nicht, wie schnell das passiert wäre. Uns hat dieser Einigungsprozess das Modell gerettet.

Die Strukturen blieben bis auf die Erweiterung von fünf auf sieben im Medienrat.

Ja, der Medienstaatsvertrag war sicherlich der modernere Vertrag, jetzt ging es um den Medienrat und nicht um den Kabelrat. Der Vertrag hatte zusätzliche Vorschriften, was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht und wurde damals ausgehandelt zwischen Berlin und Brandenburg. Das war schon ganz professionell.

Also die schlanken Strukturen der Landesmedienanstalt. Sie gelten als Schwabe als sehr sparsam, was das Verausgaben von Geldern angeht. Sie haben nie einen Dienstwagen gehabt im Vergleich zu vielen anderen Direktoren und Präsidenten der anderen Landesmedienanstalten. Das Geld wurde von Ihnen sehr sorgfältig verwaltet. Sie hatten einen Etat von den Rundfunkgebühren so um die sechs Millionen, hatten 13 Beschäftigte.

Na gut, ich meine, wir haben bewusst nicht so expandiert wie andere. Andere haben mehr Mitarbeiter. Gut, wir haben einen Offenen Kanal noch übernommen und wir haben diese Gesellschaft zur Förderung der Rundfunkversorgung übernommen, nicht allein, aber insofern kamen dann schon durch die neuen Aufgaben neue Personen dazu. Aber sonst im Kern waren wir sehr schlank. Als ich den DLM-Vorsitz hatte, hatte ich nur eine Mitarbeiterin, die mich da unterstützt hat und eine Sachbearbeiterin, und das war alles.

Das ist ambitioniert.

Und das in Zeiten, in denen es dann um ziemlich viel ging. Das ging dann auch. Da staunt man dann manchmal, wie es eben auch möglich ist. Aber es hat auch Spaß gemacht mit einer kleinen Mannschaft, mit Frau Grams und Frau Zahrnt. Ich hatte auch nur eine Juristin, andere haben vier oder fünf. Im Prinzip wollten meine Leute das auch lieber so. Deswegen waren wir eine ziemlich schlagkräftige Mannschaft und dadurch, dass es eben auch viel Interessantes zu tun gab, hat sich natürlich ein ganz gutes Klima entwickelt. Also insgesamt hat es, glaube ich, allen Spaß gemacht. Auch wenn es manchmal nach Außen schwierig war, intern hat es immer gut funktioniert.

Sie hatten von Anfang an gleich den Jugendschutz mitbegleitet. Da waren die Vorstellungen, glaube ich, auch und in den Landesmedienanstalten zum Teil sehr unterschiedlich verlaufen. Einige wollten strenge, andere, wie auch Sie, gehörten zu den eher Liberaleren, was die Wahrnehmung des Jugendschutzes anging.

Wie war die Zusammenarbeit unter den Landesmedienanstalten? Ich glaube die Strukturen, der Aufbau der verschiedenen Arbeitskreise, wir haben es schon genannt Werbung, Jugendschutz, dann später Konzentration, Regulierung insgesamt kamen ja viel stärker in den Fokus.

Sie hatten einen besonderen Gegenpart unter den Direktoren im Süden in Bayern bei der BLM sitzen. Vielleicht können Sie das am Beispiel dieser Konzentration von Kirch mit seinen Sendern SAT.1, Pay TV, Lokal TV, ProSieben beschreiben. Kirch hatte dann noch einen Anteil von 40 Prozent beim Springer Verlag, der zur gerichtlichen Auseinandersetzung führte. Dabei ging es vor allem um Sport TV, den sein Sohn Thomas hatte und den er hier in Berlin platzieren wollte. Da hatten Sie dann irgendwann gesagt, so nicht.

Wir hatten da ja verschiedene Formen der Zusammenarbeit. Einerseits konnte ich den Jugendschutz mit aufbauen. Da haben wir auch externen Sachverstand mit dem Professor Schorb einbezogen. Das war eigentlich eine ganz schöne Zeit und war nicht ganz so formalisiert, wie das heute ist. Eine der schwierigsten Formen der Zusammenarbeit war das Medienkonzentrationsrecht, das lag zum Teil natürlich auch an der Gesetzgebung. Die hatte vielleicht einen, aus heutiger Sicht, Anfangsfehler auch vom Bundesverfassungsgericht durchaus mit initiiert. Dass man Vielfalt auch an der Zahl der Beteiligten festgemacht hat. Das Modell beinhaltet die Anbietergemeinschaft, wo möglichst viele zusammen kommen. Was nicht unbedingt zu stabilen Situationen geführt hat, weil natürlich einer versucht hat, dann doch irgendwie die Majorität indirekt zu erhalten.

Man hat nicht allzu viel zugelassen. Es gab die damaligen Konzentrationsvorschriften, die wie gesagt relativ streng waren. Das hat natürlich dann dazu geführt, dass die Unternehmen versucht haben, das zu umgehen. Und jemand der relativ wenig Wert auf Transparenz gelegt hat, war Leo Kirch. Leo Kirch hat im Hintergrund schon hinter SAT.1 gestanden, aber formell war er nie der Mehrheitseigentümer. Er hat sich mit den Zeitungsverlegern zusammengetan. PKS stammt noch aus der Zeit, Herr Doetz hat Ihnen sicher auch erzählt, wie das alles war. Aber Kirch war natürlich erstmals derjenige, der im Hintergrund mit Programmervorräten stand, das war ja sein eigentliches Ziel, seine Programmervorräte nicht nur über ZDF und ARD, sondern eben auch über diese privaten Sender auszustrahlen. Dann kam zusätzliche Macht dadurch bei den Sendern an, dass die Reichweiten explodiert sind. Das hatten wir erstmals mit den terrestrischen Frequenzen. Dann kam der direktstrahlende Satellit. Also sie wurden immer wichtiger und konnten auch immer mehr ins Programm investieren und haben übrigens auch mehr investiert in den Ländern. Ich meine, deswegen gab es auch diese Ansiedlungsprozesse.

Standortpolitik.

Standortpolitik. Also Kirch hat ziemlich viel aufgebaut in München und Umgebung. Auf der anderen Seite RTL in Köln. Es ist Clement gelungen, RTL von Luxemburg nach Köln zu verlagern, indem er ihnen indirekt die Frequenzen in Nordrhein-Westfalen, die besonders wertvoll waren von der Reichweite her dank Bevölkerungszahl, verschafft hat. Also insofern war da inzwischen eine ganz andere Landschaft entstanden und dann die Frage: Was dürfen die? Es war klar jemand darf nur ein großes Programm haben. Das hatte Leo Kirch mit SAT.1. Dann kam ProSieben dazu. ProSieben war in Schleswig-Holstein zugelassen und da war der Sohn von Leo Kirch beteiligt, Thomas Kirch. Der formell angeblich, wenn man nachfragte, überhaupt nichts zu tun hatte mit seinem Vater außer

dem Verwandtschaftsgrad, und dann kam noch das Deutsche Sportfernsehen. Tele5 früher, das wurde umgewandelt in das Deutsche Sportfernsehen. Da tauchte dann auch noch plötzlich Berlusconi auf.

Also es war eine Situation, wo wir uns immer im Direktorenkreis abgestimmt haben. Es gab eine Arbeitsgruppe Vielfaltssicherung, da wurden die Fälle alle besprochen. Da gab es durchaus schon Kritik: Ist das alles richtig, was uns da vorgeführt wird? Aus Bayern kamen immer Vorlagen, das ist alles nachvollziehbar, was die sagen. Im Fall des Deutschen Sportfernsehens haben wir dann gesagt, also weniger wegen des Deutschen Sportfernsehens, sondern wegen der schon anzuzweifelnden Situation bei ProSieben, dass wir hier eine Situation haben, die mit dem Rundfunkstaatsvertrag nicht vereinbar ist. Dann gab es praktisch eine Aktion zum Jahresende 1992. Da hat Herr Ring die dann zugelassen und wir haben dann dagegen geklagt. Es war eine der größten Auseinandersetzungen, die wir hatten innerhalb der Medienanstalten. Letztlich haben wir zwar vor den Verwaltungsgerichten gewonnen, weil wir sagten, es muss einmal „nein“ gesagt werden. Wenn sie so wollen, ist es eine ähnliche Situation gewesen, wie sie später die KEK mal hatte, als der Springer Verlag ProSieben SAT.1 übernehmen wollte. Als die auch einmal gesagt haben, jetzt müssen wir auch mal „nein“ sagen. Es muss auch mal eine Situation geben, wo wir sagen: „Das ist nicht richtig“. Das Recht muss angewandt werden und wir werden nur dann ernst genommen, wenn wir das auch mal tun und nicht immer sagen: „Das ist gut. Wir können nicht feststellen, dass da irgendetwas nicht stimmt. Also akzeptieren wir das alles“. Wie gesagt, im Endergebnis haben wir damit keinen Erfolg gehabt, weil der Bayerische Verfassungsgerichtshof dann diese Sache aufgehoben hat. Später ging es an das Bundesverfassungsgericht, dann an das Bundesverwaltungsgericht. Also im Prinzip sind wir nachher juristisch bestätigt worden, aber inzwischen gab es praktisch die Amnestie, die das alles zugelassen hat.

Also für uns war es wichtig zu sagen: „Zeigen wir's mal“. Insofern hat es, wenn Sie so wollen, sowohl Herrn Ring als auch uns genutzt. Wir haben gezeigt, wir lassen nicht alles mit uns machen. Nachher hatte ich auch ein relativ gutes Verhältnis zu Herrn Kirch. Also wenn sie sich alles gefallen lassen, werden sie auch nicht unbedingt anerkannt. Ich bin zwar allein erst mal unter den Medienanstalten, aber insgesamt kann ich mich eher zeigen. Damals gab es eine Konzentrationsdebatte und zu Recht. Ich meine, parallel gab es Murdoch und es gab Berlusconi. Es war die große Zeit der Medienmogule. Herr Kirch hatte schon ziemlich großen Einfluss dadurch, dass er im Springer Verlag 40 Prozent hatte. Wenn jetzt Herr Döpfner nicht gewesen wäre und Frau Friede Springer, dann hätte er das auch mit übernehmen können. Er war schon ziemlich mächtig und damals auch ziemlich eng befreundet mit dem Bundeskanzler Kohl. Es war schon eine Situation, die kritisch war.

Deswegen, denke ich, war die Debatte damals zu Recht. Es wurde dann auch anders geregelt. Im Prinzip hat die Politik die Folgerung daraus gezogen, dass sie eine Amnestie erlässt. Auch Bertelsmann hatte Sachen gemacht, die nicht ganz kosher waren. Bloß auf der ProSieben-SAT.1-Seite war es eher mehr. Nachher kam ja auch heraus, dass ProSieben nicht von Thomas Kirch kontrolliert wurde, auch nicht von Herrn Wehking, der damals formell eine Rolle als Gesellschafter spielte, sondern dass das zu Kirch gehört.

Später kam dann Herr Kofler zu uns und sagte: „Ich möchte meine Lizenz jetzt in Berlin-Brandenburg haben“, weil er dann einen Aktiengang plante und für einen Aktiengang war eine gewisse Transparenz erforderlich. Deswegen kam er dann, nachdem er sich auch über andere Sachen in Schleswig-Holstein geärgert hatte, weil die ihn, glaube ich, mehr kontrollieren wollten in programmlicher Hinsicht, kam er dann mit der Lizenz nach Berlin-Brandenburg. Insofern ist heute noch Berlin für die Lizenz für ProSieben zuständig. SAT.1 hatte zwischenzeitlich auch mal in Berlin seinen Sitz.

Aber innerhalb der Direktorenkonferenz kochte es?

Da kochte es. Das war eine Auseinandersetzung. Ironischerweise war ich damals auch noch Vorsitzender. Das muss ich Herrn Ring anrechnen, dass ich trotzdem akzeptiert wurde als Vorsitzender. Ich bin dann trotzdem etwas vorzeitig zurückgetreten wegen der Auseinandersetzung. Das war aber später. Also im Prinzip ging es da ziemlich zur Sache, aber es lag natürlich auch an einem Recht, das sicher zu wenig Spielräume ließ. Und es lag natürlich an der Standortpolitik. Herr Ring und damals gab es ja noch Herrn Stoiber, die haben natürlich sehr profitiert von Herrn Kirch, damals in der Aufbauphase.

Ähnliches galt dann für RTL in Nordrhein-Westfalen, dass da nicht immer richtig hingeguckt wurde. Das wäre wahrscheinlich im Kartellrecht genauso gewesen, wenn die Landeskartellbehörde in Baden-Württemberg für Daimler-Benz zuständig gewesen wäre, das wäre auch keine besonders effiziente Aufsicht dagewesen. Das lag am System. Man hat dann insgesamt, nachdem das Recht neu geordnet wurde, die Konzentrationskontrolle zurückgefahren.

Und auch die Standortpolitik war danach kein Thema mehr.

Sie war erstmal kein Thema, weil das Recht so großzügig war. Ich habe letztens erst ein Interview mit Herrn Schneider gelesen, der hat das eigentlich ganz gut dargestellt. Also dass praktisch die Grenzen in dem Kompromiss von Bad Neuenahr, den Clement und Stoiber ausgehandelt hatten, in den Standortländern die Konzentrationsgrenzen so hoch gesetzt worden sind, dass kein Problem mehr entstanden ist. Da ist das Marktanteilsmodell eingeführt worden mit 30 Prozent Marktanteil, die niemand erreicht hat. Insofern haben die auch so viel Möglichkeiten erhalten, dass da kein großes Problem mehr war. Die Standortpolitik hat sich durchgesetzt, indem sie das Recht geändert hat. So hat man anstelle der Medienanstalten, die eben von der Struktur her auch nicht geeignet waren, das zu regeln, weil natürlich da unterschiedliche Interessen kamen, die KEK geschaffen. Die als neues Organ dafür zuständig wurde.

Sie haben die Direktorenkonferenz als Vorsitzender verlassen und haben den Vorsitzenden in einem anderen Bereich, dem „digitalen Zugang“, übernommen. In diesem Bereich sind Sie dann bis zum Schluss auch geblieben. Sie sind als der „Digitalisierer“ unter den Landesmedienanstalten bekannt. Bevor wir inhaltlich darauf kommen, würde ich gern von Ihnen wissen wollen, wie kommt ein Jurist zu so einen tiefen Sachverstand im technischen Bereich, den Sie vorangetrieben und immer wieder Neues ausprobiert haben? Vielleicht liegt es auch dran, dass Sie schon bei der Wellenkonferenz 1984 dabei gewesen sind. Das müssen Sie ein bisschen erläutern.

Also gut. Als ich 1983 angefangen habe, hieß alles neue Medien und es gab noch Bildschirmtext und solche Sachen, da war es schon bei der Auswahl für mich wichtig zu

sagen, es gibt hier neue Verbreitungsmöglichkeiten. Die muss ich verstehen. Ich muss verstehen, was kann ein Bildschirmtext. Was kann damals Videotext und was kann Kabelfernsehen? Das war immer eine interessante Frage: Wie funktioniert das alles? Weil die Technik entscheidet sehr drüber, wie die Rundfunklandschaft funktioniert. Das war damals schon bei der Kabelzentrale eine Frage. Niemand von uns hat sich vorstellen können, was heute über Kabel alles möglich ist. Damals gab es schon die Diskussion über Glasfaser oder Kupfer. Aber dass selbst die Telefondrähte mal so viel übertragen könnten, und das Internet war natürlich auch nicht vorstellbar. Wenn Sie überlegen, was damals die Länder mit Bildschirmtext geregelt haben. Aber es war und ist heute natürlich noch eine sehr spannende Zeit. Gerade wenn ich auch die Rundfunkregulierungsaufgaben habe, muss ich als Grundlage möglichst viel wissen, über das, wie es dahinter funktioniert. Da gab es ganz praktische Fragen nach Frequenzen und Reichweiten. Das war wichtig zu fragen, wie funktioniert das? Wie komme ich dahin, dass ich eine Frequenz finde? Wie funktionieren überhaupt Frequenzen? Deswegen habe ich mich immer darum gekümmert. Und es war auch immer spannend, wie funktioniert Technik und wo kann ich vielleicht die Technik so nutzen, dass sie auch der Vielfalt dient. Wie kann ich dann neue Möglichkeiten nutzen und wie kann ich auf der anderen Seite Regeln finden, die den sinnvollen Gebrauch neuer Möglichkeiten erlauben.

Also 1997 war das Internet eingeführt. Dann hatte auch die Landesmedienanstalt eine eigene Homepage. Seitdem kann man da u. a. die Pressemeldungen abrufen. Sie sind dann sichtbar gewesen.

Gut, aber da haben wir nicht mehr gemacht als andere. 1995 war für mich insofern eine ganz interessante Zeit, die Konzentrationsdebatte war praktisch gelaufen. 1995 als ich dann da ausgeschieden bin als Vorsitzender, da war die Frage, was macht man dann? Da hat das digitale Fernsehen angefangen. Sie haben noch nicht gesendet, aber es kam dann wieder Herr Kirch mit DF1. Es gab dann den erfolgreichen Versuch von Murdoch, über das digitale Fernsehen die Fernsehlandschaft zu verändern. Das ist in Großbritannien gelungen auch über die vielen Set-Top-Boxen. Herr Kirch hatte auch mal eine Million Set-Top-Boxen bestellt.

Also noch ein bisschen zur Erklärung. Das Überallfernsehen, DVB-T, das man über die Set-Top-Boxen empfangen kann.

DVB-T kam erst später. DVB-T ist eigentlich auch eine Nischentechnologie. Das eigentliche digitale Fernsehen kam über Satellit und Kabel. Es hat sich dann auch sehr verändert. In den 1990er Jahren ging die Zahl der terrestrischen Haushalte immer weiter zurück. Kabel und Satellit waren die Hauptübertragungswege, allerdings mit dem Problem, dass da nicht genügend Kapazitäten da waren im Kabel. Die Medienanstalten hatten dann eine ganze Weile Mangelverwaltung in Kabel und digital hatte erstmals den Vorteil, dass man viel mehr Übertragungsmöglichkeiten hat. Es hat aber den Nachteil, dass ich extra Geräte brauche. Das ist die Anfangsvoraussetzung gewesen. Wenn ich kein digitales Empfangsgerät habe, kann ich digitales Fernsehen nicht empfangen. Die Fernsehgeräte damals konnten das alle nicht. Also brauchte ich Set-Top-Boxen, mit denen ich die Sachen empfangen. Die waren auch noch relativ teuer. Deswegen hat digitales Fernsehen angefangen mit Pay-TV. Das war eine ganz natürliche Entwicklung überall. Weil, ich sage mal, die Programme, das ist so eine Henne-Ei-Problem. Auch

wenn sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehen. Der hat am Anfang zwar ziemlich bald gesagt: Wir müssen auch dabei sein, wir machen digitale Programme, aber die haben letztlich nur aus Wiederholungen bestanden. Umgekehrt investiert jeder Programmensch dort, wo er viele Zuschauer hat und nicht dort, wo er den Nischenkanal hat.

Also hat es relativ lange gedauert, bis digitales Fernsehen sozusagen im Free TV angekommen ist und große Reichweiten hatte, aber es hatte natürlich große Möglichkeiten im Fernsehen, weil sie jetzt zum Beispiel alle Fußballspiele übertragen konnten. Was im analogen Bereich nicht ging. Da haben sie einen einzigen Kanal gehabt, Premiere, und da können Sie ein Spiel übertragen und nicht mehr. Also hat digitales Fernsehen angefangen mit dem Pay-TV. Und dann entstand natürlich das Problem, dass es auch subventionierte Set-Top-Boxen gab und diese Set-Top-Boxen Steuerungsmöglichkeiten haben, eine Navigation darin war. Also es gab ein potenzielles Problem, dass jemand alles dominiert. Das ist in Großbritannien gelungen. In Deutschland ist es Herrn Kirch nicht gelungen, weil er auch nicht so erfolgreich war im digitalen Fernsehen und letztlich auch gescheitert ist. Das war die Ursache letztlich für seine Insolvenz, dass er da zu viel investiert hat und zu wenig zurückbekommen hat.

Und auch das Angebot in Deutschland war ein anderes im Fernsehbereich.

War ein anderes dadurch, dass es viel Expansion im Free-TV gab. Die Privaten haben immer mehr Kanäle gegründet, was digital auch noch ging. Und dann haben wir natürlich auch parallel die Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Rundfunkgebühr ist ja ziemlich gestiegen in der Zeit. Also konnten die auch immer mehr Kanäle machen. Deswegen wurde das Pay-TV nicht so interessant. Aber in Großbritannien kriegen Sie viel weniger Filme über Free-TV als in Deutschland. Deswegen ist es in Deutschland auch lange Zeit ziemlich schwierig gewesen.

Inzwischen hat jedes Fernsehgerät einen Empfänger für Digitalfernsehen. Da gibt es noch einen Regulierungsbedarf bei Navigatoren, aber das ist relativ wenig, weil inzwischen die Möglichkeiten der Zuschauer größer sind.

DVB-T war letztlich eine Folge des Erfolges der anderen Übertragungswege. Bei DVB-T war die Frage, ob ich überhaupt noch Terrestrik brauche. Wenn ich die Gesamtentwicklung sehe, hat es damit angefangen, dass die Fernsehfrequenzen sehr wertvoll waren. Damals waren noch ziemlich viele Haushalte eben nicht am Kabel und nicht am Satelliten. Über den Direktempfang haben dann doch viele Haushalte, gerade in den ländlichen Gegenden, den Antennenempfang aufgegeben. Terrestik in Berlin ging so weit zurück, dass die ersten ihre Frequenzen zurückgegeben haben. N-TV war der erste, der gesagt hat: Es lohnt sich nicht mehr. Es ist zu teuer. Denn die Frequenzen sind relativ teuer und je weniger dann tatsächlich erreicht werden, dann ist eben die Frage: Läuft das Ding aus? Da in Berlin damals das Internet noch nicht da war als Übertragungsweg, war für uns die Frage: Erhalte ich diesen Weg?

Das war ein relativ schmales Zeitfenster, wo das möglich war.

Schmales Zeitfenster, ja. Da ist die Frage entweder das Ding läuft aus und Berlin ist eine Kabelstadt, wo 80 Prozent am Kabel hängen. Nun müssen die Haushalte zum

Kabel gehen und bezahlen. Das war dann von der Kommunikation her auch, sage ich mal, die Möglichkeit zu sagen, ich erhalte den Weg, aber ich erhalte ihn nur, wenn ich den anderen abschalte. Es war klar, ich brauche ein attraktives Angebot, ich kann nicht beides parallel machen. Also das Problem, was heute noch DAB hat, wenn ich Kosten für beides tragen muss. Die TV-Veranstalter zahlen nicht beides, weil es dann teurer ist als bisher. Für den Verbraucher ist es nicht interessant, wenn ich zu wenig Programme habe. Die Dritten Programme, Kabel 1, RTL 2, Super RTL gab es nicht über Terrestrik. Ich muss den Haushalten mehr Programme geben und das Grundmodell war dafür: Du zahlst einmal eine damals ziemlich teure Set-Top-Box, aber dafür zahlst du keine Kabelgebühr.

Ich versuchte es, wir wussten nicht, was rauskommt. Also der Markt muss es testen. Ich wusste natürlich einerseits, dass die Politiker erstmal alle Angst hatten. Du schaltest Fernsehen ab. Also die haben dann nichts und auch die Armen haben nichts und die Behinderten, usw. Da gab es natürlich schon einige Sorgen. Wir haben die Verantwortung übernommen, zu sagen: Wir organisieren das, wir kommunizieren das. Wir kommunizieren nicht, geht alle zu Terrestrik, sondern ihr habt auch Kabel und Satellit, aber wir erklären euch, warum wir abschalten. Das war der Hauptteil der Kommunikationskampagne. Es ist dann viel besser gegangen als viele gedacht haben. Viele dachten, es gibt einen Volksaufstand. Wir haben natürlich schon dafür gesorgt, dass es für Sozialschwache sozialverträgliche Lösungen gab. Dann haben wir, damit wir die Privaten dazu kriegen, denen zusätzlich einen Teil der Senderkosten finanziert. Bei denen war es nicht selbstverständlich. Die hätten sagen können: „Wir machen nicht mit“. Wenn wir abschalten, dann gehen die Leute eben zu Kabel und Satellit. Also Reichweite verlieren wir letztlich nicht.

Wir hatten Interesse daran, dass es einen weiteren Übertragungsweg gab. Deswegen haben wir das subventioniert. Was später dann die EU-Kommission beanstandet hat. Aber es hatte den positiven Nebeneffekt, dass wir das Geld zurückgekriegt haben. Weil es erfolgreich war, haben die Privaten auch nicht abgeschaltet. Das Risiko war, wir haben eine Vereinbarung gemacht: „Ihr müsst fünf Jahre senden“. Niemand wusste, was dann passiert. Also wie viele Leute das wirklich nehmen. Es hätte sein können, dass ziemlich wenige DVB-T nehmen und es eigentlich unwirtschaftlich ist DVB-T zu senden. Aber wenn jemand 200 Euro für eine Set-Top-Box ausgegeben hat und nachher gar nichts empfängt, wird er wohl zu Recht ärgerlich. Deswegen haben wir eine Vereinbarung geschlossen: „Fünf Jahre müsst ihr mindestens senden. Dafür ersparen wir euch einen Teil der Senderkosten“.

Ja, aber Sie haben auch alle beteiligt, haben die Öffentlich-Rechtlichen wie die Privaten an einen Tisch bekommen.

Ja, das war für die Öffentlich-Rechtlichen auch leichter zu sagen: „Macht das mal in Berlin“. Also, bundesweit wäre das nicht möglich gewesen. Einer der Vorteile des Föderalismus: Sie können allein probieren und wenn es schief geht, dann sind es eben die Berliner und den anderen tut es nicht so weh. Aber dann haben wir einen Erkenntnisgewinn. Wir haben natürlich mit unserer Technikgesellschaft geworben für alle. Der SFB musste ein bisschen geschubst werden von den anderen ARD-Anstalten, weil er selber es nicht gemacht hätte. Aber die anderen waren auch schon interessiert – Herr Pleitgen und andere.

Also an dem Versuch waren sie alle interessiert?

An dem Versuch waren sie interessiert und zu sagen: „Gut, die Berliner machen das. Wenn es schief geht, dann sind es eben die. Wenn es gut geht, dann machen wir das auch“.

Das ist sehr gut gegangen.

Es ist besser gegangen, als wir gedacht haben.

Bis das gekippt wurde, da waren sie in trockenen Tüchern quasi.

Insofern hat sich das Risiko, das wir hatten, dann nicht realisiert. Das wäre gewesen, wenn die Privaten gesagt hätten: „Jetzt schalten wir ab“. Das haben sie aber nicht gemacht. Obwohl sie die Subvention, die wir gegeben haben, haben zurückzahlen müssen zum größten Teil. Insofern hat dann die Medienanstalt Geld gehabt und konnte damit ein Medieninnovationszentrum gründen. Also das ist so ein gewisser Zusammenhang, weil DVB-T unser größtes Projekt war.

Aber der Vorteil war noch ein anderer. Durch das Abschalten der analogen Frequenzen haben Sie dann noch Spielräume neu dazugewonnen.

Na gut, wir haben das Geld zurückgekriegt. DVB-T war dann schon für uns ein Erfolgsmodell, weil es in Berlin doch ziemlich viele akzeptiert haben. Also mehr als gedacht. Es ging reibungsloser über die Bühne, als von vielen erwartet. Dann kam Nordrhein-Westfalen. Inzwischen ist es überall abgeschaltet. Bloß jetzt stellen sich neue Fragen mit DVB-T 2 und so weiter. Wie geht es da weiter? Wir hätten uns nicht so reingehängt, wenn es das Modell gewesen wäre, das wir nach der EU-Kommission damals eigentlich hätten machen müssen, das Modell: „Lasst die Leute zahlen. Macht so eine Art Kabel light, wo man nicht so viel zahlt wie bei Kabel, aber auch weniger Programme kriegt“. Das war die Vorstellung der EU-Kommission, wie es hätte laufen müssen. Das hätten wir nicht gemacht. Die Leute hatten freies Fernsehen, die waren daran gewöhnt. Und es war niemand da, der bereit war damals: Ich verbreite jetzt Set-Top-Boxen und dafür müsst ihr Leute so und so viel Euro im Monat zahlen. Also wie es jetzt praktisch läuft bei Media Broadcast. Also das wäre damals nicht gegangen. Die Attraktivität war auch für die Verbraucher zu sagen, diejenigen insbesondere Alleinhaushalte oder Jüngere, Studenten und so weiter, die haben DVB-T und zahlen nichts. Das war das Modell. Und das hat gut funktioniert, weil es einen gewissen Unmut immer auch über Kabel gab, weil ein Teil der Haushalte gar keine freie Entscheidung hatte, ob er Kabel zahlt oder nicht.

Wir haben das Überallfernsehen jetzt besprochen und wir haben jetzt nochmal das Thema Brandenburg, welches als Versorgungsgebiet dazugekommen ist. Dort gab es ganz wenig an Frequenzen sowohl für den Hörfunk als auch für das Fernsehen. Wie sind Sie an diese Aufgabe herangegangen?

Also in Brandenburg gab es schon Frequenzen. Ich sage mal, zunächst mal für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der dann flächendeckend verbreitet werden kann. Für Radio ist eine Frequenz immer noch die wichtigste Verbreitungsform. Für Fernsehen haben Frequenzen da weniger eine Rolle gespielt, weil Brandenburg eigentlich Satellitenland ist. Dort wo Kabel nicht ist, kommt der Satellit hin. Insofern gab es da keinen Bedarf mehr. Beim Radio fing es schon an, dass wir eine flächendeckende Kette für

Brandenburg vergeben haben und es schwierig war, frequenzmäßig weitere flächendeckende Frequenzen zu vergeben.

Auf der anderen Seite lohnt es sich nicht unbedingt, bei den dünnbesiedelten Regionen für private Veranstalter dort zu verbreiten. In Cottbus und Frankfurt (Oder) haben wir mehr private Programme, aber die sind nicht flächendeckend. Insofern hat sich das fast selber reguliert. Interessant ist für jeden Veranstalter der Ballungsraum um Berlin, weil man mit einer Frequenz sehr viele erreicht und dann eben noch die größeren Städte, die im Verhältnis zu anderen gar nicht so groß sind. Dann gibt es eben Gebiete wie Uckermark oder Prignitz, wo es ziemlich wenig Einwohner je Quadratkilometer gibt. Da ist es natürlich für private Veranstalter nicht so interessant.

Was parallel im Fernsehen sich entwickelt hat – und zwar zunächst einmal auch ohne, dass wir es zugelassen haben –, sind die Lokalveranstalter, die im Kabel verbreiten. Lokale Fernsehprogramme, die dann erst durch uns lizenziert wurden – meistens erstmal für zwei Jahre auf Probe. Sehr viele, die hier ihre neue Existenz aufgebaut haben. Was erstaunlich gut, sage ich mal, überlebt hat – immer auch mit Selbstausschöpfung, manche Förderungen aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, manchmal auch in Synergie mit Werbeagenturen oder teilweise haben Kabelgesellschaften sich selber daran beteiligt. Was aber eine Herausforderung bis heute ist: Wie kann lokales Fernsehen finanziert werden? Es ist ähnlich wie bei Werbeblättchen: Ich kann natürlich mit geringer Reichweite kein sehr aufwendiges Programm finanzieren. Trotzdem, die mabb hat immer versucht, das zu unterstützen. Sie darf das Programm finanziell nicht unterstützen, anders als in Bayern, aber sie kann die Verbreitung unterstützen. Da haben wir ihnen auch sehr geholfen, die digitalen Möglichkeiten zu nutzen. Wir haben viel investiert in die Ausbildung und Weiterbildung von Beschäftigten bei den Lokalveranstaltern. Wir haben ihnen dann auch noch die Verbreitung über Satellit ermöglicht. Allerdings auf einem Kanal, was dann auch Zeitpartagierung heißt. Was natürlich auch nicht ganz einfach ist: Wer sucht den Kanal, wer findet ihn? Eine bleibende Herausforderung, die sich inzwischen fast noch ausdehnt auf die anderen lokalen Medien, weil auch die Zeitungen im lokalen Bereich Schwierigkeiten haben, dadurch, dass eben die Akzeptanz nachlässt, die Bevölkerung eher sinkt. Es ist ein extrem schwieriges Thema, weil lokale Kommunikation natürlich sehr wichtig ist für ein Flächenland, aber es privat zu finanzieren wird auch zunehmend schwieriger. Da gibt es auch heute noch Herausforderungen und Vorschläge, es doch zu finanzieren aus einem Teil des Rundfunkbeitrages. Da bin ich jetzt nicht mehr beteiligt.

Jetzt kommen wir noch zum Punkt: der Offene Kanal. Der wurde 1985 gegründet – gleich zu Beginn. Damals, wenn ich mich recht erinnere, noch als klassischer Offener Kanal im Kabel, aber auch schon mit Hörfunk?

Nein, Hörfunk über UKW kam später.

Zunächst mal war der Offene Kanal Bestandteil des Kabelpilotprojektes, übrigens wie bei den anderen Kabelpilotprojekten, außer in München, da gab es das nicht. Aber bei den anderen beiden gab es einen Offenen Kanal. Der Erste war in Ludwigshafen. Herr Schurig war Offener-Kanal-Beauftragter der Medienanstalten und hat sich für einen Offenen Kanal auch in Baden-Württemberg eingesetzt.

Er war sehr interessiert.

Aber es gab keinen.

Ein Ministerpräsident Späth wollte keinen.

Der Offene Kanal konnte erst nur aus dem Kabelgroschen finanziert werden. Deswegen waren wir in Berlin vorne dran.

Aber es war immer auch klar, dass der Offene Kanal deswegen die Möglichkeit bekommt in den Kabelpilotprojekten, weil man ihn, sozusagen, als Feigenblatt für die Kommerzialisierung benutzen konnte.

Es war umstritten, was man alles macht. Es gab ja dann auch vielleicht übertriebene Hoffnungen. Es gab ja das amerikanische Modell „Public Access“, dort mussten damals die Kabelgesellschaften bezahlen, dafür dass sie kommerzielle Sachen machen durften. Es sollte dann so etwas auch für Bürger da sein. Wie gesagt, Berlin ist eigentlich ein idealer Standort, weil hier ein relativ großes Kabelnetz ist und auch viele Leute, die es nutzen können. So ist es gestartet. Dann hat, weil dann die Neufinanzierung mit den zwei Prozent kam und die alte über die Projektgesellschaft auslief, hat die Anstalt für Kabelkommunikation den Offenen Kanal übernommen und auch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hat ihn fortgeführt.

Wobei damals natürlich die Frage war: „Gibt es so was auch in Brandenburg?“. Und da war eine klare Entscheidung in Brandenburg „Nein, wollen wir nicht. Wir haben unseren Lokal-TV-Veranstalter. Da brauchen wir nicht nebenher Offene Kanäle. Zumal die Kabelnetze relativ klein sind. Theoretisch gibt es die Möglichkeit, aber die Bedingungen sind so hart, dass es nie zustande kommt. Also nicht das rheinland-pfälzische Modell, wo Offene Kanäle praktisch eine Art Lokal-TV sind. Das war in Brandenburg nicht. Also blieb eben Berlin. Das war einer der Gründe, zu sagen: „Ihr gebt für den Offenen Kanal Berlin so viel Geld aus, was tut ihr denn in Brandenburg?“. Das war dann auch einer der Gründe, hatte ich vorhin vergessen, mit ems und MIZ, weil da ja eine gewisse Unwucht war durch den Offenen Kanal Berlin. Der auch nur in Berlin verbreitet wird – auch inzwischen im Internet natürlich.

Den Medienrat hat der Offene Kanal lange gar nicht so richtig interessiert. Außer wenn es Konflikte gab, z.B. im türkisch/kurdischen Bereich oder bei rechtslastigen Sendungen, wo auch mal Grenzüberschreitungen waren oder geprüft werden mussten.

Der Offene Kanal wurde mehr zum Thema, als Herr Linke (der langjährige Leiter) langsam dem Ruhestand entgegen ging. Wie geht es eigentlich weiter? Dann kam unsere Analyse. Wir hatten uns auch personell verstärkt; Frau Heinze hat das alles übernommen und dann auch noch die Medienkompetenz und gefragt: „Was machen wir eigentlich mit dem Kanal? Erreicht der noch das, was er eigentlich machen soll? Eigentlich ist es nicht nur so, dass Leute sich selber bei der Produktion beglücken sollen, sondern irgendwo soll er auch eine gewisse Relevanz haben. Eine Erweiterung noch zu Herrn Linkes Zeiten war, dass wir dazu übergegangen sind, Ereignisse zu übertragen. Das war eine Idee eigentlich von Herrn Rexin, die wir umgesetzt haben. Dass wir das, was Phoenix im großen Umfang macht, im kleinen Umfang machen mit Kulturveranstaltungen, Stiftungen und so weiter und es gleichzeitig nutzen für die Weiterbildung von Mitarbeitern.

Deswegen ist ein großer Teil dieses Ereignisfernsehens auch heute noch Bestandteil von „Alex“. Zu sagen: Wir sind ein Lokalkanal, der Sachen bringt, die andere nicht bringen können und die der RBB auch nicht bringt. Inzwischen übertragen wir auch die Parlamentssitzungen, die Abgeordnetenhaussitzungen in Berlin, weil der RBB sich daraus zurückgezogen hat. Das ist auch eine Form, die uns sicher auch genutzt hat bei den Abgeordneten, das ist eine sehr ansprechende Form. Eben nicht klassischer Offener Kanal – nur die Kamera drauf halten –, sondern schon gut gemacht. Das machen wir mit anderen Ereignissen auch.

Dann haben wir uns auch entschieden mit Herrn Bach, der inzwischen auch schon zehn Jahre da ist, den Offenen Kanal hin zur neuen Marke „Alex“ zu entwickeln. Trotzdem gibt es nach wie vor chancengleiche Zugänge, aber nicht mehr das Prinzip der Schlange, das den Kanal unattraktiv und undurchschaubar macht. Mit einem Qualitätsmanagement und festen Sendezeiten nach klaren Kriterien haben wir dafür gesorgt, dass der Kanal mehr gesehen wird. Früher wäre das ein Sakrileg gewesen. So haben wir eine Chance im digitalen Zeitalter, weil man leichter findet, was auch Leute interessiert. „Alex“ nutzt auch Facebook und Twitter und so weiter. Wir haben einen Schwerpunkt im Bereich Musik. Berlin hat eine große Musikszene. So hat sich „Alex“ eben neue Sachen erschlossen. Auch die Mannschaft, die sich ein bisschen in Resignation zurückgezogen hatte, hat einen neuen Aufschwung erlebt.

Das heißt, durch den Personalwechsel hat man nochmal eine Revision gemacht und hat eine Neuausrichtung beschlossen.

Neuausrichtung, neues Logo, neue Technik und inzwischen auch einen neuen Standort. Es ist jetzt ein attraktiverer Standort in der Rudolphhalle in Kreuzberg, Warschauer Straße.

Und gleichzeitig ist „Alex“ in den ganzen sozialen Medien stark präsent.

Ja, weil wir natürlich die Herausforderung haben, wozu brauche ich so was noch im Zeitalter des Internets. Das Internet ist ein riesiger Offener Kanal, wenn man so will. Von der Grundidee her kann ich heute viel mehr machen und viel mehr Leute erreichen, als sich je jemand vorgestellt hat damals. Wobei das wie gesagt, bei längeren Formaten, auch eine Überschätzung ist. Wir haben auch viel überlegt, was kann man in Brandenburg noch zusätzlich machen. Wo kann ich Partizipation von Bürgern fördern? Da ist natürlich schon eine Antwort, dass Video vielleicht die schwierigste Form ist, in der sich jemand ausdrücken kann. Bei vielen Sachen, lokale Kommunikation, reicht es aus, wenn sie Fotos und Text haben. Das kann jeder. Außerdem gibt es da schon Facebook-Gruppen, über die das lokale Feuerwehrfest wunderbar kommuniziert werden kann. Da brauchen wir keinen Offenen Kanal und keine Plattform, die von der Medienanstalt bereitgestellt wird.

Wir haben jetzt viele Bereiche gestreift, fehlt Ihnen noch etwas, was für Sie noch besonders wichtig wäre, dass wir das noch erörtern, bevor wir zur Conclusio kommen. Vielleicht davor noch ein Punkt. Sie wollten eigentlich schon 2014 die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg aus Altersgründen verlassen. Das hat sich dann doch um einiges verzögert. Da kommt wieder dieser Föderalismus durch. Also erzählen Sie mal.

Also der Direktor wird vom Medienrat gewählt. Dieser Prozess der Zusammensetzung des Medienrates war nicht ganz einfach, auch früher nicht. Zwei-Drittel-Mehrheiten in zwei Parlamenten sind nicht ganz einfach zu gewinnen. Inzwischen gibt es noch mehr Parteien in den Parlamenten und das Verhältnis zwischen Berlin und Brandenburg ist auch nicht immer spannungsfrei. Insofern hat das mit dem Medienrat schon relativ lange gedauert. Ich hatte vielleicht den Fehler gemacht zu sagen: „Eigentlich soll der neue Medienrat, der dann kommt, über meine Nachfolge entscheiden und nicht der alte“. Das hat sich eben dadurch verzögert. Ich hatte einen Vertrag, wie ihn andere Direktoren ähnlich auch haben, dass man so lange arbeiten muss, bis die Nachfolge geregelt ist. Das hat länger gedauert als gedacht. Deswegen musste ich noch etwas länger machen, was nicht nur angenehm war, weil man dann nicht mehr so ganz was Neues anschieben kann.

Sie waren ein Direktor mit Handbremse.

Ja, weil es natürlich auch in der Zusammenarbeit nicht einfach war. Es ist nicht gut, wenn man einen Abschied so lange machen muss, aber es ist hinter mir.

Es ist schon wieder Geschichte.

Es ist auch schon zwei Jahre her.

Wenn ich jetzt so zurückschauen, dann ist es wirklich eine sehr ereignisreiche Zeit gewesen, die Sie hier mitgestaltet haben. Herr Rosenbauer hat in seiner Begründung, warum er dann in den Medienrat gewechselt ist, jetzt ist er ja auch Medienratsvorsitzender, gemeint: „Im Vergleich zu dem, was er vorher gemacht hat; es ist natürlich Neuland, aber man kann sehr viel gestalten und mitgestalten“. Ich meine, wenn wir jetzt unser Gespräch Revue passieren lassen, dann wird das auch sehr deutlich, dass es eine Zeit war, die nie langweilig geworden ist. Wo Sie wahrscheinlich morgens nicht wussten, was manchmal bis abends passiert an Entwicklungen, an Prozessen, an Diskussionen, an Veränderungen. Was würden Sie jetzt selber herausgreifen aus den Punkten?

Also es war ein Privileg, in einer spannenden Stadt in der historisch spannenden Phase so ein Amt ausüben zu können. Dann das, was ich immer für mich sehr gut fand, die Unabhängigkeit. Also jetzt nicht abhängig vom politischen Tagesgeschäft, sondern wirklich dem Gemeinwohl verpflichtet. Auch nicht für irgendeine Partei als Anwalt. Das hätte mir nicht so gelegen. In dieser unabhängigen Warte und dann auch noch mit engagierten Mitarbeitern. Auch eine kleine Institution – ich habe mich nie danach gesehnt, eine große Institution zu leiten. Insofern war es für mich schon eine ideale Zeit und eine interessante Herausforderung, immer wieder etwas Neues machen zu können. Deswegen kam mir die Zeit auch gar nicht so lange vor, wie sie dann in Wirklichkeit war. Wenn man so überlegt, wie viel in der Zeit auch historisch passiert ist, eine große Zeitspanne. Da war es wirklich ein Glück, es machen zu können. Vielleicht am Schluss etwas zu lang, aber insgesamt denke ich, es gibt kaum einen spannenderen Job im Medienbereich, wenn man nicht selber Medien produziert.

(Die rundfunkhistorischen Gespräche werden freundlicherweise von den Landesmedienanstalten mabb und LfM finanziell unterstützt.)

Nachruf auf Dr. Margarete Keilacker

Dr. Margarete Keilacker ist nach kurzer, schwerer Krankheit am 3. Februar 2019 im Alter von 71 Jahren in Wernsdorf bei Oschatz (Sachsen) gestorben. Wir trauern um die Dozentin an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig, die Leiterin der Bibliothek des 1994 gegründeten Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft (IfKMW) der Universität Leipzig – und seines Vorläufers –, um die Leiterin des Medienarchivs des IfKMW und die Redakteurin der Fachzeitschrift „RuG“ des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e. V, in dem sie seit 2009 aktiv war.

Schon in der Gründungsphase des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft, also des Fachbereichs KMW in Gründung, zwischen 1991 und 1994, war sie in vielfältiger Weise wissenschafts-publizistisch aktiv. Die beiden aus den internationalen Leipziger Hochschultagen für Medien und Kommunikation 1991 und 1992 hervorgegangenen, vom Gründungsdekan, Prof. Dr. Karl Friedrich Reimers, herausgegebenen Bände der „Leipziger Universitätsbeiträge zur Kommunikations- und Medienwissenschaft“ mit den Titeln „Unser Jahrhundert in den Medien. 75 Jahre Universitätsinstitut“ und „Forschen – Lehren – Weiterbilden für Medienberufe in Europa“, die Gründungsbände des IfKMW, machte sie durch ihre höchst fachkompetente, sorgfältige Redaktion in einer turbulenten Zeit erst möglich.

Den journalistischen und medienwissenschaftlichen Leipziger Neuanfang gleich zu Beginn des deutschen Vereinigungsprozesses auch in der westlichen Fachwelt bekannt und verständlich zu machen, dazu diente auch die Fachzeitschrift „transparent“, die Margarete Keilacker unter der Leitung von Horst Pöttker 1994 und 1995 redigierte. Zielgruppe waren Fachleute aus der Medienpraxis, der Kommunikationswissenschaft und der Medienpolitik. „transparent“ sollte zum besseren gegenseitigen Verständnis der Fach-Gemeinschaft beitragen, über die kürzlich erst gefallene Grenze zwischen West und Ost hinweg.

Das erste, von der Karl-Bücher-Vereinigung mit 10.000 DM unterstützte Heft widmete sich 1994 dem Hauptthema „Presse Ost – Presse West“, und es enthielt zudem u.a. Margarete Keilackers Porträt von Gerhard Maletzke, einem der Gründungsväter des Faches Kommunikationswissenschaft und Mitglied der Gründungskommission des KMW-Instituts Leipzig; außerdem Interviews mit Harry Pross und Walther von LaRoche, allesamt „Urgesteine“ des Fachs, die sich in der Aufbauphase des Instituts engagierten.

Seit Dezember 1992 bis zu ihrem Ruhestand 2012 leitete Margarete Keilacker das Medienarchiv des IfKMW, das der Unterzeichnende als „Mitbringsel“ seiner Berufung in das Institut einbrachte. Es enthielt das Medienarchiv der ARD-Programmdirektion München der Jahre 1970 bis 1988, das Margarete Keilacker um ein von ihr in den 1980er Jahren bereits geführtes Archiv osteuropäischer Zeitungen ergänzte, ab 1992 kompetent weiterführte und es Mitte der 1990er Jahre in ein digitales, weit über die Leipziger Universität hinaus genutztes Archiv überführte. Das Medienarchiv ist im KMW-Institut nach wie vor zugänglich, und es enthält Presseauschnitte und Dossiers zu übergreifenden wie auch zu speziellen Medienthemen und -entwicklungen.

In den 2000er Jahren erstellten Margarete Keilacker und ihr Sohn Frank den Presspiegel für die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM). Als Medien-Journalistin verantwortete die Verstorbene von 1999 bis 2008 die Redaktion des 1953 von Kurt Wagenführ gegründeten, renommierten Fachdienstes „Fernseh-Informationen“ und löste damit die langjährige Chefredakteurin Andrea Brunnen-Wagenführ ab.

Mit Eintritt in den Ruhestand übernahm Margarete Keilacker ab Heft 1-2/2012 die Redaktionsleitung der Zeitschrift „Rundfunk und Geschichte“, die sie quasi bis zu ihrem Tod wahrnahm – und auch noch darüber hinaus. Das Heft 1-2/2019, das Sie in den Händen halten und das dem 50-jährigen Jubiläum des Studienkreises Rundfunk und Geschichte gewidmet ist, hat sie weitgehend geplant und vorbereitet.

Dr. Margarete Keilacker hat in zwei politischen Systemen, der DDR und im vereinten Deutschland sowie der Sattelzeit dazwischen, ihr medienjournalistisches und -wissenschaftliches Leben dem Stellenwert von Mediengeschichte unter Studierenden und den Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens und Forschens in Bibliotheken und Archiven gewidmet. Immer war ihr dabei eine Verbindung medienhistorischer Dimensionen mit den aktuellen medienpolitischen Debatten und Diskursen von zentraler Bedeutung. Ihr kritisches und kompetentes Fragen und Schreiben, ihr Engagement für den Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. und dessen Fachgruppe „Rundfunk-historische Gespräche“, ihre Leidenschaft für die Zeitschrift „RuG“ sowie ihre Fähigkeit, den Dialog zwischen den Wissenschaftler/innen-Generationen wachzuhalten und zu befruchten, werden uns sehr fehlen.

Ihr Leben lang war Margarete Keilacker besonders naturverbunden. Deshalb wurde sie auch auf eigenen Wunsch am 21. März im Friedwald Planitzwald nahe der Stadt Wurzen beigesetzt.

Rüdiger Steinmetz

Studienkreis-Informationen

Medienhistorisches Forum 2018

Am 9. und 10. November 2018 trafen sich erneut Nachwuchswissenschaftler/innen in der Lutherstadt Wittenberg, um dort mit Vertreter/innen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte und der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft über ihre Forschungsprojekte zu diskutieren. In seinem Expertenvortrag schlug Prof. Dietz Schwiesau, Wortchef Hörfunk und Trimedialer Nachrichtenchef beim MDR Sachsen-Anhalt, angesichts des historischen Datums einen Bogen von den „wildem“ Anfängen seines Senders im Jahr 1992 bis in die Gegenwart komplett digitaler Redaktionsumgebungen. Dabei ließ er hier und da ein Quäntchen Ironie durchblitzen, denn nur so schien sich der hart wirkende Kontrast zwischen den technischen und architektonischen Bedingungen eines öffentlich-rechtlichen Landesfunkhauses in den frühen 1990er Jahren mit denjenigen des 2014 eröffneten Hightech-Halbrunds des MDR in Magdeburg überbrücken zu lassen, da sich letzteres gegenüber dem ersten Standort wie eine wahrgewordene Science-Fiction-Utopie ausnimmt. Kaum weniger radikal hat sich der journalistische Alltag in den letzten Jahrzehnten gewandelt – wobei die Zukunft im Jahr 2019 ähnlich offen zu sein scheint wie im Jahr 1992. Mit Schwiesau ist ein erfahrener Journalist für die digitale Transformation beim MDR Sachsen-Anhalt zuständig, der sich – wie er erzählt – bei den inzwischen auch auf Social-Media-Kanäle ausgeweiteten Aufgaben gleichermaßen auf die Kompetenz seiner Redaktionskolleg/innen stützt wie auf junge IT-Talente, für die der Rundfunk allerdings nicht selten vor allem ein Karrieresprungbrett darstellt.

Die Projektvorträge eröffnete Simon Sax von der Universität Bremen mit seinem Dissertationsvorhaben über den Journalisten Walter Gysling (1903–1980). Sax interessiert dabei nicht nur die Bezüge eines deutsch-jüdischen Journalistenlebens zur Pressegeschichte der Weimarer Republik, sondern auch grundsätzlich der methodische Umgang mit Biografien und ihr struktureller Stellenwert in der heutigen Kommunikationswissenschaft.

Ebenfalls am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung der Universität Bremen arbeitet Arne L. Gellrich über die Frühgeschichte internationaler Entwicklungspolitik. Die Dissertation entsteht im Rahmen eines DFG-Projekts zur Transnationalen Kommunikationsgeschichte des Völkerbunds in der Zwischenkriegszeit (1920–1938). Der Völkerbund sollte nach der traumatischen Erfahrung des Ersten Weltkriegs als ständige Einrichtung das Funktionieren internationaler Diplomatie, mithin die zwischenstaatliche Kommunikation gewährleisten. Mit Fokus auf das Mandatssystem zur Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien untersucht Gellrich den Völkerbund als eine transnationale Kommunikationsschnittstelle, deren komplexe Informationsflüsse und Akteurskonstellationen in einer Kombination aus „Biografie und Bürografie“ erschlossen werden sollen.

Den Kreis der Bremer Kolleg/innen rundete Christina Sanko ab, die als ausgebildete Journalistin mit Auslandserfahrung über mediale Praktiken kollektiver Erinnerung in Vietnam forscht. Ihre Studien eröffnen ein Spannungsfeld, in dem die kolonialen Kriege, unter denen das Land jahrzehntelang zu leiden hatte, bis heute ihre Schatten werfen. Anhand von Befragungen zeigt Sanko, dass sich zwischen historischen Gegensätzen und sehr unterschiedlichen Generationenerfahrungen bis heute kaum so etwas wie eine Nationalidentität mit entsprechender Medienkultur und Erinnerungspraxis in Vietnam entwickelt hat.

Wie soll man nach dem Ende des Krieges aus der ideologischen Umklammerung „aussteigen“, die ihn begleitet oder gar provoziert hat? Dieser Frage widmet sich auch Vincent Bardet (ENS Paris-Saclay) mit Blick auf die französische Entnazifizierungspolitik nach 1945. Bardet interessiert die Zusammenhänge zwischen der Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone und der Arbeit des Südwestfunk-Orchesters von 1945–1955. Was wurde gesendet, was nicht, welche Kontinuitäten in der Orchesterbesetzung ergaben sich beim „Neuanfang“ in Baden-Baden? Inwieweit sich der Prozess des „sortir de guerre“ – also die in der neueren französischen Geschichtsforschung vertretene Perspektive eines nicht

punktuellen, sondern transformativen Kriegsendes – an der ‚Musikpolitik‘ des frühen SWF ablesen lässt, bleibt eine Frage, auf deren Bearbeitung man gespannt sein darf.

Mit Medientechnikgeschichte beschäftigen sich Tobias Held und Christoph Borbach in ihren Arbeiten. Held beforscht an der Bauhaus-Universität Weimar die Geschichte der Videotelefonie. In seinem Vortrag zeigte er, wie sich die Videotelefonie seit den 1970er und 1980er Jahren von einem exklusiven Unternehmertraum in ein massenhaftes Individualmedium verwandelt hat, dessen Technologie und Ästhetik längst auf massenmediale Formate zurückwirkt. Als studierter Designer schaut Held mit einem besonderen Blick auf die Bildtelefonie, deren früheste (Tele-)Visionen (wie die Karikaturen Albert Robidas) mit den Anfängen der Fernsehentwicklung zusammenfallen.

Einen Seitenarm der Radiogeschichte bearbeitet Christoph Borbach am DFG-Graduiertenkolleg Locating Media an der Universität Siegen unter dem Titel „Zeitkanäle/Kanalzeiten – Eine Mediengeschichte des Δt “. Gleichzeitig mit der Utopie des frühen Rundfunks als Kommunikationsform, in der Raum und Zeit eliminiert und der Völkerverständigung damit nichts mehr im Wege zu stehen schien, wurden mit Hilfe der Radiotechnik verfeinerte Messverfahren entwickelt, aus der Technologien wie Echolot, Radar und Sonar hervorgingen, die zunächst weniger völkerverständigenden Zwecken dienten. Mit Christoph Borchachs Fokus einer Mediengeschichte der Verzögerung wird klar, dass sich aus dem ‚Kanal‘, der Laufzeit eines elektromagnetischen Signals auf einer bestimmten Frequenz, eine eigene Kultur des Messens, Ortens und Speicherns entwickelt hat, deren Ausleuchtung sich sowohl technikhistorisch als auch medientheoretisch zu lohnen scheint.

Zum Schluss präsentierte Kathrin Meißner vom Berliner Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner bei Berlin ihr Projekt über das Verhältnis von Medien, Stadtplanung und städtischer Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert. Konkret geht es um die visuellen Strategien etwa mit Dias, Karten, Luftbildern oder Modellen, mit deren Hilfe stadtplanerische Eingriffe im 20. Jahrhundert kommuniziert wurden. Welche Wechselbeziehungen bestanden mit Anwohnern und der Öffentlichkeit? Kathrin Meißner will belastbare Daten zur Geschichte der Planungskommunikation erhalten, mit denen die aktuellen

und zukünftigen Stadtplaner ihre Modelle der Bürgerbeteiligung verbessern können.

Kai Knörr

Forum

Digitale Kommunikation und Kommunikationsgeschichte: Perspektiven, Potential, Problemfelder

Gemeinsame Tagung der DGPUK-Fachgruppen Digitale Kommunikation und Kommunikationsgeschichte

16. bis 18. Januar 2019 in Bremen

Die Referent/innen um Erik Koenen (Bremen), Christian Schwarzenegger (Augsburg) und Lisa Bolz (Paris) eröffneten das erste Panel der gemeinsamen Tagung der DGPUK-Fachgruppen Digitale Kommunikation und Kommunikationsgeschichte, bei der vom 16. bis zum 18. Januar im bremischen Haus der Wissenschaft zum Thema „Digitale Kommunikation und Kommunikationsgeschichte: Perspektiven, Potential, Problemfelder“ diskutiert wurde. Der kollektive Vortrag sprach sich gegen eine Lagerbildung innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft aus – digitale Kommunikationshistoriker/innen hier, analoge Kommunikationshistoriker/innen dort. Gleichsam wehrten sich die Referent/innen gegen die Defizitdiagnose, die Kommunikationsgeschichtsschreibung dürfe die „digitale Revolution“ nicht verschlafen. Neben Zweifeln am Begriff der „Revolution“ gelte: Kommunikationshistoriker/innen müssten nicht Expert/innen für digitale Methoden, sondern dialogfähig mit den Expert/innen aus Informatik, Digital Humanities und Computational Social Science werden. So öffneten sich drei Felder digitaler Kommunikationsgeschichtsschreibung: (1) die Geschichte des Digitalen; (2) die Nutzbarmachung des Digitalen für die Geschichtsschreibung insgesamt, damit einhergehend methodische Innovationen und neue Erkenntnisperspektiven auf altbewährte Untersuchungsgegenstände; (3) das Digitale als Ort des Gedenkens und der Erinnerung. Das Referent/innenkollektiv steckte gewissermaßen das Feld ab, in dem sich die Tagungsteilnehmer/innen bewegten.

Grundsätzliche Betrachtungen zur Geschichte des Digitalen breiteten Gabriele Balbi (Lugano) und Anat Ben-David (Ra'anana) in ihren Keynotes aus. An die Kritik der „digitalen Revolution“ anknüpfend und vom indeterministischen Standpunkt der Historiographie ausgehend, warb Balbi dafür, die Geschich-

te digitaler Medien zu demystifizieren, sie aus ihrer historischen Sinnwerdung heraus zu verstehen. Die Ex-Post-Konstruktion des Analogien in den 1990er Jahren sei einem solchen Mythenkomplex ebenso zuzurechnen wie die Darstellung der Digitalisierung als unwiderstehliche Kraft (obgleich auch heute noch mehr als der Hälfte der Menschheit der Zugang zum Internet verwehrt bleibe), als ausgleichende oder als spaltende Kraft, als Instrument wahlweise der Demokratie oder der totalen Überwachung.

Ben-David fragte in ihrer Keynote nach der Quellengrundlage einer Geschichte des Digitalen. Sie unterzog das „Internet Archive“ und seine „Wayback Machine“ einer quellenkritischen Betrachtung, verwies auf „the socio-technical construction of historical facts“. Brennpunkt ihres Vortrags bildete der Begriff „memoryware“, den sie als „specific forms of preservation techniques, involving both software and hardware, but also crawlers, bots, curators and users – through which the web’s history is both documented, and constructed“ erläuterte. Zwar gehe Archivierung stets ein Selektionsprozess voraus, im Gegensatz zu beispielsweise staatlichen Archiven mache es die Wayback Machine den Nutzer/innen aber ungleich schwerer nachzuvollziehen, welche Kategorien für die Archivwürdigkeit einer Webseite eine Rolle spielten. Quellenkritik müsse hier in einer Gemengelage aus persönlichen, sozio-kulturellen, geopolitischen und technischen Faktoren geübt werden.

Neben den Keynote-Referent/innen präsentierte auch Michael Wild (Bamberg) grundsätzliche Überlegungen zur Einbettung der Geschichte des Digitalen in eine allgemeine Geschichte des Medienwandels. Um den mit der Digitalisierung einhergehenden Wandel wissenschaftlich greifbar zu machen, stellte Wild die Sinnhaftigkeit gänzlich neuer Theorien und Modelle in Frage und plädierte für eine Annäherung an das Digitale mit Hilfe von Theorien, die bereits das Zeitalter der Massenmedien beschreiben konnten, explizit: für die Adaption des Arenenmodells von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt unter digitalen Vorzeichen.

Neben solch grundlegenden epistemologischen, quellenkritischen, methodischen und theoretischen Überlegungen präsentierten die Tagungsteilnehmer/innen konkrete Fallstudien zur Geschichte des Digitalen. Doreen Reifegerste (Erfurt) und Heike Sabrina Kessler (Zürich) blickten anhand von vier deutschen Gesundheitsausstellungen zwischen 1911 und 1951 – Veranstaltungen mit Millionen Besucher/innen – auf die Vorläufer des digitalen Self-Trackings. Aus der Selbstvermessung unter den Vorzeichen kaiserlichen Weltmachtstrebens, rassistisch-völkischer NS-Ideologie, sozialistischer Volksgesundheit und BRD-Staatsbürgertum im Kalten Krieg ließen sich Chancen und Risiken des digitalen Self-Trackings von Empowerment über individueller Disziplinierung bis hin zur kollektiven Überwachung und Fremdsteuerung ableiten.

Mit einem rein analogen Medium beschäftigten sich Holger Lund (Ravensburg), Burkard Michel (Stuttgart) und Oliver Zöllner (Stuttgart). Sie erkundeten die auratischen Umstände der Renaissance der Vinylschallplatte in digitalen Zeiten. Auf Grundlage der kritischen Soziologie Luc Boltanskis und Arnaud Esquerres öffnete sich so ein Nexus zwischen Ökonomisierung, Kulturalisierung, Sozialität, Semiotik und Sanktifizierung bzw. Fetischisierung des analogen Tonträgers. Jürgen Wilke (Mainz) wandte sich in seinem Vortrag den Anfängen der Mediennutzungsforschung im Online-Zeitalter zu, einer Forschung, die nicht die universitäre Kommunikationswissenschaft vorantrieb, sondern sowohl von Verlagen, Meinungsforschungsinstituten und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als auch Unternehmensberatungen und Online-Vermarktern getragen wurde. Jürgen Wilke rief dazu auf, die in den 1990er und frühen 2000er Jahren von diesen Institutionen aus ökonomischen Gründen erhobenen Daten als Quellen einer Geschichte der frühen Online-Nutzer/innen zu verwerten.

Silke Fürst (Fribourg) thematisierte ebenfalls die frühe Geschichte des Internets – allerdings aus einer diskurskritischen Perspektive. Zwischen 1993 und 2002 hätten selbst Qualitätsmedien wie die „Times“ und der „Spiegel“ das Narrativ eines unaufhaltbaren Wachstums der Online-Nutzer/innen-Zahlen konstruiert – jedoch ohne zugrundeliegende Daten. Dies thematisierte auch Jürgen Wilke in seinem Vortrag. Davon ausgehend, formulierte Fürst die These der Diffusion des Internets als sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Die Referent/innen um Hendrik Michael (Bamberg) wandten sich der Geschichte des vormaligen DVD-Verleihers und jetzigen Streaminganbieters Netflix zu und konzeptualisierten sie als die Abfolge „disruptiver Innovationen“, indem sie das gleichnamige theoretische Modell nach Christensen mit dem der Medienevolution nach Stöber und dem Phasenmodell Balbis verknüpften. Anhand der vier Phasen „Imitation“; „Spezifizierung“; „Rekonfiguration“ und „Koexistenz“ bescheinigten die Vortragenden der Geschichte des Unternehmens einen „revolutionären Charakter“.

Sebastian Jürss (Leipzig) und Nils S. Borchers (Leipzig) beschäftigten sich vor dem Hintergrund des soziologischen Fiktionalismus – der Annahme, Akteur/innen trafen Entscheidungen auf Grundlage fiktionaler Zukunften – mit den Heilsversprechen der Sharing Economy. Diesbezüglich stellten die Referenten besonders der Plattform-Ökonomie ein schlechtes Zeugnis aus. Das Versprechen der Demokratisierung bzw. Enthierarchisierung wirtschaftlicher Prozesse lösten diese kommerziellen Plattformen beispielsweise keineswegs ein. Jakob Jünger (Greifswald) präsentierte eine „kurze Geschichte der APIs“, also jener Programmierschnittstellen, die Kommunikationswissenschaftler/innen den Zugriff auf Twitter-, YouTube- und Facebook-Daten ermöglichen. Jünger entwarf ein Narrativ, das die APIs als „Mittel der Einflussicherung“ durch die Onlinedienste begreift, deren Zugang zunehmend limitiert wird – eine Beobachtung, die künftige Kommunikationshistoriker/innen quellenkritisch berücksichtigen sollten.

Der Beitrag von Thomas Birkner (Münster), Erik Koenen (Bremen) und Christian Schwarzenegger (Augsburg) zu „Derivaten, Defiziten und Desideraten aus 100 Jahren Journalismusgeschichte“ ist indes dem Feld der digitalen Kommunikationsgeschichtsschreibung zuzuordnen. Ausgangspunkt des Vortrags war die Frage, wie für ein DFG-gefördertes Projekt zur Journalismusgeschichte im 20. Jahrhundert, das insbesondere den Formwandel der Nachricht in den Blick nimmt, ein Quellenkorpus zu erstellen sei. Der Weg führe unweigerlich über Portale digitalisierter Periodika. Hier jedoch stünden Kommunikationshistoriker/innen vor erheblichen Quellenproblemen. Je nach den technischen und dokumentarischen Voraussetzungen ließe sich zwischen „flachen“ und „tiefen“ Portalen unterscheiden – man denke nur an den Unterschied zwischen Image- und OCR-Digitalisaten. Dementsprechend müsse mit

dem Irrtum aufgeräumt werden, digitale Zeitungsportale vereinfachten per se den Aufbau von Quellenkopora. Einem solchen Korpus aus einem „tiefen“ Portal widmeten sich Erik Koenen (Bremen), Falko Krause (Berlin) und Simon Sax (Bremen) in ihrem Vortrag über digitale Methoden des „Distant Reading“ in der historischen Presseforschung. Über die Staatsbibliothek Berlin konnten sie auf eine programmierbare Schnittstelle zur „Berliner Volkszeitung“ (1853–1944) zurückgreifen. Dies ermöglichte den Referenten, Potentiale der automatisierten Auswertung der Volltexte und Metadaten dieser Zeitung zwischen 1890 und 1930 darzulegen. Die Analyse deckte formale (z.B. Zeichendichte) und inhaltliche (z.B. Worthäufigkeiten) Dimensionen ab.

André Dechert näherte sich in seinem Vortrag Kommentaren unter YouTube-Videos, die kürzlich vom Index gestrichene Videospiele besprechen. Verstanden als Einblick in die „Gamer/innencommunity“, ließen sich so verschiedene Kommentartypen klassifizieren, die von Kritik an der bis hin zur Zustimmung zur Indexierung reichten – oder auch positiv bewertete Erinnerungen der Kommentierenden an die jeweiligen Spiele umfassten. Digitale Erinnerungsdynamiken in Social Media-Memes linker und rechter Aktivist/innen untersuchte das Referent/innenkollektiv um Christian Schwarzenegger und Cornelia Brantner (Augsburg). Als methodisches Selektionskriterium für Memes diente der explizite Gebrauch von historischen Figuren und Ereignissen; das untersuchte Sample bediente sich sowohl des „epistemisch-semiotischen Reservoirs“ der Populärkultur als auch des historischen Gedächtnisses. Gängige Stilmittel seien unter anderem die Verwendung bewusst falscher Zitate und das vereinfachte, inkohärente In-einen-Topf-Werfen von Feindbildern, Verniedlichungen, Medien- und Elitenkritik sowie Geschichtsrevisionismus. Es ließe sich hierin eine „internationale Grammatik der extremistisch-populistischen Kritik“ erkennen.

Der Dreiklang aus der Geschichte des Digitalen, der Kommunikationsgeschichtsschreibung unter digitalen Vorzeichen und dem digitalen Erinnern verdeutlichte, dass die Kommunikationsgeschichte – ganz im Sinne der gemeinsamen Fachgruppentagung – künftig noch stärker auf interdisziplinäre Kooperationen setzen muss. Gleichzeitig wurde offenbar, dass sich das epistemologische, quellenkritische und methodisch-triangeläre Instrumentarium der Kommunikationshistoriker/in keineswegs selbst überleben wird. Vielmehr gilt es, Perspektiven der Kontinuität,

der Vielschichtigkeit und der Indeterminiertheit sozialen Interagierens über die Grenzen der Kommunikationsgeschichte hinaus in die Kommunikationswissenschaft zu tragen. So hielt der Vortrag von Christian Pentzold (Bremen) und Cornelius Puschmann (Hamburg) Ergebnisse einer automatisierten Inhaltsanalyse von Abstracts 14 englischsprachiger kommunikationswissenschaftlicher Journals zwischen 1994 und 2018 bereit. Es ließen sich deutliche Themenkonjunkturen in diesen Abstracts finden: Das „Internet“ verliere an Popularität, gleichzeitig erlebten wir einen Aufstieg der „Social Media“. Doch gerade das „Internet“ – so die Referenten – impliziere „eine produktive Vagheit“, die nicht verloren gehen solle. Die von Pentzold und Puschmann präsentierten Befunde stimmen durchaus nachdenklich – lassen sie doch die Überspitzung zu, kommunikationswissenschaftliche Forschung habe eine sehr kurze Halbwertszeit – oder noch schlimmer: Sie privilegieren Karrieren und vernachlässigen nachhaltige Wissensmehrung. Möglicherweise ist es auch die historische Perspektive, die dem etwas entgegengesetzt kann.

Auch in diesem Jahr wurde der von der Ludwig-Delp-Stiftung unterstützte Nachwuchsförderpreis Kommunikationsgeschichte vergeben. Für ihre Doktorarbeit wurde Katrin Jordan ausgezeichnet (Ausgestrahlt. Die mediale Debatte um „Tschernobyl“ in der Bundesrepublik und Frankreich 1986/87, ZZf Potsdam). Damit ging der Preis für die beste kommunikationshistorische Dissertation bereits zum zweiten Mal in Folge an eine Arbeit, die am Zentrum für Zeithistorische Forschung entstanden ist. Den Preis für die beste Masterarbeit erhielt Carmen Schaeffer (Gegen „Schmutz und Schund“ in der populären Jugendliteratur. Wie Zusammenschlüsse der Lehrerschaft versuchten, den Medienwandel um 1900 zu beeinflussen und zu regulieren, FU Berlin). Geschlossen werden kann dieser Bericht mit dem Hinweis auf die engagierte Initiative Patrick Rösslers (Erfurt) zur angemessenen Ausgestaltung des Urheberrechts für die wissenschaftliche Verwertung historischer Medienquellen. Die von Rössler im Rahmen des Roundtables zu „verwertungsrechtlichen Fragen im digitalen Zeitalter“ eingebrachten Forderungen erfuhren breite Unterstützung durch die Tagungsteilnehmer/-innen; auf einen ähnlichen Vorstoß des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands wurde in der anschließenden Diskussion verwiesen.

Simon Sax / Arne L. Gellrich

Die Entwicklung des lokalen Rundfunks in Bayern

Informationssitzung des Medien- und Verwaltungsrates der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM)

15. November 2018 in München

Die Pionierjahre des lokalen Radios und Fernsehens in Bayern standen im Mittelpunkt der Informationssitzung des Medien- und Verwaltungsrates der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) in München. Rund 120 geladene Gäste aus Politik, Verwaltung, Rundfunk und Wissenschaft waren am 15.11.2018 gekommen, um Einblicke in ein Forschungsprojekt der Universität Bamberg in Kooperation mit der BLM zur Entwicklung des lokalen Rundfunks zu erhalten und die Berichte verschiedener Zeitzeugen zu hören.

Zum Auftakt der Informationssitzung richtete der Präsident der BLM, Siegfried Schneider, zunächst den Blick auf die aktuelle Vielzahl an lokalen Rundfunkangeboten in Bayern: Mehr als 30 Jahre nach Betriebsbeginn der ersten privatwirtschaftlich organisierten Anbieter im Münchner Kabelpilotprojekt bestehen im Freistaat aktuell 53 UKW-Lokalprogramme, 17 lokale Digitalprogramme, 16 lokale TV-Anbieter sowie neun lokale Spartenanbieter.

Die Entwicklung hin zu dieser heutigen „Vielfalt vor Ort“, so der Titel des Vortrags von Prof. Dr. Markus Behmer von der Universität Bamberg, sei allerdings kaum erforscht: „Eine gründliche, auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Gesamtdarstellung gibt es nicht. Insgesamt bestehen hier große Forschungslücken.“ In einem Forschungsprojekt in Kooperation mit der BLM untersucht er daher zurzeit die Entwicklung des lokalen Rundfunks in Bayern – dies geschieht vor allem auf Basis von Dokumentenanalysen und Experteninterviews. Eine wichtige Rolle nehmen dabei Zeitzeugen ein, wie Behmer betonte: In umfassenden Interviews werden die Erinnerungen von Redakteuren, Moderatoren, Programmleitern und Geschäftsführern sowie von Akteuren aus Politik und Verwaltung systematisch dokumentiert.

Anschließend kamen im Rahmen der Veranstaltung viele Zeitzeugen selbst zu Wort, so zum Beispiel Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident a. D., Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring, ehemaliger Präsident der BLM, Gunther Oschmann, Gesellschafter bei Müller Medien sowie der Medienunternehmer Helmut Markwort. Sie berichteten von den Anfangs-

jahren des Lokalfunks, die von Pioniergeist, Experimentierfreude und Improvisationsmut geprägt gewesen seien: „Wir hatten damals große Freiräume und gleichzeitig nur wenige journalistisch ausgebildete Leute im Lokalfunk“, erinnerte sich beispielsweise Elke Schneiderbanger, ehemalige Mitarbeiterin bei Neue Welle Bamberg und Neue Welle Franken. Auch Fred Kogel, Gründer von Radio 44 sowie Radio Xanadu, betonte die Freiräume im Lokalfunk: „Wir hatten alle Freiheiten, das Programm war persönlichkeitsgetrieben, das meiste war live, nichts war vorproduziert, nichts war formatiert.“ Die Zeitzeugen diskutierten auch die damaligen Rahmenbedingungen, unter anderem die in den Anfangsjahren des Lokalfunks übliche Praxis des Frequenzsplittings: „Das Splitting war eine große Herausforderung, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. In München mussten sich teilweise bis zu acht Anbieter die Frequenz 92,4 MHz und damit die Werbeeinnahmen teilen“, erzählte Maria-Theresia von Seidlein, damals Geschäftsführerin von Radio M1.

Vera Katzenberger, Bamberg

Dissertationsvorhaben

Felix Wirth
„Hier heisst es noch ‚Gopferteckel!‘“
Schweizer Science-Fiction-Hörspiele,
1935-1985.
(Universität Freiburg, Schweiz)

„*Abträge*“ [Schweizerdeutsch für „abtreten“] ist ein recht makabres kleines Hörstück, makaber weniger in der utopischen Zeichnung gesellschaftlich vernünftiger Praktiken allein als gerade in der Nähe zum vertrauten schweizerdeutschen Alltag. Die Leute, um die es geht, sind keine vom Geräuschkraut futuristisch-elektronischer Klänge umgebene Wesen, wie wir uns ja für den Science-Fiction-Hausgebrauch im Hinblick auf das nächste Jahrtausend so zu sehen pflegen. Hier heisst es noch ‚Gopferteckel!‘ [Schweizerdeutsches Schimpfwort; abgeschwächte Form von „Gott verdamme mich“], und es wird noch gesprochen, wie man bei uns oder zumindest bei uns im Dialekthörspiel immer noch spricht. Und so erklingt Musik nicht vom Synthetizier [sic], sondern volkstümlich wie eh und je.“¹

So rezensierte die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) das Hörspiel „*Abträge*“. Das Stück wurde im Sommer 1975 von der Radio- und Fernsehgesellschaft der deutschen und rätoromanischen Schweiz (DRS)² ausgestrahlt und behandelt den „Abtritt“ eines Großvaters, der aus Rationierungsgründen mit 75 Jahren aus dem Leben scheiden muss. Eindrücklich zeigt sich in der Rezension die historische Wandelbarkeit von Klängen: Elektronisch erzeugte Geräusche und Musik zählten in den 1970er Jahren offenbar zum Standardrepertoire der Science-Fiction, wenn es um die Darstellung fiktionaler Welten ging. Mit der sprachlichen Transformation ins Schweizerdeutsche wurden solche Klangkonventionen aufgebrochen und spezifisch ‚schweizerische‘ Inszenierungspraktiken eingeführt: „Volkstümliche“ Musik statt „futuristisch-elektronischem“ Synthesizer-Sound; bodenständige Mundart

.....
¹ Tau.: Bernhard Bossert tritt ab. In: Neue Zürcher Zeitung, 5.6.1975, S. 36. (Kursive Hervorheb. im Orig.; Anmerk. in Klammern F. W.)

² Bis zur Mitte der 1960er Jahre war der deutschsprachige Rundfunk unter dem Namen Radio Beromünster bekannt. Danach wurde er in Radio DRS und 2012 in Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) umbenannt.

anstelle von Bühnendeutsch. Für eine historische Untersuchung ist diese Veränderlichkeit von Genrekonventionen von großem Interesse. Daher erforsche ich in meiner Dissertation die Geschichte radiofoner Science-Fiction in der Deutschschweiz.

Als vermutlich erstes Science-Fiction-Hörspiel wurde 1935 „Der Ruf der Sterne“ live über den Landessender Beromünster ausgestrahlt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs folgten nur noch vereinzelt Hörspiele mit utopischen Szenarien. Nach 1945 stieg die Anzahl von Science-Fiction-Hörspielen stark an. In den 1950er Jahren, ganz im Zeichen des Kalten Krieges und der damit verbundenen Neubelebung der „Geistigen Landesverteidigung“, sollte das Schweizer Radio unliebsame ausländische Programme zurückdämmen. Stattdessen hätten eigene, mit ‚schweizerischen‘ Werten ausgestattete Sendungen gefördert werden sollen.³ Die Hörspielabteilungen beklagten allerdings einen gravierenden Mangel an geeigneten Texten von einheimischen Autor/innen. Die deutlich höheren Honorare der bundesdeutschen Radiosender heizten in den Augen der Radioverantwortlichen die Misere zusätzlich an. Bezeichnenderweise war es der Bayrische Rundfunk (BR), der 1955 das Science-Fiction-Hörspiel „Das Unternehmen der Wega“ des Schweizer Schriftstellers Friedrich Dürrenmatt ursendete. Erst 13 Jahre später, also 1968, wurde es von Radio DRS produziert, nachdem es in der Zwischenzeit von weiteren deutschsprachigen Sendern und 1960 vom Westschweizer Rundfunk inszeniert worden war.

Im Verlauf der 1960er Jahre öffnete sich Radio DRS allmählich gegenüber Science-Fiction-Texten aus dem deutschsprachigen Ausland. In den frühen 1970er Jahren stieg auch die Anzahl produzierter Science-Fiction-Hörspiele aus der Feder von Schweizer Schriftsteller/innen. Im Zeichen der 1968er Bewegung hielten neue Themen und Inszenierungspraktiken Einzug. So widmeten sich etliche Stücke zeit-

.....
³ Vgl. Nicole Gysin: Qualität und Quote - Der Kulturauftrag der SRG. In: Theo Mäusli und Andreas Steigmeier (Hrsg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Geschichte der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG 1958-1983. Baden 2006, S. 239-283, S. 274.

genössischen Problemen wie der Umweltzerstörung oder den Folgen der aufkommenden Computertechnologie. Während die Science-Fiction-Hörspiele in thematischer und ästhetischer Hinsicht prosperierten, mussten sie in den 1980er Jahren auf finanzieller und programmpolitischer Ebene vermehrt Rückschläge einstecken. Mit der Schließung der radiointernen Abteilung „Dramatik“ im Jahr 1985 wurden dem Hörspiel die institutionelle Basis sowie die finanziellen Mittel weitgehend entzogen.⁴ Freilich brach damit die Produktion von Science-Fiction-Hörspielen nicht vollständig ein. Die institutionelle Schwächung markiert jedoch einen wirkungsvollen Wendepunkt und bildet deshalb das Ende meines Untersuchungszeitraums.

In meiner Dissertation beschäftige ich mich mit der Frage, wie der deutschschweizer Rundfunk Science-Fiction-Hörspiele ausgewählt und inszeniert hat. Dabei ergab sich die Herausforderung, dass der in den 1920er Jahren in den USA entstandene Begriff „Science Fiction“ erst in den 1950er Jahren in Schweizer Programmzeitschriften auftauchte und erst ab den 1960er Jahren von „Science-Fiction-Hörspielen“ im Sinne eines konsolidierten Genres die Rede war. Bis dahin wurden Hörspiele über fiktive Weltraumexpeditionen oder Atomkraftanlagen als „utopisch“ oder „phantastisch“ bezeichnet. Um solche und andere Stücke, die sich nicht explizit dem Science-Fiction-Genre zuordneten (oder sich bewusst davon abgrenzten), miteinzubeziehen, verstehe ich in meiner Untersuchung Science-Fiction als einen Modus, der den Aufbau und die Darstellungsweise einer fiktionalen Welt beschreibt.⁵ Entscheidend ist das Auftreten des sogenannten „Novums“⁶, also einer materiellen oder konzeptionellen Neuheit (intergalaktische Raumschiffe, neue Visionen von Geschlecht etc.), mit denen die Differenzen zwischen der Welt der Rezipierenden und der fiktionalen Welt markiert werden.

Basierend auf diesem Verständnis wurde ein Korpus von rund 120 Hörspielen (Originalhörspiele, Adaptionen, Kurzhörspiele, Serien und Reihen) zusammengestellt, die zwischen 1935 und 1985 vom deutschschweizer Radio

4 Vgl. Paul Weber: *Das Deutschschweizer Hörspiel. Geschichte – Dramaturgie – Typologie*. Bern u. a. 1995, S. 178.

5 Vgl. Simon Spiegel: *Die Konstitution des Wunderbaren. Zu einer Poetik des Science-Fiction-Films*. Marburg 2007, S. 39.

6 Darko Suvin: *Metamorphoses of Science Fiction. On the Poetics and History of a Literary Genre*. New Haven und London 1979, S. 63.

ausgestrahlt wurden. Das Quellenmaterial befindet sich zum größten Teil in den Unternehmensarchiven der drei Radiostudios Basel, Bern und Zürich. Zu nennen wären hier vor allem schriftliche Dokumente wie Produktionsakten, Hörspielmanuskripte, Zeitungsrezensionen sowie Zuschriften von Hörer/innen. Ein großer Teil des Materials liegt auch in akustischer Form vor: Für rund 100 der ausgewählten Science-Fiction-Hörspiele gibt es digitalisierte Tonaufnahmen.

Bei der Auswertung stehen zunächst die Auswahl- und Selektionsprozesse im Vordergrund. Welche Texte wurden zur Produktion angenommen? Welche hat man abgelehnt und wie wurde dabei argumentiert? Anschließend soll die hörspielspezifische Inszenierung des Novums untersucht werden. Der Blick richtet sich dabei auf Techniken und Praktiken, mit denen fiktive Neuheiten akustisch ‚behauptet‘ und plausibilisiert wurden. Für die auditive Untersuchung werden Methoden der *Sound History*⁷ verwendet und dabei sowohl konkrete Sounds wie Stimmen, Geräusche und Musik, als auch bereits verklungene, nicht mehr hörbare Klangereignisse analysiert.

Neben diesen Auswahl- und Inszenierungsvorgängen zielt die Studie auch auf die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab, welche die Science-Fiction-Hörspiele geprägt haben. Der deutschschweizer Rundfunk war per Konzession dazu verpflichtet, die „geistigen und kulturellen Werte“⁸ der Schweiz mit seinem Programm zu wahren und zu fördern. Eine Geschichte des deutschschweizer Science-Fiction-Hörspiels vermag somit auch Auskunft über institutionelle Selbstwahrnehmungen und ‚nationale‘ Vorstellungen über das ‚Eigene‘ und das ‚Fremde‘ zu geben. Ziel meiner Dissertation ist es, solche Vorstellungen aufzuspüren, zu kontextualisieren und ihren Einfluss auf die Science-Fiction-Hörspielproduktion offenzulegen. Damit wird auch ein Beitrag zu einer kritischen Auseinandersetzung über die akustische Vermittlung von Nations- und Identitätskonzepten geleistet.

.....

7 Zum Forschungsfeld der *Sound History* siehe Jan-Friedrich Missfelder: *Geschichtswissenschaft*. In: Daniel Morat und Hansjakob Ziemer (Hrsg.): *Handbuch Sound. Geschichte – Begriffe – Ansätze*. Stuttgart 2018, S. 107-112.

8 Konzession für die Benützung der Radiosende- und -übertragungsanlagen der Schweizerischen Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung zur Verbreitung von Radioprogrammen. In: *Bundesblatt*, Bd. 3, H. 42, 22.10.1953, S. 347.

Tatiana Eichenberger

Experimentelle Klanglabore des Rundfunks
(Universität Basel, Schweiz)

Das Dissertationsprojekt „Experimentelle Klanglabore des Rundfunks“ untersucht die Möglichkeiten des ästhetischen Experiments unter Bedingungen technischer Medienanordnungen in den elektronischen Studios der Rundfunkanstalten in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1950er Jahre. Das Projekt geht den unterschiedlichen Gründungsbedingungen und Ausprägungen dieser Einrichtungen nach, die meist auf Initiative von Komponist/innen als Abteilungen der Rundfunkanstalten eingerichtet wurden. In einer komparativen Studie an der Schnittstelle von Musik- und Medienwissenschaft wird das elektronische Studio als ein Experimentalsystem der Radiophonie untersucht, wobei die fundamentale Frage nach dem Verhältnis zwischen radiophoner Kunst und elektroakustischer Musik ins Zentrum gerückt wird.

Die experimentellen Studios wurden am Rundfunk als eine Art Forschungseinrichtung institutionalisiert. In der Pionierphase der 1950er Jahre erforschten hier Komponist/innen zusammen mit Ingenieur/innen und Ton-techniker/innen in kreativen Experimenten mit den technischen Mitteln des Rundfunks die Möglichkeiten des direkten Umgangs mit Klangmaterial. Da zu dieser Zeit weder standardisierte technische Ausrüstung vorhanden war, noch geregelte Abläufe bei den Prozessen der Herstellung von elektroakustischen Klängen herrschten, noch eine klare Aufteilung der Aufgaben gegeben war, kann ein elektronisches Studio der Nachkriegszeit mit der Experimentalanordnung wissenschaftlicher Labore verglichen werden, in denen Neues – Geräte, Berufe, Produktionen sowie ästhetische Konzepte und Wissen – geschaffen wird. Ein Studio, das hier weniger als Institution, sondern vornehmlich als ein Experimentalsystem der Radiophonie verstanden wird, basiert auf Operationen in Wechselbeziehung zwischen Personen und Dingen. Diese Interaktionen führen zur Herausbildung neuer Kompositionsmethoden sowie unterschiedlicher Theorien und ästhetischer Konzepte in Hinblick auf die Innovationen durch den Einsatz von Technologie in der Musik und Klanggestaltung.

Die uns heute erhaltenen Artefakte als Ergebnisse der Studioproduktionen – wie Tonaufnahmen, aber auch Geräte sowie schriftliche Erzeugnisse wie Reflexionen, Abhandlungen

oder theoretische Schriften – sollen daher nicht als im Voraus genau bis zum letzten Detail geplant und abgeschlossen betrachtet werden. Vielmehr soll die Aufmerksamkeit auf die Prozesse während ihrer Entstehung in der Interaktion zwischen den Akteuren des Experimentalsystems elektronisches Studio – Mensch und Maschine – gerichtet werden. Daher bietet sich an, für die Untersuchung der Prozesse und Praktiken des Studios Methoden der Wissenschaftsforschung einzubeziehen: erstens den Ansatz der Akteur-Netzwerk-Theorie, die die Dichotomie von Subjekt und Objekt aufzulösen versucht und die menschlichen und nicht-menschlichen Akteure „gleichermassen an der Geschichte teilhaben“¹ lässt; zweitens die Theorie der Experimentalsysteme von Hans-Jörg Rheinberger, der auf den prozessualen Charakter des Experiments hinweist und die Experimentalsysteme unter Bezugnahme auf François Jacob als „Maschinerie(n) zur Herstellung von Zukunft“² darstellt; sowie drittens die Ansätze der jungen Disziplin der Studio Studies, vertreten durch Ignacio Fariás und Alex Wilkie, die das künstlerische Studio in Anlehnung an die Laboratory Studies als einen Schlüsselort für die Produktion von kulturellen Artefakten in kreativen Prozessen und als Quelle bei der Suche nach den Entstehungsprozessen des Neuen in der Kunst betrachten.³

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurden weltweit Studios gegründet, die sich der elektroakustischen Musik oder Klanggestaltung widmeten. Während in den USA, Lateinamerika und Asien die ersten elektronischen Studios entweder von Universitäten, Unternehmen oder privaten Personen gegründet wurden, entstanden diese in Europa zunächst ausschliesslich an den staatlichen Rundfunkanstalten, da nur diese seinerzeit über die notwendige Technologie verfügten. Daher stellen die europäischen Studios ein besonderes Phänomen dar, das die enge Verbindung zwischen radiophoner Kunst und elektroakustischer Musik sichtbar macht.

.....

1 Bruno Latour: Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft. Frankfurt am Main 2002, S. 180.

2 François Jacob: Die innere Statue. Autobiographie des Genbiologen und Nobelpreisträgers. Zürich 1988, S. 12, zit. nach: Hans-Jörg Rheinberger: Experimentalsysteme und epistemische Dinge. Eine Geschichte der Proteinsynthese im Reagenzglas. Göttingen 2001, S. 22.

3 Vgl. Ignacio Fariás und Alex Wilkie: „Studio Studies. Notes For a Research Programme“, in: Dies. (Hg.): Studio Studies. Operations, Topologies and Displacements, London etc. 2016, S. 1-21.

Das Projekt untersucht die vier Studios an den europäischen Rundfunkgesellschaften in Paris (Groupe de Recherches de Musique Concrète, RTF), Köln (Studio für elektronische Musik, (N)WDR), Mailand (Studio di Fonologia Musicale, RAI) und London (Radiophonic Workshop, BBC), deren Prozesse der Herausbildung bis zur offiziellen Gründung in den 1950er Jahren liegen. Was ihren Produktionsoutput und ihre ästhetische Ausrichtung betrifft, weisen diese Studios signifikante Unterschiede auf: Während das Studio in London ausschliesslich für Radio und Fernsehen produzierte, zeichnen sich die drei kontinentaleuropäischen Studios, die zu dieser Zeit als Zentren der musikalischen Entwicklungen mit elektroakustischen Mitteln galten, durch eine deutliche Konzentration auf autonome Kompositionen und Studien aus – wobei sich unter diesen durchaus unterschiedliche Ansätze beobachten lassen. Deswegen werden Produktionen untersucht, die technische Mittel des Rundfunks nutzten, unabhängig von ihrer Funktion als autonome Musikkomposition oder funktionale Musik für das Radio. Die enge Verbindung zwischen radiophoner Kunst und elektroakustischer Musik bildet daher einen der Schwerpunkte der an der Schnittstelle von Medien- und Musikwissenschaft angesiedelten Forschung.

Mit dem Ziel, keine Geschichte eines oder mehrerer konkreter Studios zu verfassen, sondern ein Raster des elektronischen Studios als eine experimentelle Anordnung zu entwickeln, das auf den Prozessen und Operationen der Radiophonie gründet, würde die Konzentration auf nur ein Studio den Blick verzerren. Um die unterschiedlichen Entwicklungen – die ästhetischen Ansätze und technischen Errungenschaften sowie den künstlerischen und wissenschaftlichen Output – zu verfolgen, die in Austausch- und Rezeptionsprozessen zwischen den Studios entstanden sind, wurde ein international vergleichender Ansatz gewählt. Da sich die Position des zuletzt entstandenen BBC Radiophonic Workshop auf der Rezeption und Abgrenzung von den anderen Studios gründet und die Entwicklungen der elektroakustischen Musik in einer genuin radiophonen Umgebung der Rundfunkanstalten kritisch hinterfragt, dient dieses Studio als Ausgangspunkt für die komparative Untersuchung. Verfolgt werden dabei im ersten Schritt Aspekte der personellen Anordnungen wie Beziehungen zwischen Tontechnik/innen, Ingenieur/innen und Komponist/innen, Verschiebung und Verschmelzung ihrer Funktionen und Kompetenzen,

Fragen der individuellen und kollektiven Autorschaft sowie der technischen Anordnungen, beispielsweise die zweckentfremdete Verwendung der Geräte und ihre Transformation oder Errichtung neuer Geräte. Im zweiten Schritt wird das Augenmerk auf Prozesse gelenkt, die sich zwischen den menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren bei der Produktion der kulturellen Artefakte ereigneten und zu ästhetischen und theoretischen Innovationen durch die Verwendung neuer Technik führten.

Das Unterfangen einer internationalen Vergleichsstudie auf dem Schnittpunkt radiophoner Kunst und elektroakustischer Musik erfordert die Untersuchung einer beträchtlichen Anzahl von Primär- und Sekundärquellen. Die Forschung wird in vier Ländern durchgeführt, die in der musikwissenschaftlichen sowie in der Rundfunk- und Hörspielforschung vier nationale Forschungsfelder repräsentieren. Die bei der Archivrecherche deutlich gewordene unterschiedliche Überlieferungspraxis bekräftigt die Notwendigkeit einer vergleichenden Untersuchung: So ist etwa der Gründungsprozess des Londoner Studios umfangreich im BBC Written Archives Center dokumentiert, während sich ähnliche Vorgänge auf dem Kontinent durch das Fehlen entsprechender Bestände beim Historischen Archiv des WDR sowie des problematischen aktuellen Zustands des Archivs der INA/GRM schwerer nachvollziehen lassen. Die Leerstellen der archivalischen Überlieferung macht das Projekt fruchtbar, da die reichhaltige Quellenlage zu bestimmten Sachverhalten in einem Archiv Prozesse und Entwicklungen aufdeckt, die durch die lückenhafte Archivlage bei einem anderen Studio verdeckt sind. Dies führt zu neuen Fragestellungen, die das elektronische Studio als experimentelles Klanglabor im Verhältnis zum Rundfunk beleuchten und damit auch die Beziehungen zwischen der elektroakustischen Musik und der radiophonen Kunst sichtbar machen.

Anna Bischof

Im Kampf um die Deutungshoheit: Radio Free Europe zwischen US-amerikanischen, tschechoslowakischen und deutschen Interessen (1950-1973)

(Ludwig-Maximilians-Universität München)

Die Geschichte des US-amerikanischen antikommunistischen Rundfunksenders Radio Free Europe (RFE) wurde bisher meist als die eines auf das östliche Europa gerichteten US-Propagandainstruments im Kalten Krieg geschrieben¹ und die Abwehrreaktionen und Angriffe der sozialistischen Staaten auf den Sender untersucht². Der Kalten Kriegsführung diente der 1950 gegründete und bis Anfang der 1970er Jahre aus dem Budget der CIA verdeckt finanzierte Sender zweifellos. Gerade die dichotomische Logik des Kalten Kriegs, die nicht selten auch in den Publikationen über RFE der vergangenen Jahre reproduziert wird,³ verengt jedoch die Perspektive der Analyse. Dieses Dissertationsprojekt hat zum Ziel, ein komplexeres Bild der Geschichte von RFE und seines tschechoslowakischen Service zu zeichnen. Dem Vorschlag einer entangled media history⁴ folgend, bitte ich die tschechoslowakische Redaktion von RFE und ihre Aktivitäten in mehrere Kontexte ein, in denen sie agierte bzw. auf die sie reagierte und die in unterschiedlicher Weise miteinander verbunden waren.

Neben dem Hintergrund des Kalten Krieges bringt die Studie das Wirken von RFE in Zu-

1 A. Ross Johnson: *Radio Free Europe and Radio Liberty. The CIA Years and Beyond*. Stanford 2010; A. Ross Johnson und R. Eugene Parta (Hrsg.): *Cold War Broadcasting. Impact on the Soviet Union and Eastern Europe*. Budapest-New York 2010; George R. Urban: *Radio Free Europe and the Pursuit of Democracy. My War Within the Cold War*. New Haven-London 1997.

2 Z.B. Prokop Tomek: „Objekt ALFA“. *Československé bezpečnostní složky proti Rádiu Svobodná Evropa* [„Objekt ALFA“. Tschechoslowakische Geheimdienstakten gegen Radio Free Europe]. Praha 2006; Pawel Machcewicz: *Poland's War on Radio Free Europe, 1950-1989*. Stanford 2015.

3 Zwei Publikationen, deren Titel dies schon andeuten, sind: Prokop Tomek: *Nejlepší propaganda je pravda. Pavel Pecháček v Československém rozhlasu, v Hlasu Ameriky a ve Svobodné Evropě* [Die beste Propaganda ist die Wahrheit. Pavel Pecháček im Tschechoslowakischen Rundfunk, bei Voice of America und Radio Free Europe]. Praha 2014; Arch Puddington: *Broadcasting Freedom. The Cold War Triumph of Radio Free Europe and Radio Liberty*. Lexington 2000.

4 Marie Cronqvist und Christoph Hilgert: *Entangled Media Histories. The value of Transnational and Transmedial Approaches in Media Historiography*. In: *Media History* 23/1 (2017), S. 130-141.

sammenhang mit den Rezipient/innen seiner Sendungen in der Tschechoslowakei. Das Programm von RFE folgte nicht nur strategischen politischen Überlegungen, die Rundfunkstation richtete ihr Programm auch an den Interessen ihrer Hörer/innen aus bzw. daran, was sie für die Interessen der Hörer/innen hielt. Die Hörerforschung, die RFE mit großem Aufwand betrieb, war dadurch erschwert, dass sie nicht im Land selbst stattfinden konnte. Die Dissertation geht deshalb der Frage nach, wie und welches Bild sich RFE von seinen Hörer/innen machte und wie sich dies auf die Sendeinhalte auswirkte. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der gemeinsamen Betrachtung von RFE und dem staatlichen Tschechoslowakischen Rundfunk.

Letzterer kann als direkter Gegenspieler von RFE gesehen werden: Beide kämpften um die gleichen Hörer/innen. Dadurch – so ein Ergebnis der Arbeit – kam es zu wechselseitigen sowohl technischen als auch inhaltlichen Anpassungen bei beiden Sendern. Unter anderem dadurch weist die Arbeit konkrete Wirkungen und Einflüsse von RFE in der Tschechoslowakei nach.

Außerdem verortet die Studie RFE, in dessen tschechoslowakischer Redaktion tschechische und slowakische Emigrant/innen arbeiteten, in der damaligen antikommunistischen Emigrantenlandschaft. Hier wird die konkrete Zusammenarbeit der amerikanischen Sendeleitung und antikommunistischer Emigrant/innen bei der Führung des Kalten Kriegs untersucht. Der spezifische Einfluss, den die Emigrant/innen – viele von ihnen hatten vor ihrer Emigration hohe Positionen in Politik und Kultur inne – auf die Sendungen hatten, wird herausgestellt.

Die Emigrantengruppe, die für RFE arbeitete, war jedoch nur eine von vielen in der zersplitterten Emigrantenlandschaft und stand in einem konfliktreichen Verhältnis mit anderen tschechischen und slowakischen Emigrantengruppen in der Bundesrepublik und in Nordamerika, die RFE, seine Sendepolitik und Mitarbeiter/innen kontinuierlich angriffen. Auch diese Konflikte und ihre Auswirkungen auf die Sendeinhalte werden in der Dissertation thematisiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem deutschen Kontext, in dem RFE, dessen Hauptsitz in München war, agierte. A. Ross Johnson hat RFE in der Bundesrepublik als

„uninvited guest“⁵ beschrieben und deutete damit die Konflikte um den deutschen Standort des Senders an, die bis zu seinem Umzug nach Prag im Jahr 1995 anhielten. Wie sich die Auseinandersetzungen um den Münchner Standort von RFE auf die Sendepolitik und Sendehalte auswirkten, wird in der Dissertation untersucht. Die Vereinbarung mit der Bundesregierung war, dass RFE nichts senden dürfe, was „deutschen Interessen“ widerspreche. Konkret bedeutete dies u.a., dass die Thematisierung der Oder-Neiße-Linie und der sudetendeutschen Vertreibung bzw. Aussiedlung jahrelang tabu war.

Zu den ärgsten Gegnern von RFE in der Bundesrepublik zählte die ebenfalls in München angesiedelte Sudetendeutsche Landsmannschaft. Die sudetendeutsche Interessenvertretung bekämpfte RFE in den 1950er Jahren besonders scharf. Dabei arbeitete sie mit verschiedenen ihr nahestehenden tschechischen und slowakischen Emigrantengruppen zusammen, die überwiegend faschistisch und/oder separatistisch orientiert waren und daher RFE ebenfalls ablehnten. Diese bislang kaum erforschte Kooperation zwischen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und bestimmten Emigrantengruppen bei der Bekämpfung von RFE, die u.a. zu zahlreichen Debatten im Bayerischen Landtag und im Bundestag, aber auch zur Installierung eines eigenen (nicht besonders erfolgreichen) tschechischen Radiosenders nach dem Muster von RFE durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft führte, wird ausführlich analysiert.

RFE galt in München jedoch auch bald als diejenige Institution im Westen, die am besten über das aktuelle Geschehen im östlichen Europa informiert war. Dieses Wissen wurde von Politikern, Diplomaten, Journalisten, Wirtschaftsleuten und Wissenschaftlern stark nachgefragt – auch in der Bundesrepublik. RFE nutzte dies und stellte – auch im eigenen Interesse – seine Informationen in Form von regelmäßigen Lageberichten und einer Fachzeitschrift deutschen Politikern und Diplomaten unentgeltlich zur Verfügung. Damit schaffte es RFE, wichtige Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung der Bundesrepublik von seiner Tätigkeit zu überzeugen und erlangte deren Unterstützung, was für den Sender vor dem Hintergrund der fort-
.....

⁵ A. Ross Johnson: *The Uninvited Guest – Radio Free Europe in the Federal Republic of Germany*. In: Anna Bischof und Zuzana Jürgens (Hrsg.): *Voices of Freedom – Western Interference? 60 Years of Radio Free Europe*. Göttingen 2015, S. 77-91, hier S. 77.

währenden Konflikte um seine Anwesenheit in der Bundesrepublik besonders wichtig war. Dass RFE neben den Sendungen ins östliche Europa damit noch ein zweites bedeutendes Wirkungsfeld im Westen, besonders in der Bundesrepublik, hatte, wird in diesem Projekt erstmals herausgearbeitet.

Als Leitfaden durch die verschiedenen Kontexte dient in dieser Arbeit das Thema Wissen: Alle hier beteiligten Akteursgruppen strebten nach der Macht, ihr Wissen und ihre damit verbundenen Deutungen von Gegenwart und Vergangenheit durchzusetzen und dadurch ihre Positionen und Ziele zu legitimieren. Es ist also eine Geschichte darüber, wie Amerikaner und Emigrant/innen gemeinsam ihre Weltsicht und Werte sowie ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele über die Radiosendungen in die Tschechoslowakei kommunizierten, die dort wiederum auf gänzlich andere Narrative – vermittelt durch die kommunistisch kontrollierten tschechoslowakischen Medien – trafen. Es ist aber ebenso eine Geschichte über den Deutungskampf der bei RFE arbeitenden Emigrantengruppe im Westen, v.a. in der Bundesrepublik, wo bisweilen eine demokratische tschechoslowakische Republik in den Grenzen des tschechoslowakischen Staates der Zwischenkriegszeit ebenfalls in Frage gestellt wurde, sei es durch Vertriebenenorganisationen oder durch andere Emigrantengruppen wie etwa die slowakischen Separatisten, und wo RFE durch die Bereitstellung seines spezifischen Wissens seine Deutung des gegenwärtigen und vergangenen Geschehen im östlichen Europa bei wichtigen Entscheidungsträgern und Medien durchsetzen und damit seine Stellung festigen konnte.

Die Arbeit basiert hauptsächlich auf der Auswertung von RFE-Unternehmensarchivalien und RFE-Sendemanuskripten. Archivrecherchen wurden durchgeführt in den Hoover Institution Archives in Stanford (wohin RFE den größten Teil seiner Archivalien gegeben hat), in den US-amerikanischen National Archives (College Park), in den Open Society Archives (Budapest), im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (München), im Bundesarchiv (Koblenz), im tschechischen Nationalarchiv (Prag), im Tschechoslowakischen Dokumentationszentrum (Prag) und im Archiv des Zentrums für Exilstudien (Olomouc).

Anna Grutza

Europas ‚heimliche Agenten‘ und die Macht der Dinge: Eine transnationale Mediengeschichte politischer Akteur-Netzwerke im Kalten Krieg

(Europa-Universität Flensburg)

Der ‚Eiserne Vorhang‘ wurde im Verlauf des Kalten Krieges durchlässig für staatlich autorisierte Transfers, heimliche Netzwerke und Transportwege. Das zeigen inzwischen viele transfer-, vergleichs- und verflechtungsgeschichtlichen Studien – und ihre Zahl steigt stetig.¹ Arndt, Häberlen und Reinecke etwa analysieren die „Fluidität und Fragilität politisch konstruierter Abgrenzungen“² und rücken „die diskursive Herstellung von Raumvorstellungen sowie deren Rückwirkung auf und deren Konterkarierung durch soziale und kulturelle Praktiken in den Fokus“³. Auch für Friederike Kind-Kovács gilt das Bild vom Kalten Krieg als einer „geteilten Welt und eines geteilten Himmels“ bereits als überholt.⁴ Der Fokus medienwissenschaftlicher Studien, die sich mit diesem geschichtlichen Themenfeld befassen, liegt gleichsam auf spezifischen „Konvergenzzonen“ sowie „heterogenen Kommunikationsräumen“.⁵

Diesen Ansätzen folgend widmet sich das Dissertationsprojekt raumüberquerenden Infrastrukturen, Kommunikationsformen und –medien. Konkret werden die menschlichen, materiellen und semiotischen Kollektive des polnischen ‚Untergrunds‘ und ihre jeweiligen Verbindungen mit westlichen Akteuren/innen, insbesondere mit Radio Freies Europa (RFE), in den 1980er Jahren analysiert. Dabei wird ein besonderes Gewicht auf die Zirkulation von Untergrundliteratur gelegt. Diese Netze bahrenden Textkörper, diese „immutable mobiles“⁶, wie Bruno Latour es nennt, werden als gesellschaftskonstitutive und vertrauenswürdige ‚Mikro-Akteure‘ neuer epistemischer und politischer Ordnungen betrachtet. Deren jeweilige ‚Übersetzungsleistungen‘, ‚Transformationen‘ und ‚Einbindungen‘ in größere ‚Netzwerke‘ im Westen im Sinne der Akteur-.....

1 Vgl. u.a. Agnes Arndt (u.a.) (Hrsg.): *Vergleichen, Verflechten, Verwirren?* Göttingen 2011.

2 Ebd., S. 20.

3 Ebd.

4 Friederike Kind-Kovács: *Radio Free Europe and Radio Liberty as the „Echo Chamber“ of Tamizdat*. In: Friederike Kind-Kovács und Jessie Labov (Hrsg.): *Samizdat, Tamizdat & Beyond*. New York 2013, S. 70.

5 Alexander Badenoch (u.a.) (Hrsg.): *Airy Curtains in the European Ether*. Baden-Baden 2013, S. 11.

6 Bruno Latour: *Visualisation and Cognition*. Online unter: <http://www.bruno-latour.fr/node/293> (zuletzt abgerufen am: 20.12.2018).

Netzwerk-Theorie (ANT) beschreibbar zu machen, ist das Ziel der Dissertation.

Für Latour können Makroakteure wie Gewerkschaften, der Staat, der Kommunismus oder der Kapitalismus nicht ohne den Aufbau langer Netzwerke existieren, in denen „zahlreiche getreue Aufzeichnungen [...] in beiden Richtungen zirkulieren.“⁷ Diese flache Ontologie ermöglicht, den Zusammenhang zwischen den westlichen Institutionen, den osteuropäischen Dissident/innen und ihren Delegierten, Verbündeten und Vermittler/innen, im Sinne der ANT, neu zu interpretieren. Diesen ‚Mikro-Akteuren‘ wird eine klare Handlungsmacht (agency) im Hinblick auf den zwischen Reform und Revolution changierenden Systemwandel – die „friedliche Revolution (sic)“⁸ – im damaligen Ostblock unterstellt.⁹ Diese Handlungsmacht im Kontext der Umbruchskonstellationen der 1980er Jahren einordnen zu können, ist eine der Herausforderungen der Dissertation.

Im Mittelpunkt der Studie stehen das Radio als Medium der Raum- und Grenzüberwindung und das Fallbeispiel RFE. RFE war nicht nur ein Radiosender, sondern auch ein riesiges Informationssystem mit einer gut vernetzten Forschungsabteilung und der weltweit größten Sammlung an osteuropäischer Untergrundliteratur. Anhand vom Archivmaterial aus den Blinken Open Society Archives in Budapest und den Hoover Archives in Stanford untersucht die Dissertation, wie RFE als „Centre of Calculation“¹⁰ neuen Wahrheitsordnungen des Sag- und Machbaren Autorität verlieh und damit eine Legitimationsbasis für die Entstehung neuer Gegenöffentlichkeiten im Ostblock schuf.

Es wird davon ausgegangen, dass durch die Sammlung, Katalogisierung, Indexierung und Authentizitätsüberprüfung der „getreuen Aufzeichnungen“¹¹ aus dem ‚Anderen Europa‘ RFE in der Lage war, diese Wahrheitsordnungen auch ‚faktenbasiert‘, d.h. materialbasiert, zu stabilisieren. Die Arbeit analysiert, wie RFE

7 Bruno Latour: *Drawing Things Together*. In: Andréa Belliger und David J. Krieger (Hrsg.): *ANThology*. Bielefeld 2006, S. 297.

8 Vgl. Timothy Garton Ash: *Revolution: The springtime of two nations*. In: „The New York Review of Books“ (1989), S. 3-10.

9 Vgl. Elisabeth Eisenstein: *The Printing Press as an Agent of Change*. New York 1979; Adrian Johns: *The Nature of the Book*. Chicago 1998.

10 Bruno Latour: *Science in Action*. Cambridge 1987, S. 215f.

11 Vgl. Nancy Fraser: *Rethinking Public Sphere*. In: *Social Text* 25/26 (1990), S. 59-62.

aus diesen Inskriptionen „vertrauenswürdige Agenten“¹² durch klassische Kulturtechniken der Juxtaposition und Kontextualisierung identifizierte und diese in neue Apparaturen und Agenturen ‚einband‘. Vergleichbar mit den Inskriptions- und Übersetzungstechniken eines Labors¹³ sicherte RFE, so die Hypothese, auch die epistemische Stabilität der Samizdatproduktion und damit der Informationszirkulation im Osten, die von solchen „sozialen Protokollen“ westlicher Akteure abhing.¹⁴

Die Arbeit zeichnet sich durch ihre interdisziplinäre Ausrichtung aus, indem sie ein historisches Objekt aus einer soziologischen, philosophischen und medienwissenschaftlichen Perspektive betrachtet. Diese disziplinäre Breite wird durch den ANT-Ansatz zusammengeführt. Dieser Ansatz erlaubt es, die Analyse auf die Problematik der sich gegenseitig verstärkenden Beziehung zwischen Technologie und Gesellschaft auszurichten. Die zu analysierenden Dispositive und die sie ausmachenden Einzelmedien werden nicht als neutrale Dinge betrachtet, sondern als soziale Objekte, die menschliche Aktivitäten, Wissens- und Wahrheitsordnungen als auch Norm- und Wertevorstellungen, wie die Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, reflektieren und damit grundlegend zur Konstitution von Gesellschaft beitragen.

Die ANT befragt die Assoziationsketten von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren nach ihrem Zusammenhalt und ihrer Dauerhaftigkeit. Technik ist dabei stabilisierte Gesellschaft. Daher kommt der Materialität, den technischen Infrastrukturen und den Akteuren eine entscheidende Rolle zu: angefangen bei einfachsten Gebrauchsobjekten wie Tinte und Papier bis hin zu komplexeren Kollektiven aus Menschen, Druckmaschinen, Aufnahme- und Speichergeräten oder vernetzten Apparaturen. Dieser methodische Zugang erlaubt es auch, die Frage nach der ‚Macht der Machtlosen‘ zu stellen, die David Ost aufgreift, wenn er betont, dass es die unterschiedlichen Ressourcen waren, die die osteuropäische Opposition zum Widerstand befähigten.¹⁵

.....

12 Steven Shapin: *A social history of truth*. Chicago 2007, S. 15.

13 Vgl. Bruno Latour und Steve Woolger: *Laboratory Life*. Princeton 1986.

14 Ann Komaromi: *Uncensored*. Evanston, Illinois 2015, S. 139.

15 Vgl. David Ost: *The Sham, and the Damage, of „Living in Truth“*. In: *Journal East European Politics and Societies and Cultures* (2018), S. 301-309.

Peer Schouten konstatiert, dass der Leviathan der ANT – die politische Gesellschaft – zuallererst das Ergebnis der erfolgreichen Einbindung von menschlichen wie nicht-menschlichen Entitäten ist, die sozialen Konstellationen Dauerhaftigkeit und damit einen ‚Körper‘ verleihen.¹⁶ Solch eine Analyse fehlt bislang im Kontext der ‚friedlichen Revolution‘ und den Verhandlungen am ‚Runden Tisch‘ Ende der 1980er Jahre. Diese Forschungslücke zu schließen, ist das Ziel der hier skizzierten Arbeit. Dabei soll Latours Verständnis des ‚Politischen‘ helfen, die Versammlungen in der Sphäre des Privaten, des Halböffentlichen und des Heimlichen, die mit der ‚Radiowelt‘ vernetzt waren, als „Parlamente der Dinge“¹⁷ zu verstehen und zu beschreiben.

Insgesamt will die Arbeit einerseits die ANT als eine Methode zur Untersuchung historischer Analyseobjekte stark machen. Andererseits wird die Analyse der Vernetzungsstrukturen des ‚Untergrunds‘ auch die Beziehung von Materialität und Faktizität in den Blick nehmen. Daher sind die diskursiven wie materiellen Wahrheitstechniken und Dispositive des ‚Wahrsprechens‘ (Michel Foucault) der Ost-West-Konfrontation Teil dieser Arbeit. Schließlich verfolgt die Arbeit das Ziel, konzeptuelle Ähnlichkeiten zwischen den Theorien Foucaults und der ANT bzw. der politischen Philosophie Latours auszuarbeiten. Hierbei kann an neueste Auseinandersetzungen angeknüpft werden, die Foucaults Konzept der Gouvernementalität¹⁸ oder des Dispositivs¹⁹ mit der ANT methodisch verschränken.

.....

16 Peer Schouten: *The Materiality of State Failure*. In: *Millennium: Journal of International Studies* 41 (2013), S. 559. (zitiert als: Schouten: *Materiality*). (Schouten 2013)

17 Vgl. Bruno Latour und Peter Weibel (Hrsg.): *Making Things Public*. Cambridge 2005.

18 Vgl. Schouten 2013.

19 Vgl. Tania Gnosca: *ANT goes dispositif*. Online unter: <http://www.fsw.uzh.ch/foucaultblog/essays/200/ant-goes-dispositif> (zuletzt abgerufen am 20.12.2018); Andrea Seier: *Un/Verträglichkeiten: Latours Agenturen und Foucaults Dispositive*. In: Tobias Conradi u.a. (Hrsg.): *Strukturentstehung durch Verflechtung*. München 2011, S. 151-172.

Rezensionen

Ute Daniel

Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert.

Hamburg: Hamburger Edition 2018, 464 Seiten.

Über das Verhältnis von Medien und Politik ist schon viel geschrieben worden. Die Mediengeschichtsschreibung in der Bundesrepublik war nach den Erfahrungen von Weimar, dem Nationalsozialismus und der DDR sogar lange auf dieses Thema fixiert. Erst die von der Medienwissenschaft angestoßene Wendung zur Programmgeschichte hat die Dominanz politikgeschichtlicher Institutionengeschichten aufgeweicht, bevor sich dann in der Geschichtswissenschaft der aktuelle Trend etablierte, die modernen Massenmedien als zentralen Motor und Teil gesellschaftlichen und kulturellen Wandels zu untersuchen. Allerdings war der Anspruch der älteren, politikgeschichtlichen Studien kaum so breit, wie er nun im Titel der vorliegenden Monografie aufscheint. Vielmehr dominierten dort Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Medienlenkung und Propaganda – ein Schwerpunkt, der bezogen auf die DDR nach 1990 noch einmal auflebte. Besonderer Affinität zu derartigen, womöglich totalitarismustheoretisch inspirierten Zugängen ist die in Braunschweig lehrende, kulturhistorisch profilierte Historikerin Ute Daniel unverdächtig. Man darf also gespannt sein.

Tatsächlich interessiert sich die Autorin nur am Rande für die Rolle der Medien in Diktaturen. Lediglich etwas mehr als 20 von fast 400 Textseiten behandeln den Nationalsozialismus, die DDR kommt gar nicht vor. Das hat auch damit zu tun, dass es Daniel dezidiert nicht um eine Überblicksdarstellung geht. Vielmehr handelt es sich bei den fünf Hauptkapiteln um exemplarische Fallstudien, die jeweils als ‚Tiefenbohrungen‘ für das Verhältnis von Politik und ‚klassischen‘ Massenmedien im Laufe des 20. Jahrhunderts stehen. Abgesehen von dem knappen Kapitel zum Nationalsozialismus behandeln sie stets einen britischen und einen deutschen Fall. Das beginnt mit einem Vergleich der Pressepolitiken während des I. Weltkriegs in beiden Ländern und beleuchtet dann den parallelen Aufstieg

einer neuen Art von politisch ambitionierten Pressemagnaten. Nach der bereits erwähnten Skizze zum Nationalsozialismus, die sich mit Goebbels berühmt-berüchtigter Sportpalast-Rede befasst, folgen ein Vergleich von Profumo-Skandal und „Spiegel“-Affäre in den 1960er Jahren und schließlich eine Analyse zu den Debatten um die Einführung kommerziellen Rundfunks, die in beiden Ländern mit einem zeitlichen Abstand von rund 25 Jahren stattfanden.

Diese unkonventionelle Vorgehensweise soll es möglich machen, in einem breiten Längsschnitt „ähnliche Problemkonstellationen“ zu untersuchen, „ohne sie aus ihren kontingenten Bezügen zu lösen“. (S. 13). Die Auswahl der Beispiele folgt dabei aus dem akteurszentrierten Ansatz, der die wechselseitige Interaktion von Politikern und Journalisten in den Mittelpunkt der Analyse rückt: Ausgewählt wurden situative Kontexte, in denen sich dieses Verhältnis besonders intensiv gestaltete. Strukturelle und theoriegeleitete Ansätze, wie man sie insbesondere aus der Kommunikations- und Politikwissenschaft kennt, weist Daniel dagegen zurück: Gerade ihr universeller Geltungsanspruch verhindere, dass sich daraus Erkenntnisse jenseits von Banalitäten ergäben. Tieferliegende Einsichten in das Beziehungsgefüge der beiden Gruppen seien nur auf der Basis von konkreten kulturellen und sozialen Konstellationen zu haben, die mithin historischem Wandel unterliegen und bis zu einem gewissen Grade kontingent sind.

Entsprechend uninteressiert zeigt sich Daniel an der Konzeptualisierung und begrifflichen Bestimmung ihrer beiden Gegenstandsgebiete. Ihr Ansatz bedeute, „nicht daran zu glauben, dass es Entitäten wie „die Medien“ oder „die Politik“ gibt.“ (S. 39). Nur auf den scheinbar naheliegenden Begriff der „Propaganda“ wird explizit rekurriert, wenn auch ex negativo: Er wird als analytische Kategorie verworfen, weil damit falsche Vorstellungen einer „top-down organisierten Medienlandschaft“ (S. 18) sowie starker Medienwirkungen verbunden seien – gewiss eine treffende Beobachtung. An die Stelle von Begriffsarbeit tritt eine Skizze des Untersuchungszeitraums, den die Autorin primär durch den Aufstieg der

Massenpresse, die Ausdifferenzierung der elektronischen Medien und die Sondersituation der beiden Weltkriege charakterisiert sieht. All das ist in sich durchaus schlüssig und konsequent. Andererseits hätte eine Auseinandersetzung etwa mit dem keinesfalls statischen Politikbegriff des Bielefelder Sonderforschungsbereichs 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ bestimmt auch nicht geschadet.¹

Nach einem so energischen Plädoyer für eine konsequente Historisierung ist man neugierig, ob das Konzept in der Praxis aufgeht. Führt es tatsächlich zu neuen Einsichten oder lässt es die Leser/innen am Ende ratlos in einem deskriptiven Dickicht historischer Konstellationen zurück? Tatsächlich kann man Ersteres eindeutig bejahen, ohne Letzteres immer gänzlich auszuschließen. So ergeben sich aus den Beispielen zahlreiche überraschende oder originelle Schlüsse, die den überkommenen Narrativen der politischen Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts widersprechen oder die zumindest deutlich andere Akzente setzen. Auf der anderen Seite werden aber vermutlich nicht alle Leser/innen die Darstellungen der bisweilen verworrenen Intrigen und Ränke in der regierenden konservativen Partei während des I. Weltkriegs goutieren, ganz zu schweigen von den detaillierten Beschreibungen der Querelen zwischen den norddeutschen Bundesländern über den NDR-Staatsvertrag Ende der 1970er Jahre.

Aber es ist selten, dass man sich von der Fülle aus Fakten und Figuren erschlagen fühlt, und in jedem Kapitel wird man für die Mühen belohnt. So zeigt beispielsweise der Aufstieg der Pressemagnaten Hugenberg in Deutschland bzw. der Lords Beaverbrook und Rothermere in England nach dem Ersten Weltkrieg, dass die bis heute verbreitete Vorstellung, die Kontrolle zahlreicher Zeitungen habe unmittelbar deren politischen Einfluss begründet, zu kurz greift. Denn ihr wirtschaftlicher Erfolg beruhte gerade darauf, dass ihre Massenblätter im Gegensatz zur traditionellen politischen Richtungspresse sehr viel breitere Kreise ansprachen, was umgekehrt ihre politische Zuverlässigkeit einschränkte. Hinzu kam, dass die parteiinternen Kräfte und Stimmungen

.....
¹ Vgl. zur Kontroverse über den dort zugrunde gelegten kommunikativen Politikbegriff: Bernd Weisbrod: Das Politische und die Grenzen der politischen Kommunikation. In: Daniela Münkel und Jutta Schwarzkopf (Hrsg.): Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 2004, S. 99-112.

bisweilen wichtiger waren als Einfluss auf die öffentliche Meinung. Daran scheiterten jedenfalls die britischen press barons bei ihrer Volte gegen die Parteiführung der Tories. Alfred Hugenberg gelang zwar der Aufstieg zum Vorsitzenden der republikfeindlichen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Aber auch das erwies sich als Pyrrhussieg, denn der Erfolg verdankte sich zuvorderst einer tiefen Spaltung der Partei, weniger Hugenbergs publizistischer Macht. Den Absturz der DNVP in die Bedeutungslosigkeit konnte er dementsprechend nicht verhindern.

Goebbels Rede im Sportpalast am 18. Februar 1943 („Wollt ihr den totalen Krieg?“) interpretiert Daniel keinesfalls als gelungene Manipulation der Bevölkerung durch ein ‚demagogisches Genie‘, wie dieses Ereignis noch immer mythisch verklärt wird. Ganz im Gegenteil sieht sie darin eher den Ausdruck einer Schwäche des gleichgeschalteten nationalsozialistischen Mediensystems. Denn durch die strikte Kontrolle mitsamt der obligatorischen Erfolgs- und Harmonieinszenierungen fielen die Medien als Arena zur Austragung politischer Konflikte aus. Dementsprechend bedurfte es aus Sicht des Propagandaministers eines inszenierten Medienevents wie der Rede im Sportpalast, um dessen Vorstellungen einer verschärften Kriegswirtschaftspolitik Nachdruck zu verleihen. Trotz des vordergründigen Erfolgs blieb die Rede bei ihren eigentlichen Adressaten, nämlich den für die Kriegswirtschaft verantwortlichen Gauleitern, und auch bei Hitler ohne erkennbare Wirkung. Mit auf den „schönen Schein“ (Peter Reichel) verpflichteten Medien, so die ironische Pointe dieses Kapitels, lies sich eben buchstäblich keine Politik machen.

Die Liste an Beispielen dafür, dass Medienwirkungen sich selten einfach und direkt entwickeln, schon weil sie auf komplexen und eigensinnigen Aneignungsprozessen beruhen, ließe sich fortsetzen. Das Buch hält daneben viele weitere Erkenntnisse bereit, darunter die auf den Skandalen der 1960er Jahre beruhende Beobachtung, dass die Pressefreiheit selbst in demokratischen Rechtsstaaten vor allem über den Quellenschutz relativ leicht ausgehebelt werden kann. Während es der britischen Regierung in der Escort-Affäre um Verteidigungsminister John Profumo mühelos gelang, der Presse einen Maulkorb zu verpassen, schlug der Versuch im Falle des „Spiegel“-Artikels „Bedingt Abwehrbereit“ 1962 bekanntlich ins Gegenteil um. Verant-

wortlich waren dafür nicht zuletzt die unisono regierungskritischen Kommentare aus dem linksliberalen und dem konservativen Lager. Diese beruhten allerdings auf völlig gegensätzlichen Erwartungen: Während erstere die Ereignisse als Rückfall in vordemokratische Zustände interpretierten, beklagten letztere im Gegenteil eine vermeintliche Führungsschwäche von Regierung und Staat.

Trotz der chronologischen Anordnung der Fallstudien ergibt sich daraus, wie die Autorin selbst anmerkt, in der Gesamtschau kein geschlossenes Narrativ. Gleichwohl ziehen sich einige Aspekte durch das ganze Buch. Dazu gehört etwa, dass politische Instrumentalisierungsversuche eher zum Funktionsverlust der Medien beitrugen, als die intendierten Wirkungen zu zeitigen. Daneben zeigt sich, dass in der politischen Sphäre immer auch zahlreiche Faktoren von Bedeutung waren (und sind), die sich unabhängig von den Massenmedien bzw. der von ihnen konstituierten Öffentlichkeit Geltung verschafften. Fast bei läufig werden damit Thesen aus den Politikwissenschaften abgeräumt, die von einer zunehmenden „Kolonisierung“ des politischen Systems durch vermeintlich allumspannende Medienlogiken ausgehen. Daniel sieht ganz im Gegenteil die Beziehung zwischen Journalisten und Politik nicht einmal als symmetrisch an. Vielmehr verfügte die politische Seite in beiden Ländern schon allein durch ihre Gesetzgebungskompetenz stets über deutlich mehr Gewicht. Schließlich wird die Problematik von Nähe und Distanz als struktureller Schwachpunkt des politischen Journalismus identifiziert: Um an Insiderwissen zu gelangen, braucht es große Nähe, und diese führt zu Abhängigkeiten und konterkariert so die notwendige Distanz zum politischen System. Daniel spricht von einem „Vertraulichkeitskartell“ (S. 380), das zunächst zwar vor allem in England existierte, aber sich schon während des I. Weltkriegs auch in Deutschland zwischen Militärs und Journalisten zu entwickeln begann. Vielleicht sind solche Einsichten dann doch geeignet, Strukturalisten und Sozialwissenschaftler zur Lektüre dieser Studie zu motivieren. Es wäre ihr Schaden nicht.

Christoph Classen, Potsdam

Jan-Pieter Barbian / Werner Ružicka (Hrsg.)
Eberhard Fechner – Ein deutscher Erzähler
Essen: Klartext 2018, 200 Seiten.

Folgt man den beiden Herausgebern Jan-Pieter Barbian und Werner Ružicka, so gibt der Band „Eberhard Fechner – Ein deutscher Erzähler“ „erste Auskünfte und Anregungen zu einer zeitgemäßen Auseinandersetzung mit Eberhard Fechner“ (S. 13). Vor diesem Hintergrund wundert man sich dann schon, dass jüngere Medienwissenschaftler/innen, -publizist/innen und/oder -praktiker/innen (mit Ausnahme von Julia Schumacher) in dieser Aufsatzsammlung nicht vertreten sind – und auch die neuere Forschungsliteratur in den meisten Beiträgen unberücksichtigt bleibt.

Gerade bei den in der Einführung aufgeworfenen Fragen, ob Fechner uns „mit seinen ‚filmischen Erzählungen‘ [...] noch [etwas] zu sagen hat“, ob „er tatsächlich als Vorbild für die nachfolgenden Generationen von Filmregisseuren dienen kann“ oder ob „seine spezifische ‚Methode‘ filmhistorisch von Bestand bleibt“ (S. 12), wären die Perspektiven jüngerer Vertreter/innen aus Wissenschaft, Publizistik und Film-/Fernsehpraxis erhellend gewesen – wie beispielsweise Fabian Sickenbergers an anderer Stelle veröffentlichter Aufsatz „Von den Großen lernen. Die Vermittlung historischer fernsehdocumentarischer Positionen in der Fernsehjournalistik“ zeigt.¹ Sickenberger diskutiert dort explizit die Frage, welche Vorbildfunktion Altvordere wie von Zahn, Brodmann, Ertel, Wildenhahn, Troller, Fechner, Grabe, Königstein oder Breloer für eine junge Generation von Fernsehjournalist/innen und -dokumentarist/innen haben können und welche Rolle sie in der Ausbildung spielen (sollten). Stattdessen destilliert Simone Emmelius ihren Aufsatz zu den „Comedian Harmonists“ aus ihrer mehr als zwanzig Jahre alten Promotionschrift „Fechners Methode. Studien zu seinen Gesprächsfilmen“ aus dem Jahr 1996. Ihr Text bleibt – wie andere auch – rein auf Fechner bezogen. Ist das die von den Herausgebern des Bandes angekündigte zeitgemäße Auseinandersetzung mit Fechner? Mit anderen Worten: Der Band bietet viel Bekanntes und allzu Bekanntes.

Neben der Einführung (S. 5-14) versammelt der Band neun recht unterschiedliche Beiträge. Dietrich Lederer gibt zunächst einen ausführlichen, eher chronologischen Über-

¹ In: Wilfried Köpke und Peter Stettner (Hrsg.): *Filmerbe. Non-fiktionale historische Bewegtbilder in Wissenschaft und Medienpraxis*. Köln: von Halem 2018, S. 162-190.

blick über Leben und Werk Fechners (S. 15-62) – auf die Rückwirkung von Fechners Erzählfilmern auf seine frühen Fernsehspiele (am deutlichsten in dem nicht erwähnten „Aus wichtigem Anlass“ (1976)) geht er dabei mit keinem Wort ein. Julia Schumacher (S. 63-86) diskutiert Fechners realistische Ästhetik vor dem Hintergrund (und auch in Abgrenzung) zu Egon Monk und der sogenannten „Zweiten Hamburger Schule“ und arbeitet dabei überzeugend heraus, dass Fechner zumindest in seinen fiktionalen Produktionen auch „an Strategien des populären Erzählens im Spielfilm“ (S. 83) anknüpft. Die Auseinandersetzung zwischen Fechner und Monk bezüglich der Literaturverfilmung „Die Bertinis“ interpretiert sie dabei als Formstreit, in dem es um ein jeweils unterschiedliches Verständnis von Realismus geht (darauf verweist auch Lederer kurz in seinem Beitrag). Der Einsatz und die Funktion von Musik in „Comedian Harmonists“ stehen im Mittelpunkt des bereits erwähnten Artikels von Simone Emmelius (S. 87-100).

Angela Haardt widmet sich Fechners wichtigstem Film: „Der Prozess“ (S. 101-122), wobei sie sehr ausführlich den zeithistorischen Kontext aufzeigt, in dem die Produktion entstanden ist, aber an keiner Stelle aufscheinen lässt, worauf ihr Beitrag abzielt. Der Text kommt so wie eine lose Abfolge verschiedener Aspekte, Würdigungen und Kritikpunkte daher. In einem sehr ausführlichen Artikel rekonstruiert Jan-Pieter Barbian materialreich die Entstehungsgeschichte und die Rezeption von Fechners einzigem – und nahezu in Vergessenheit geratenem – Kinofilm „Winterspelt 1944“ (S. 123-160); ein verdienstvoller Beitrag, da der Film bislang von der Fechner-Forschung vernachlässigt wurde. Der Fotograf Oliver Hadji berichtet von seiner persönlichen Beziehung zu Fechner (S. 161-166), während Klaus Kreimeier eine Art würdige „Nachrede auf Eberhard Fechner“ (S. 167-176) hält.

In Fritz Wolfs Beitrag (S. 177-185) wird dann wirklich mal die Frage nach Nachfolger/innen bzw. dem Weiterleben von Fechners Filmen gestellt. Zwar wartet Wolf zumindest für Teilaspekte des Fechnerschen Wirkens mit ein paar Namen auf, doch diese wirken – mit Ausnahme von Königstein und Breloer – recht beliebig, assoziativ und kaum systematisch entwickelt. Ob die Genannten selbst von sich behaupten würden, in der Tradition Fechners zu stehen? Ob sie sein Werk überhaupt kennen? Zum Abschluss findet sich noch ein Bei-

trag von Torsten Musial, der das Eberhard-Fechner-Archiv in der Berliner Akademie der Künste vorstellt (S. 185-192).

Insgesamt kann der Band leider nicht überzeugen. Dies liegt auch an ‚Kleinigkeiten‘ wie häufigen, vermeidbaren Redundanzen, die von einer mangelnden Abstimmung der Beiträge zeugen, fehlenden Querverweisen oder unkorrekten Angaben, die in der redaktionellen Betreuung hätten auffallen müssen (unterschiedliche Angaben zur Erstsendung, falsche Folgenzahl bei den Mehrteilern etc.). Anstatt (auch) die unbekannteren Seiten Fechners stärker zu beleuchten (z.B. die frühen Fernsehfilme), werden auch hier vor allem Fechners bekannteste Gesprächsfilme fokussiert; und das zum Teil mehrfach (so geht z.B. Lederer – mit Ausnahme von „Winterspelt 1944“ – hauptsächlich auf die Produktionen ein, die auch in den anderen Artikeln im Vordergrund stehen, anstatt hier eher ‚ergänzend‘ zu wirken). Zudem wird Fechner vor allem als genialistischer Regisseur dargestellt, dessen dokumentarischer Stil offenbar – folgt man diesem Band – keine Vorbilder kennt (obwohl die Entwicklungsgeschichte des Interviewdokumentarismus mittlerweile, zumindest in Ansätzen, aufgearbeitet wurde). Positiv hervorzuheben sind die Beiträge von Julia Schumacher und Jan-Pieter Barbian, die die Fechner-Forschung wirklich bereichern.

Christian Hißnauer, Berlin

Anna Jehle

Welle der Konsumgesellschaft. Radio Luxemburg in Frankreich 1945-1975

(= Medien und Gesellschaftswandel, Bd. 9)
Göttingen: Wallstein 2018, 414 Seiten.

Die Autorin untersucht die Aufstiegsgeschichte Radio Luxemburgs, seinen enormen kommerziellen Erfolg und bedeutenden Anklang beim französischsprachigen Publikum, und liefert darüber hinaus eine Strukturgeschichte des Radiosystems Frankreichs. Dieses veränderte sich während des Untersuchungszeitraums grundlegend, nicht nur als Reaktion auf die (relativ langsame) Durchsetzung des Fernsehens, sondern, so Anna Jehles starke These, unter dem Druck der Konkurrenten Radio Luxemburg und Europe No. 1, eines ebenso durchschlagenden Kommerzsenders, der vom Saarland aus sendete. Die Wirtschafts- und Institutionengeschichte des Radios stellt die Matrix der Untersuchung dar, doch die Verfasserin geht weit über diese hinaus: Besonders werden die mediale Innovationsgeschichte des Mediums, die Zielgruppen

der Musik- und Werbesendungen sowie die Adressierung und die Rezeptionsgewohnheiten der Hörer/innen gewürdigt. All diese Themen stellt sie in den Kontext sich ausbreitender Konsumgesellschaft und gesellschaftlicher Modernisierung. Jehle vermeidet so die immer noch verbreitete Engführung rundfunkgeschichtlicher Arbeiten, die auf die jeweiligen Institutionen fixiert sind, rein technische Aspekte in den Vordergrund stellen oder gar in Plauderton verfallen.

Es versteht sich, dass der Ansatz hier multidisziplinär angelegt ist. Insbesondere die Verankerung der Autorin im Fach der Zeitgeschichte und ihre Vertrautheit mit dem Zweig der Unternehmensgeschichte lässt sich erkennen. Beeindruckend ist, welch reichhaltiges Quellenmaterial bei RTL (Radio Télévision Luxembourg), in der Nationalbibliothek in Paris, im deutschen Rundfunkarchiv und der Inathèque Paris erschlossen werden konnte. Darüber hinaus ieht Jehle zahlreiche Presseartikel und audiovisuelle Dokumente auch schon aus der Vorgeschichte des Senders in den 1930er und 1940er Jahren heran. So werden hier breit gefächerte Aspekte von den „Almanach-Magazinen“ bei RTL über die „Werbekunden“ bis zum Zweiten Weltkrieg berücksichtigt.

Die englischen Bezüge (BBC, Piratensender, englischsprachige Programme von Radio Luxemburg) und die Rückwirkungen seines deutschsprachigen Programms auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (z.B. die Europawelle Saar) werden indes nur gestreift. Die Darstellung konzentriert sich also auf Frankreich, die dortigen Konkurrenten und Transformationen (France Inter) und auf die Innovationsgeschichte von Europe No. 1, das mit seinen Nachrichtenformaten in der Entwicklung vorpreschte, während Radio Luxemburg indes stark auf Musik bezogen blieb. Deutlich wird ferner, welche ‚Entwicklungshilfe‘ der luxemburgische Staat beim Aufbau des Senders leistete, d.h. wie die Souveränität des Großherzogtums in eine ökonomische Privilegierung umgemünzt wurde, eine Geschichte, die sich derzeit in verschiedenen medialen und finanzpolitischen Handlungsfeldern zu wiederholen scheint. Aber auch der französische Staatsapparat hatte ein Interesse am Gedeihen von RTL, war man doch finanziell daran beteiligt. „Vielfältige enge Beziehungen zwischen den Akteuren... der Medien, der Wirtschaft und der Politik“ (darunter auch die der Elektroindustrie) erleichterten solche Arrangements (S. 70).

Auf der Ebene der Programmgeschichte und der Performativität des Mediums geht Anna Jehle mehrfach auf die vorwärtstreibende Rolle von Europe No. 1 ein, besonders auf die dortigen „fröhlichen Moderationen“ und deren Personalisierung durch beliebte Sprecher (S. 113), obwohl sie genauso die internen Entwicklungskriterien von RTL betont. Weitere externe Faktoren der Programmentwicklung waren die Verkürzungen der Arbeitszeiten und die wachsende Automobilität, was sich in Direktübertragungen und flexibleren Sendeformaten niederschlug. Auch der Fernsehkonkurrenz musste begeben werden.

Die Verfasserin geht generell davon aus, dass mediale Konkurrenz immer wieder zu Innovationen in der Programmgestaltung und zu neuen Profilen von Sendern führte. Vor allem konnte sich France Inter als Zusammenfassung von zuvor getrennten Sendern und Programmen gut durchsetzen, im Unterschied zu den beiden anderen französischen Hauptprogrammen France Culture und France Musique, die bis heute nur die Bildungsbürger ansprechen. Eine der Reaktionen auf die Fortschritte, welche die staatlichen Sender erreichen konnten, und auf Entwicklungen bei Europe No. 1 schon seit 1957 war der „Servicegedanke als neue Maxime des Radios“ (S. 133). Es sahen sich die französischen „Peripheriesender“ trotz des Drucks der französischen Regierung genötigt, im Mai 1968 auf den massiven Trend der Basispolitisierung einzugehen, und selbst zum – nicht mehr neutralen – Medienakteur zu werden. Mit Hilfe tragbarer Funkgeräte berichteten Reporter von Autos aus direkt von den Basisaktionen, bis die Regierung die Geräte abschalten ließ (S. 206-212). Das Konzept des „Alltagsbegleiters und Dialogmediums“ (S. 140) und ungenügend stark betonter Nachrichtenaktualität, die Einführung der Magazinierung sowie des Einsatzes von O-Tönen etablierte sich durchgängig bis zum Beginn der 1970er Jahre. Offensichtlich blieb dem öffentlichen Radio in der Bundesrepublik dann nichts anderes übrig, als sich ebenfalls diesen Konzepten anzuschließen, wenngleich mit einem breit und tief angelegten Zielgruppenprogramm und der Betonung kultur- und diskursorientierter Programminhalte. Ferner geht das Vermögen des (west-)deutschen Radios, lokale und regionale Ortsbezüge herzustellen, über das hinaus, was RTL leisten konnte und wollte. Der Trend zum „Starjournalismus“ (S. 196ff.) ist vergleichsweise im öffentlich-rechtlichen System der Bundesrepublik nur in schwachen Ansätzen vollzogen worden. Ein we-

nig fällt noch auf, dass das luxemburgische Publikum in der ganzen Senderplanung von RTL keine Rolle spielte, es stellte ökonomisch eine Quantité négligeable dar, und gelegentliche Beschwerden der einheimischen Zuhörerschaft übergang man diskret.

Obwohl so reichhaltig in seinen Inhalten – einige Aspekte der Vorgeschichte sind vielleicht sogar schon zu umfangreich – hätte man gerne mehr Beispiele für die jeweils vorgestellten Radioformate zur Kenntnis genommen, vielleicht als Hörpräsentation im Internet, soweit dies technisch, urheberrechtlich und hinsichtlich verfügbarer Quellen möglich gewesen wäre. Alles in allem stellt das ungewein eindrucksvoll recherchierte Buch eine Pflichtlektüre für jede/n radiogeschichtlich Interessierte/n dar. Vor allem ist es State of the Art in politisch informierter Mediengeschichte, die insbesondere die engen Wechselbeziehungen zwischen wachsender Kommerzialisierung des Mediums, seinen situativen Publika sowie populärer Musik überzeugend herausarbeitet.

Clemens Zimmermann, Saarbrücken

Kiron Patka

Radio-Topologie. Zur Raumästhetik des Hörfunks.

Bielefeld: transcript Verlag 2018, 282 Seiten.

Vermutlich das erste, was einem zum Stichwort „Raumästhetik“ des Radios einfallen dürfte, ist Stereo als „räumliches“ Aufnahme- und Wiedergabeformat. Darüber hinaus ist „Raum“ eine vergleichsweise offene Kategorie, die sich je nach Blickwinkel – mathematisch, architektonisch, soziologisch etc. – auf ganz unterschiedliche Geltungsbereiche erstreckt.

Wenn Kiron Patka in seiner soeben erschienenen Dissertation also bemerkt: „Es ist kompliziert: Radio und Raum“ (S. 58), dann nicht zuletzt deshalb, weil er den Begriff selbst in unterschiedlichen Ausprägungen verwendet: Da ist Radio als Medium zur „Überwindung des Raumes“ (Wolfgang Metzger), da ist die Überlagerung der Akustik des Aufnahme- und des Wiedergaberaums sowie das Radio als „sozialer“ und als „ästhetischer Raum“. Präzisierungen sind notwendig, wenn man untersuchen will, wie sich „Radio“ und „Raum“ zueinander verhalten. Glücklicherweise gelingt es Patka mühelos, sich und seinen Lesern immer wieder die nötige Orientierung zu verschaffen.

„Radio-Topologie. Zur Raumästhetik des Hörfunks“ ist in zwei Teile gegliedert. Der erste trägt die Überschrift „Das Raumdispositiv des Radios“ und widmet sich gewissermaßen den äußeren Voraussetzungen des Radios: Wahrnehmung und Akustik, Technik und Studioarchitektur. Im zweiten geht es dann um den „ästhetischen Raum des Radios“, d.h. um die Art und Weise, wie das Radio mit (hörbarem) Raum verfährt bzw. um diejenigen (hörbaren) Räume, die das Radio erst erschafft. Dass beide Aspekte – äußere Voraussetzungen und die Ästhetik des Radios – einander teilweise bedingen, letztlich aber doch je eigenen Regeln folgen, gehört zu den zentralen Argumentationslinien der Arbeit.

Einleitend geht Patka zunächst zu den Ursprüngen des Radios zurück, zur Rolle des Gehörs im Ersten Weltkrieg, zur psychoakustischen Erforschung des räumlichen Hörens und zur Stereophonie. Zu den eigentlichen Radio-Räumen dringt Patka dann spätestens mit der Geschichte des Aufnahmestudios vor, dessen architektonische/akustische Formierung darauf abzielte, einen akustisch kontrollierten Raum zu schaffen. Die „Macht über den Sound“, so Patka, liegt also zunächst aufseiten der Ingenieure, die die technischen Schaltungen und die Akustik des Aufnahme-raums planen; dabei dominieren ab ca. 1930 zwei alternative „Raumkonzepte“ unter den Ingenieuren (S. 99f.). Auf der einen Seite steht das Konzept der „Hörbühne“, vor allem für Musik. Hier wird der Nachhall nicht mit allen Mitteln als Störgröße eliminiert, sondern architektonisch modelliert: „Der Raum ist das Kleid der Musik“, heißt es etwa bei Gerhard Steinke, Toningenieur und lange Zeit Direktor des Rundfunktechnischen Zentralamts in Ost-Berlin (Steinke 2012). Auf der anderen Seite steht das Konzept der „Intimität“, vor allem für die Stimme. Der möglichst reflexionsarme Aufnahme-raum ist im ästhetischen Sinne ein Raum, der „vorgibt keiner zu sein“ (S. 99), eine „akustische Heterotopie“ (S. 75).

Für das Paradigma der „Intimität“ steht etwa der BBC-Ingenieur Noel Ashbridge, der dem Hörer die Stimme des Radiosprechers so nahebringen möchte wie „a friend [...] in his own sitting-room“ (Ashbridge 1931). Patka präzisiert, dass dabei nicht nur physikalisch-technische Faktoren zählen, sondern auch „die Sprechhaltung, mit der Sprecher dem unbekanntem Hörer begegnen“ (S. 91), wobei diese durch die Technik erst möglich wird: Die Überwindung der Distanz bedarf nun nicht mehr eines deklamatorischen Bühnenstils.

Eine gänzlich andere Raum-Ästhetik erlaube dagegen die neue radiofone Form der Reportage ab 1925, der das letzte Kapitel des ersten Teils gewidmet ist. Der Sportjournalist Bernhard Ernst beschwört im (Weimarer) Rundfunk-Jahrbuch 1933 emphatisch die „Befreiung des Mikrofons“ aus den Studios (S. 126): „Unheimliche Stille bedrohte uns, wenn die [Musik-]Instrumente schwiegen. Draußen aber rauschte das Leben vorüber, vor dem wir ängstlich die Fenster geschlossenen hielten“ (Ernst 1933). Patka greift hier auf den zweiten Teil, auf den „ästhetischen Raum des Radios“, vor, wenn er schreibt: In der Reportage steht „die nahe Stimme des Reporters“ neben „anderen Klangebene[n]“, die „sich wie konzentrische Kreise in wachsender Entfernung darum herum“ ziehen (S. 127).

Das erste Kapitel des zweiten Teils, das dem Themenfeld der „Produktion“ gewidmet ist, schließt hier nahtlos an, wenn auch unter anderen Vorzeichen: „Der Raum, der in den kommenden Kapiteln ins Blickfeld rückt, lässt sich nicht betreten, nicht einmal sehen, er ist nur hörbar“; es ist der „hergestellte“, „gestaltete“, „ästhetische Raum des Radios“ (S. 131f). Dabei spielen die im ersten Teil behandelten technischen und architektonischen Rahmenbedingungen freilich immer noch eine wichtige Rolle, etwa die (variable) „akustische Perspektive“ des Mikrofons, aber auch der gewachsene Spielraum der Postproduktion, die nun eine „akustische Topologie“ erzeugen konnte, die vielleicht „echt“ klang, tatsächlich aber die bis dato bekannte „akustische Wirklichkeit“ auf neue Weise „formte, zernte und stauchte“ (S. 165). Im Kapitel zur „Moderation“ skizziert Patka dann eine „Radionarratologie“ [...], die die raumästhetische Gestalt von Radiostimmen mit ihren jeweiligen kommunikativen Funktionen in Verbindung bringt“ (S. 204). In „idealtypischer“ Zuspitzung sind die Moderatoren im „intimen“ Aufnahmeraum den Hörern am nächsten, sie sprechen sie als einzige direkt an und etablieren damit auch einen „sozialen Raum“; daran schließen sich dann tiefere, entferntere „Ebenen des Radio-raums“ an: Reporter vor Ort, O-Töne, Atmos (S. 197ff.). Oft scheinen Radiopraktiker dieser „akustischen Topologie [...] intuitiv“ zu folgen (S. 202). Ein Feature-Autor wie Jens Jarisch versteht es dagegen, mit den Konventionen zu spielen: Oft tritt er als Sprecher und als Reporter vor Ort auf, wobei der Rollenwechsel vor allem akustisch markiert ist, durch den „Raumanteil“ der Aufnahme. Dem Nachhall – vielleicht der akustischen Markierung von Raum schlechthin – ist schließlich ein Groß-

teil des letzten Kapitels der Arbeit gewidmet. Patka betont, dass Nachhall nicht nur „mimetisch“, sondern auch als „auditives Zeichen“ zur Erreichung bestimmter „Kommunikationsabsichten“ eingesetzt werden kann, etwa als Verfremdungseffekt bzw. als „Träger der Emphase“, was „nichts mit dem Evozieren von Raumsituationen zu tun“ haben muss (S. 233ff.). Diese kurz umrissene „Rhetorik des Nachhalls“ dient Patka dazu, noch einmal zu zeigen, dass der „ästhetische Raum“ des Radios eigenen Gesetzen folgt – auch unabhängig von den tatsächlichen räumlichen Gegebenheiten etwa von Studios und Wiedergaberräumen.

Auch in seiner einfachst möglichen Form produziert Radio zwangsläufig eine gewisse Raumästhetik – schon durch die Platzierung des Mikrofons, die Akustik des Aufnahme- und des Wiedergaberaums etc. Die möglichst weitgehende Reduktion der hörbaren Raumantwort war zumindest in der Anfangszeit des Radios das bestimmende Paradigma der Ingenieure – Stichwort „Intimität“. Radio kann den Raum also spektakulär inszenieren, „scheint“ dies aber teilweise „sogar zu vermeiden“, sodass sich letztlich ein „Spiel“ zwischen „Raumlosigkeit und Raumhaftigkeit“ entfaltet (S. 66). Das zeitlich-lineare Medium Radio ist immer auch räumlich organisiert, resümiert Patka: „Radioästhetik ist Raumästhetik“ (S. 16).

Kiron Patka stützt sich auf heterogene Quellen, einerseits auf zeitgenössische Diskurse der 1920er/1930er Jahre – vor allem das Rundfunk Jahrbuch der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft; andererseits nimmt er die Ästhetik der „Radioprodukte selbst“ in den Blick, d.h. historische und aktuelle Radiofeatures und Hörspiele, Podcasts und eigene Mitschnitte von „Alltagsradio“. Angereichert wird der Text durch zahlreiche Zitate und Selbstzeugnisse von Radiopraktikern. Überhaupt ist in fast allen Textpassagen eine große Nähe zur Praxis spürbar: Patka ist nicht nur Medienwissenschaftler, sondern selbst ausgebildeter Tontechniker, der unter anderem lange für den SWR Stuttgart gearbeitet hat.

Das Thema, dem sich Patka widmet, hat offensichtlich Konjunktur: In jüngster Zeit sind gleich mehrere Arbeiten zu Raum und Akustik erschienen, etwa Marta Brechs „Der hörbare Raum“ (2015) und Bettina Wodiankas „Radio als Hör-Spiel-Raum“ (2018). Hier bestehen teils auch thematische Überschneidungen. In Ergänzung einer Technikgeschichte der Ste-

reofonie (Brecht) bzw. einer traditionellen Radio- bzw. Rundfunkästhetik, die sich bislang vor allem auf das Hörspiel fokussierte, schaut Kiron Patka aber nun ganz grundsätzlich „(im Sinne einer Aisthetik) auf die Wahrnehmungsbedingungen des Dispositivs und ihre Bedeutung für die [...] ästhetische Gestaltung von Radio“ (S. 22). Wenn er sich dabei an Alexander Gottlieb Baumgarten bzw. Ernst Cassirers „ästhetischen Raum an[lehnt]“, ist damit schon fast alles gesagt: Die genannten Ansätze werden nicht systematisch weiterverfolgt. Direkte Anschlüsse bestehen etwa an Allan Moores „scheinbar triviales“ Konzept der „Sound-Box“ (1993) – mit den vier Dimensionen links-rechts, Entfernung zum Hörer, Tonhöhe, Zeit –, das den Fokus der Musikwissenschaft endlich auf die „materiell manifestierte Musikaufnahme“ gelenkt habe (S. 26). Innerhalb dieser Dimensionen agieren eben auch Radioproduzenten und „bauen ... räumliche Strukturen auf“ – etwa die für die Reportage „typische [...] Kombination aus einer Atmo im Hintergrund [...] und der nahen, raumlosen Stimme als Vordergrund“ (S. 237). Patka kennt sich offensichtlich aus mit der Materie, dabei ist der Text flüssig lesbar und verzichtet weitgehend auf Jargon. Er beschreibt sehr plastisch und präzise und findet immer wieder starke Metaphern, die neugierig machen: „Grammatikalisierung des Klangs“, „Akustische Topologie“, „Mikrofon als Ohr: Akustische Perspektive“. Teilweise unterschlägt er deren Herkunft, exemplarisch sei hier zu letzterem das „Telephon als künstliches Ohr“ bei Kittler (1986) bzw. Bell und Blakes „human ear phonograph“ (Sterne 2003) genannt. Auch einige zentrale Begriffe – wie „Dispositiv“ oder „Topologie“ – werden kaum eingeführt, ein Index wäre schön. Angesichts des historischen und thematischen „Raumes“, den Patka in seiner Dissertationschrift ebenso souverän wie materialintensiv und sachkundig durchmisst, sind solche sporadischen Leerstellen aber verzeihlich. Eine besondere Qualität der Arbeit sind die vielen Beispiele aus der Praxis – nicht nur die üblichen „Meilensteine“ der Radiogeschichte – entlang derer er seine Radio-Topologie zunächst historisch entwickelt. Insofern ist Patkas Arbeit einerseits ein maßgeblicher Beitrag zur Rundfunkgeschichte; andererseits leistet sie auch für die Ästhetik substantielle Landgewinnung, insofern ist sie stets auch eine Schule des (Radio-)Hörens. Patkas „akustische Topologie“ leistet für die Sound Studies einen aktuellen und wesentlichen Beitrag zur Erarbeitung und Ausdifferenzierung des analytischen akustischen Vokabulars. Ein

Handbuch für die Praxis will die medienwissenschaftliche Untersuchung nicht sein. Sie ist für Toningenieure und Radiopraktiker aber sicherlich auch mit Gewinn zu lesen.

Fritz Schlüter, Berlin

Katrin Jordan

Ausgestrahlt. Die mediale Debatte um „Tschernobyl“ in der Bundesrepublik und in Frankreich 1986/87

(= Medien und Gesellschaftswandel im 20. Jahrhundert, Bd. 10)

Göttingen: Wallstein 2018, 424 Seiten.

Jüngst hat Frank Bösch sein Buch „Zeitenwende 1979“ vorgelegt, in dem das Jahr 1979 als globale Zäsur unserer aktuellen Gegenwart markiert wird¹ – es ist auch ein Schlüsseljahr für das Sichtbarwerden der dramatischen globalen Folgen des Anthropozäns und einer entfesselten Industrialisierung für Klima und Umwelt und den damit verbundenen politischen Debatten und Herausforderungen. Unter anderem gründen sich in der Bundesrepublik die Grünen, in Genf findet die erste Weltklimakonferenz statt und der Reaktorunfall von Harrisburg rückt nachdrücklich die immensen Gefahren der Kernenergie ins öffentliche Bewusstsein. In den 1980er Jahren haben dann Umweltthemen mehr als zuvor einen Stammplatz in Medien, Politik und Öffentlichkeit der Bundesrepublik: Gorleben, Ozonloch, Robbensterben, saurer Regen, Waldsterben und schließlich Tschernobyl sind zentrale Stichworte eines kontrovers geführten öffentlichen Umweltdiskurses, der dieses Jahrzehnt prägt.

Für Katrin Jordan ist in der vorliegenden, an der Berliner Humboldt-Universität und am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam entstandenen und jüngst mit dem Nachwuchsförderpreis der DGPK-Fachgruppe „Kommunikationsgeschichte“ und des Nachwuchsforums „Kommunikationsgeschichte“ (NaKoge) preisgekrönten Dissertation ‚Tschernobyl‘ eine „Chiffre“ (S. 16) für die Faktoren, Prozesse und Strukturen der komplexen öffentlichen Problemdeutung und -verarbeitung dieser bis dahin schwersten Katastrophe in der zivilen Kernenergienutzung. ‚Tschernobyl‘, so Jordan, „war Anknüpfungspunkt für die Verhandlung weitergehender gesellschaftlich relevanter Fragen“ und schärfte „das öffentliche Problembewusstsein für Technikfolgen, die Legitimation staatlicher energiepolitischer Konzepte sowie die

¹ Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann. München 2019.

Objektivität und Reliabilität wissenschaftlicher Aussagen“ (S. 16). Erkenntnisleitend ist für Jordan die von der umwelthistorischen Forschung etablierte These der besonderen Bedeutung und Rolle „der modernen Massenmedien für die Herausbildung eines Umweltbewusstseins in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (S. 12). Im Untersuchungsfokus stehen folglich „die Medienöffentlichkeit, welche als zentrales Forum der gesellschaftsrelevanten Diskurse begriffen wird“ (S. 14), sowie „die Interaktion der dort präsenten Akteure und Akteurinnen“ (S. 14f.) in ihren jeweiligen Funktionen als technisch-wissenschaftliche Expert/innen, Journalist/innen oder Politiker/innen.

Vor diesem Hintergrund interessiert sich die Studie vor allem für die international unterschiedlichen Reaktionen auf den Reaktorunfall und stellt exemplarisch die Bundesrepublik und Frankreich und den im Ländervergleich besonders kontrastreichen öffentlichen Umgang mit ‚Tschernobyl‘ in den Mittelpunkt. Kenntnis- und materialreich schreibt Jordan eine komparative Kommunikations- und Mediengeschichte von ‚Tschernobyl‘ und geht dem so vollkommen unterschiedlichen Ringen von Expert/innen, Journalist/innen und Politiker/innen um mediale Deutung, Informationspolitik, Krisenmanagement und Öffentlichkeit in den beiden Nachbarländern auf den Grund. Während in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine breite, vielstimmige und kontroverse Debatte über gesundheitliche Folgen, Grenzwerte, Vorsorgemaßnahmen und nicht zuletzt die Risiken und die Sicherheit der eigenen Kernkraftwerke einsetzte, blieb eine vergleichbare öffentliche Diskussion auf der französischen Seite nahezu aus. Weder die unmittelbaren Gefahren der Katastrophe noch die Zukunft der Kernenergie fanden hier öffentliche Resonanz und es wurde sogar suggeriert, dass die radioaktive Wolke an der Grenze halt mache. Statt heftiger Diskussionen, medialer Kritik und Proteste und eines in der Bundesrepublik mit ‚Tschernobyl‘ einsetzenden, komplexen politischen Aushandlungsprozesses um „die Kernenergiepolitik im Spannungsfeld von Staat und Zivilgesellschaft“ (S. 368) „diktierten“ (S. 360) in Frankreich offizielle Expert/innen und Politiker/innen die öffentliche Diskussion, die im Kontext einer „zentralistisch organisierten Informationspolitik“ (S. 371) vor allem darauf zielte, kritische Fragen zur Legitimation der Kernkraft möglichst zu unterbinden. Selbst die Medien als Vermittler gesellschaftlicher Kommunikation blieben stumm: „Weder die Experten noch

die Politiker hatten sich (...) zu rechtfertigen, sondern bestimmten weitgehend selbst darüber, was in den Medien über ‚Tschernobyl‘ kommuniziert wurde. Die französische Presse und besonders das Fernsehen vermochten es nicht, die Lücke zu füllen, welche die auf Beruhigung orientierte und inhaltlich unkonkrete Informationspolitik hinterließ“ (S. 370).

Um die vielschichtigen kommunikativen Konstellationen von Expert/innen, Journalist/innen und Politiker/innen in den Mediendebatten und im Öffentlichkeitsmanagement rund um ‚Tschernobyl‘ zu rekonstruieren und um zu zeigen, „warum in der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit die Interpretation ‚Tschernobyls‘ als unmittelbares Problem für die heimischen Kernkraftwerke überwog und sich entsprechend eine Diskussion um die zukünftige Kernenergiepolitik anschloss, hingegen in der französischen Medienöffentlichkeit die Kerntechnik nicht zur Diskussion stand“ (S. 41f.), zieht Jordan eine beeindruckende Quellenvielfalt heran: Archivalische und offizielle Dokumente, selbst geführte Leifadeninterviews mit Zeitzeugen und ein umfassender Korpus an Mitschnitten von Fernsehsendungen sowie Zeitungsartikeln bilden die opulente Materialgrundlage der Untersuchungen. Trotz dieser Fülle und Vielfalt erstickt die Studie zu keinem Moment in ihren Quellen oder verliert sich in diesen, sondern ist durchweg anschaulich und anregend geschrieben und somit im besten Sinne des Wortes lesenswert.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass es Katrin Jordan mit dieser Publikation nicht bloß eindrucksvoll gelungen ist, ein Stück deutsch-französischer Gesellschafts-, Medien- und Zeitgeschichte einzufangen. Vielmehr deckt sie im Spannungsfeld von Medien, Politik und Zivilgesellschaft Strategien und Umgangsweisen mit dem Thema Kernenergie auf, die bis heute und insbesondere nach der jüngsten Reaktorkatastrophe von Fukushima in den öffentlichen Diskussionen zur Energie- und Klimapolitik in beiden Ländern unvermindert fortwirken, und trägt so nicht zuletzt zu einem tieferen Verständnis für transnational unterschiedliche Gestaltungsmächte, -räume und -zwänge im Umgang mit umweltpolitischen Fragen bei. Quasi zwischen den Zeilen entfaltet und entdeckt sie zudem die Umweltgeschichte als spannendes Themenfeld für die Kommunikationsgeschichte, was unbedingt Vorbild für weitere Studien in dieser Richtung sein sollte.

Erik Koenen, Bremen